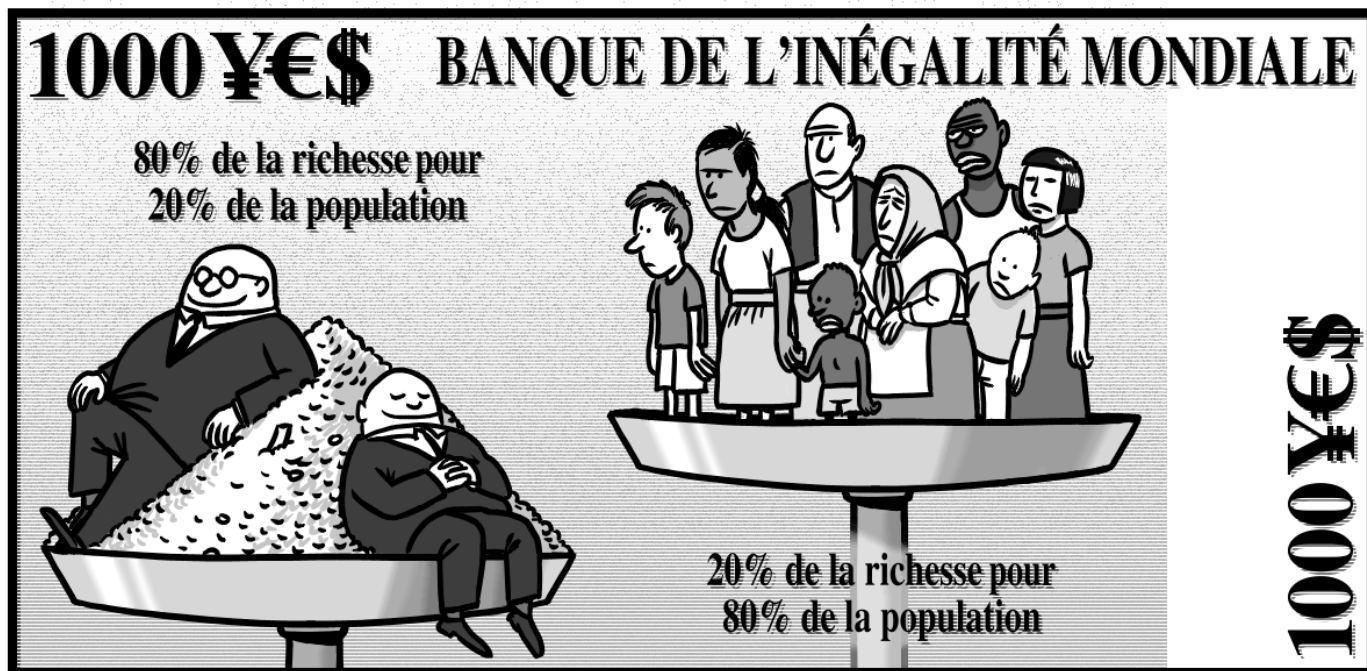


# Sand im Getriebe 38

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

rtf/pdf-Version unter [www.attac.de/rundbriefe](http://www.attac.de/rundbriefe) html-Version unter [www.attac-austria.org/sig/sig.php](http://www.attac-austria.org/sig/sig.php) email an die Redaktion: [sig@attac.de](mailto:sig@attac.de)



Zeichnung von SUBITO: Bank der weltweiten Ungleichheit:

80% des Reichtums für 20% der Weltbevölkerung; 20% des Reichtums für 80% der Weltbevölkerung

Angesichts der Wahlen in Indien und den USA die Frage stellt **Arundhati Roy** „Ist die westliche Demokratie noch demokratisch, wenn die wichtigen Entscheidungen durch die Finanzmärkte und die globalen Machtstrukturen vorgegeben sind?“ „Präsident **John Kerbush** oder Präsident **George Berry**... Wäre das wirklich besser oder schlechter für jemanden von uns, die wir in den unterworfenen Ländern leben? Ist es besser für die Welt einen intelligenten Herrscher an der Macht zu haben als einen dummen? Ist das unsere einzige Wahl?“ Sie untersucht, wie eine „**widerspenstigen Zivilgesellschaft**“ aussehen könnte. Sie benennt allerdings **auch drei Gefahren der Bewegung der Sozialforen**: ihre Abhängigkeit von den Medien, ihre NGOisierung und ihre bunte Folgenlosigkeit.

Auf dem **Europäischen Sozialforum(ESF)** in London fragte **Walden Bello**: „**Wie geht es weiter** mit den Anti-Kriegs- und Anti-Globalisierungsbewegungen?“ „Der Kampf gegen Imperialismus und Krieg ist **eine Front** unseres Kampfes“ – Er ging ausführlich auf den irakischen Widerstand ein und schlug vor, „auch gegen die imperiale Präsenz der USA **in unseren eigenen Ländern** vorzugehen.“ Für uns hieße das, gegen US-Atomwaffen und US-Stützpunkte in unserer Republik vorzugehen. „Die **andere Front** ist der Kampf für eine **Änderung der Regeln** der Weltwirtschaft“. Damit meint er nicht nur die Entmachtung der jetzigen internationalen Finanzinstitutionen (s. den Aufsatz von **Michel Husson**), sondern vor allem: „Auf internationaler Ebene muss die globale Wirtschaft **entglobalisiert** und von der verzerrenden, entstellenden Logik des Profitstrebens der Konzerne befreit und **wirklich internationalisiert** werden.“

„Einhellig war auf dem ESF der Ruf nach Sanktionen gegen **Israel**“, meint Sophia Deeg und zitiert den **Luftwaffenoffizier Jonathan Shapira**, der sich weigert, palästinensische Wohngebiete zu bombardieren. Wir brauchen „eine starke kritische internationale Öffentlichkeit und Einmischung, um alle Aggressionen zu stoppen“ erklärt der Israeli M. Warschawski,

In den Ländern Europas hat die Debatte über die **EU-Verfassung** (Brief von Attac-Frankreich) und die Kritik an die **EU-Aufrüstung** begonnen.

In allen Staaten des Kontinents organisiert sich auch die Abwehr gegen flächengreifende Lohnkürzungen, Arbeitszeitverlängerungen und Betriebsverlagerungen. **Angela Klein** entwickelt eine selbstkritische Einschätzung der bisherigen Entwicklung, insbesondere der **Montagsdemonstrationen**. Die **Opel-Arbeiter** haben ihr Veto gegen Massenentlassungen eingelegt. **Winfried Wolf** sieht die Ursachen der aktuellen Lage in der weltweiten Überproduktionskrise der Autoindustrie. Auch die **Gewerkschaften** befinden sich mitten drin in der

Globalisierungsfalle. **Bernd Riexinger und Werner Sauerborn** meinen „Neben den beiden Säulen der **Antikriegsbewegung** und der **globalen Ökologiebewegung** braucht der Altermondialismus als dritte Säule Gewerkschaften, die **im ökonomischen Zentrum** des globalen Kapitalismus eine **Gegenmacht** darstellen.“

Das ESF in London hat – trotz Pannen und Mängeln – wichtige Impulse für den „Altermondialismus“ (eine Wortschöpfung unserer französischen Schwester) gesetzt. Wir bemühen uns, Kontroversen um das ESF und wichtige Beiträge aus dem ESF in den nächsten Nummern zu veröffentlichen.

<b>Inhalt</b>		<b>Seite</b>
<b>Arundhati Roy</b>	<b>John Kerbush oder George Berry</b> <b>Die Macht der Zivilgesellschaft in einer imperialen Zeit</b>	<b>3</b>
<b>ESF</b>		
	Aufruf der Versammlung der Sozialen Bewegungen	<b>11</b>
<b>Peter Strotmann</b>	„Großartig und mobilisierend“	<b>12</b>
<b>Yash Tandon</b>	Keynes, Stiglitz und die Ökonomie des geplünderten Südens Das Scheitern der Entwicklungsrezepte des Westens	<b>13</b>
<b>Walden Bello</b>	Wie geht es weiter mit den Anti-Kriegs- und Anti-Globalisierungsbewegungen?	<b>17</b>
<b>Beyrut Erklärung</b>		<b>20</b>
<b>Sophia Deeg</b>	Einhellig: der Ruf nach Sanktionen	<b>21</b>
<b>Michel Warschawski</b>	Wir zerstören uns selbst	<b>21</b>
	Maria Mies: Krieg ohne Grenzen - Buchrezension	<b>23</b>
<b>Weltbank und IWF</b>		
<b>Michel Husson</b>	Für eine Reform der internationalen Institutionen	<b>245</b>
<b>Julio Gambina, Attac Argentinien</b>	Bezahlen oder nicht bezahlen? Interview	<b>26</b>
<b>Movsoc</b>	Aufruf zum Internationalen Tag des Kampfes der Dalit	<b>27</b>
<b>Klassenkampf</b>		
<b>Angela Klein</b>	Immer wieder montags...Eine notwendige Selbstkritik (Soz 10/04)	<b>28</b>
<b>Winfried Wolf</b>	Automarkt weltweit heftig umkämpft	<b>29</b>
<b>Bernd Riexinger/Werner Sauerborn</b>	Die dritte Säule des Altermondialismus	<b>31</b>
<b>EU</b>		
<b>Attac Frankreich</b>	Kampagne gegen die EU-Verfassung	<b>32</b>
<b>German foreign policy</b>	EU-Militärstrategie: Studie sieht den Einsatz von Atomwaffen vor.	<b>33</b>
<b>Attac Wendland</b>	Castor-Alarm	<b>34</b>
	Kein Patent auf das Leben / Alternativen zur grünen Gentechnik	<b>34</b>
<b>Dorit Siemers und Heiko Thiele</b>	Die industrielle Garnelenzucht in Guatemala und Honduras zerstört die Lebensgrundlagen	<b>36</b>

Wir danken den Attacies, die mit ihren Vorschlägen und ihrer Mitarbeit diese Nummer überhaupt erst möglich gemacht haben. Wir danken coorditrad@attac.org und allen ehrenamtlichen ÜbersetzerInnen -Die Redaktion dieser Nummer: Marie-Dominique Vernhes, Peter Strotmann (Attac Deutschland); Barbara Waschmann (Attac Österreich), Johannes Gruber (ATTAC Schweiz)

Wir verschicken "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis

#### **Bezugsbedingungen:**

- Bestellen per Mail (auch ältere Nummern können bestellt werden) an sig@attac.de
- Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung:  
1 Heft: 3 € 2 Hefte: 5 € 3 Hefte: 7 € ab 4 Hefte: 2 € pro Heft,  
ab 10 Hefte: 1,80 € pro Heft

Abonnement: 14 € für 6 Ausgaben.

- Das Verschicken erfolgt NACH dem Eingang des Betrags auf das Konto:

Kontoinhaber: Förderverein für Attac in Hamburg e.V.,  
Kontonummer: 211 000 000, BLZ: 43 06 09 67

Bank: GLS Gemeinschaftsbank eG  
Auf dem Überweisungsschein unbedingt angeben: SIG und die bestellte(n) Nummer(n).

# John Kerbush oder George Berry

## Die Macht der Zivilgesellschaft in einer imperialistischen Zeit von Arundhati Roy

*Vollständige Mitschrift der Rede von Arundhati Roy vom 16. August 2004 in San Francisco, Kalifornien. (Democracy Now! / ZNet 24.08.2004)*

Ich bin gebeten worden über die „Macht der Zivilgesellschaft in einer imperialistischen Zeit“ zu sprechen. Ich bin es nicht gewohnt zu tun, was mir aufgetragen wird, aber durch einen glücklichen Zufall ist das genau das Thema über welches ich heute abend sprechen wollte.

Nachdem unsere **Sprache verstümmelt** und ihrer Bedeutung beraubt wurde, wie sollen wir dann einen Begriff wie „Macht der Zivilgesellschaft“ verstehen? Wenn Freiheit Besetzung, wenn Demokratie neoliberalen Kapitalismus, wenn Reform Unterdrückung, wenn Worte wie „Bevollmächtigung“ und „Friedenserhaltung“ einem einen kalten Schauer über den Rücken jagen - dann kann sich jeder aussuchen was „Macht der Zivilgesellschaft“ zu bedeuten hat. Ein Fitnessgerät, eine öffentliche Massagedusche. Also werde ich „Macht der Zivilgesellschaft“ eben zu definieren haben.

In Indien ist „public“ heute ein Hindi-Wort. Es bezeichnet das Volk. In unserer Sprache Hindi haben wir **sarkar** und **public**, den Staat und die Menschen. Dieser Wortwahl liegt die Annahme zu Grunde, dass der Staat etwas ganz anderes ist als „das Volk“. Diese Unterscheidung hat damit zu tun, dass Indiens Freiheitskampf, obwohl er großartig war, in keiner Weise revolutionär war. **Die indische Elite trat problemlos und elegant in die Fußstapfen des britischen Imperialismus.** Eine zutiefst verarmte, eigentlich feudale, Gesellschaft wurde zu einem modernen unabhängigen Nationalstaat. Auch heute noch, fünfzig Jahre danach, betrachten die wirklich Verlorenen den Staat als **Mai-Baap**, als elterlichen Fürsorger. Die etwas radikaleren, jene die noch immer Feuer im Blut haben, bezeichnen ihn mit **„CHOR“**, den Dieb, jemand der alles an sich rafft.

In jedem Fall ist Sarkar, für die meisten InderInnen etwas anderes als das Volk. Aber je höher man auf der indischen sozialen Leiter empor klettert, schwimmt der Unterschied zwischen dem Sarkar und dem Volk. Der **indischen Elite** fällt es wie allen anderen Eliten auf dieser Welt sehr schwer, sich vom Staat abzugrenzen. **Sie sieht wie der Staat, sie denkt wie der Staat, sie spricht wie der Staat.**

In den Vereinigten Staaten ist die Verwischung der Grenzen zwischen Sarkar und Volk noch viel tiefer durch alle Schichten der Gesellschaft gedrunken. Das könnte zwar ein Zeichen für eine robuste Demokratie sein, aber leider ist es etwas komplizierter und unerfreulicher. Unter anderem hat es mit dem feinmaschigen Netz einer Paranoia zu tun, welches der U.S. Sarkar, das sind die Medienkonzerne und Hollywood, gesponnen hat. Gewöhnliche **AmerikanerInnen** sind so **manipuliert** worden, dass sie sich für ein Volk im **Belagerungszustand** halten und die einzige Rettung und der einzige Schutz sei die Regierung. Wenn es nicht die Kommunisten sind, ist es al-Kaida. Wenn es nicht Kuba ist, ist

es Nicaragua. Als Konsequenz wird diese mächtigste Nation der Welt - mit ihrem konkurrenzlosen Waffenarsenal, ihrer historischen Bereitschaft endlose Kriege zu führen und zu unterstützen, und **diese Nation, welche als einzige jemals wirklich Atombomben benutzt hat** - von Angst gepeinigten Bürgern bewohnt, welche aufschrecken, wenn auch nur ein Schatten vorbeihuscht. Ein Volk, welches nicht durch soziale Sicherheit, oder öffentliche Gesundheitsvorsorge, oder eine Beschäftigungsgarantie **an den Staat gebunden** ist, sondern **durch Furcht.**

### Sich selbst erfüllenden hysterischen Prophezeiungen

Diese synthetische Furcht wird dazu benutzt, öffentliche Zustimmung für weitere Akte der Aggression zu erhalten. Und so geht es weiter, so wird eine **Todesspirale aus sich selbst erfüllenden hysterischen Prophezeiungen** konstruiert, welche nun ganz formell durch verblüffende, in Technicolor gehaltene, Terroralarmstufen der U.S. Regierung fein abgestimmt werden: Fuchsie, Türkis, Lachsrosa.

Für außen stehende Beobachter macht es diese Verschmelzung von Sarkar und Zivilgesellschaft in den Vereinigten Staaten oft **schwer**, die Taten der U.S. **Regierung** von jenen des amerikanischen **Volkes** zu **unterscheiden**. Es ist diese Verwirrung welche den Antiamerikanismus auf der Welt entflammt. Antiamerikanismus wird dann von der U.S. Regierung aufgegriffen und mit Hilfe ihrer getreuen Medien ausgestrahlt. Sie kennen die Routine: „Warum hassen sie uns? Sie hassen unsere Freiheit“... usw. ... usw. Dies verstärkt das Gefühl der Isolation unter den AmerikanerInnen und macht die Verflechtung von Sarkar und Gesellschaft sogar noch enger. Wie das kleine Rotkäppchen, das sich aus Angst zum Wolf ins Bett kuschelt.

Die Bedrohung durch einen **äußeren Feind** zu benützen, um ein Volk für seine Zwecke aufmarschieren zu lassen ist ein lahmer alter Gaul, auf welchem Politiker seit Jahrhunderten an die Macht geritten sind. Aber könnte es sein, dass die einfachen Menschen diesen alten Gaul satt haben und sich nach etwas anderem sehnen? Es gibt ein altes indisches Filmlied, das geht so: yeh public hai, yeh sab jaanti hai (das Volk, es weiß alles). Wäre es nicht schön, wenn dieses Lied recht hätte, und die PolitikerInnen irrteten?

Vor Washingtons illegaler Invasion des Iraks hat eine internationale Gallup-Umfrage gezeigt, dass die Unterstützung für einen im Alleingang durchgeführten Krieg in keinem einzigen europäischen Land mehr als 11 Prozent betrug. Am 15 Februar 2003 gingen, nur wenige Wochen vor der Invasion, mehr als zehn Millionen Menschen auf verschiedenen Kontinenten gegen den Krieg auf die Straße, auch in Nordamerika. Und doch zogen die Regierungen vieler angeblich demokratischer Länder in den Krieg.

## Die Frage ist: Ist „Demokratie“ noch demokratisch?

Sind demokratische Regierungen den Menschen die sie gewählt haben zur Rechenschaft verpflichtet? Und, was besonders bedeutsam ist, **ist die Öffentlichkeit in demokratischen Ländern für die Taten ihres Sarkars verantwortlich?**

Wenn man darüber nachdenkt, erkennt man, dass die **Logik**, die dem Krieg gegen den Terrorismus und jene welche dem Terrorismus zugrunde liegen, genau **die gleichen** sind. Beide lassen gewöhnliche Menschen für die Taten ihres Sarkars leiden. Al-Kaida nahm die Leben von Menschen in den USA aus Rache für die Taten ihres Staates in Palästina, Saudi-Arabien, Irak und Afghanistan. Die US Regierung ließ die Menschen in Afghanistan mit Tausenden Toten für die Taten der Taliban zahlen und die Menschen im Irak mussten mit Hunderttausenden Toten für die Taten Saddam Husseins zahlen.

Der entscheidende Unterschied ist, dass niemand Al-Kaida, die Taliban oder Saddam Hussein gewählt hat. Aber der Präsident der Vereinigten Staaten ist gewählt worden (oder na ja... , wenn man das so nennen will).

Die Regierungschefs von Italien, Spanien und Großbritannien sind gewählt worden. Könnte man deshalb nicht argumentieren, dass die BürgerInnen dieser Länder mehr Verantwortung für die Taten ihrer Regierungen zu tragen haben, als die Iraker für die Taten eines Saddam Husseins oder die AfghanInnen für jene der Taliban?

Wessen Gott entscheidet was ein „gerechter Krieg“ ist, und was nicht? George Bush Senior hat einmal gesagt: „Ich werde mich niemals für die Vereinigten Staaten entschuldigen. Es interessiert mich nicht, was die Fakten sind.“ Wenn der Präsident des mächtigsten Landes auf dieser Welt sich nicht mehr darum kümmert muss, was die Fakten sind, dann können wir ziemlich **sicher** sein, dass wir **in ein imperialistisches Zeitalter eingetreten** sind.

Also, was bedeutet die Macht der Zivilgesellschaft in einer imperialistischen Zeit? Bedeutet sie überhaupt etwas? Existiert sie überhaupt?

## Die Wahlen und die Börse

In diesen angeblich demokratischen Zeiten geht das konventionell politische Denken davon aus, dass die Macht des Volkes durch Wahlen manifestiert wird. In Dutzenden von Ländern werden heuer Wahlen abgehalten. Die meisten (aber nicht alle)Länder werden die Regierung bekommen, für welche sie gestimmt haben. Aber werden sie jene Regierung bekommen, die sie haben wollen?

In Indien haben wir dieses Jahr die Hindu-NationalistInnen aus dem Amt gewählt. Aber auch als wir das feierten, war uns bewusst, dass, was Atombomben, Neoliberalismus, Privatisierungen, Zensur oder die riesigen Dammbauten betrifft, also bei allen Themen, außer dem unverhohlenen Hindu-Nationalismus, die Kongresspartei und die BJP **keine größeren ideologischen Unterschiede** aufweisen. Wir wissen, dass es das fünfzig Jahre alte Erbe der Kongresspartei ist, welches das Land kulturell und politisch für die Rechtsextremen vorbereitet hat. Es war auch die Kongresspartei, welche Indiens Märkte als erste der Globalisierung durch die Konzerne eröffnet hat.

In ihrer Wahlkampagne hat die Kongresspartei angedeutet, dass sie bereit wäre einige Punkte ihrer früheren Wirtschaftspolitik zu überdenken. Millionen von Indiens Ärmsten strömten n Massen herbei, um in diesen Wahlen ihre Stimmen abzugeben. Das **Spektakel** der großen indischen Demokratie wurde live ausgestrahlt - die alten BäuerInnen, die Alten und Schwachen, die verhüllten Frauen mit ihrem wunderschönen Silberschmuck, welche auf Elefanten, Kamelen und Ochsenkarren erstaunliche Reisen zu den Wahlurnen unternahmen. Entgegen den Vorhersagen aller Experten und Umfrageinstitute Indiens gewann die Kongresspartei mehr Stimmen als irgendeine andere Partei. Die kommunistischen Parteien Indiens gewannen einen größeren Anteil an Stimmen als je zuvor. **Indiens Arme stimmten klar gegen die neoliberalen „Wirtschaftsreformen“** und gegen den aufkommenden Faschismus. Sobald aber die Stimmen gezählt waren, ließen die kommerziellen Medien jene armen WählerInnen wie schlecht bezahlte und überflüssige Statisten am Drehort zurück. Die Sender boten nun geteilte Bildschirme. Die eine Hälfte zeigte den Wirbel vor dem Haus von Sonia Gandhi, der Führerin der Kongresspartei, als die Koalitionsregierung zusammengestoppelt wurde.

Die andere Hälfte zeigte aufgeregte AktienhändlerInnen vor der **Börse in Bombay**, welche bei dem Gedanken in Panik gerieten, dass die Kongresspartei tatsächlich ihre Versprechen wahr machen würde und das Mandat mit dem sie gewählt worden war auch umsetzen würde. Wir sahen wie der Sensex-Index hinauf, hinunter und seitwärts ging. Die Medien, deren eigenen öffentlich gelisteten Aktien an Wert verloren berichteten über den Einsturz an der Börse wie wenn Pakistan Interkontinentalraketen auf Neu-Delhi gefeuert hätte.

Noch bevor die neue Regierung formell angelobt worden war, beruhigten führende PolitikerInnen der Kongresspartei in ihren Statements Investoren und die Medien; dass nämlich die Privatisierung der öffentlichen Dienste weitergehen werde. Inzwischen hat die BJP, welche jetzt in Opposition ist, zynisch und nicht ohne eine gewisse Komik, damit begonnen, ausländische Direktinvestitionen und die weitere Öffnung der indischen Märkte zu kritisieren.

## Die verlogene Dialektik der Wahldemokratien.

Was die Armen in Indien angeht: sobald sie ihre Stimmen abgegeben haben, erwartet man von ihnen, dass sie wieder nach Hause abmarschieren. Die Politik wird ohne sie gemacht.

Und wie sieht es mit den Wahlen in den **USA** aus? **Haben die WählerInnen in den USA eine echte Wahl?**

Es ist wahr, dass, wenn John Kerry Präsident wird, einige Ölmagnaten und christliche Fundamentalisten im Weißen Haus ausgewechselt werden. Wenige werden traurig darüber sein Dick Cheney, Donald Rumsfeld oder John Ashcroft mitsamt ihren unverhohlenen Gaunereien abtreten zu sehen. Aber was wirklich bedenklich ist, ist dass auch in der neuen Regierung ihre Politik weitergehen wird. Wir werden **Bushismus ohne Bush** haben.

Die Positionen mit echter Macht - die großen Bankiers, die Generaldirektoren - sind **durch keine Wahl angreifbar**(... und wer es auch wird, sie finanzieren beide Seiten)

Unglücklicherweise ist die Bedeutung der US-Wahlen zu einer Art Persönlichkeitswahlkampf verkommen. Eine Streiterei darüber, wer besser im Stande wäre, dem Imperium

vorzustehen. John Kerry verfolgt die gleiche „Reichsidee“ wie George Bush.

Das politische System der USA ist so sorgfältig konstruiert, sodass niemand, der die grundlegende Richtigkeit der militärisch-industriellen-korporativen Machtstruktur anzweifelt, durch die Tore der Macht schreiten kann.

Bedenkt man dies, ist es kein Wunder, dass man in dieser Wahl vor zwei Absolventen der Yale Universität steht, welche beide Mitglieder von Skull and Bones sind, der gleichen Geheimgesellschaft; beide sind Millionäre, beide geben sich gerne als Soldaten, beide reden groß über den Krieg und argumentieren fast kindisch darüber, wer den Krieg gegen den Terrorismus besser führen wird.

**Wie Präsident Bill Clinton vor ihm, wird Kerry die expansive wirtschaftliche und militärische Durchdringung der Welt weiterführen.** Er sagt, dass er mit seiner Stimme Bush autorisiert hätte, gegen den Irak in den Krieg zu ziehen, auch wenn er gewusst hätte, dass der Irak keine Massenvernichtungswaffen besitzt. Er verspricht mehr Truppen in den Irak zu entsenden. Er sagte kürzlich, dass er Bushs Politik gegenüber **Israel** und Ariel Sharon **hundertprozentig** unterstütze. Er sagt, dass er **98% der Steuernachlässe Bushs beibehalten will.**

So liegt unter dem schrillen Austausch von Beleidigungen fast absoluter Konsens. Es sieht so aus, als würden die AmerikanerInnen auch dann Bush bekommen, wenn sie Kerry wählen. Präsident John Kerbush oder Präsident George Berry.

Es ist keine echte Wahl. Es ist eine Scheinwahl. Es ist als wähle man eine Waschmittelmarke. Egal ob man **Ariel** oder **Lenor** kauft, sie gehören beide Procter & Gamble.

Das bedeutet nicht, dass man keine Meinung vertritt, es gibt feine Nuancen, dass die Kongresspartei und die BJP, New Labour und die Tories, die Demokraten und die Republikaner nicht zu unterscheiden wären. Das ist natürlich nicht so. Auch nicht bei Ariel und Lenor. Ariel bringt „sprudelstarke Reinheit“ während Lenor „die Weichheit der Natur“ bringt.

In Indien gibt es den Unterschied zwischen einer offen faschistischen Partei (die BJP), und einer Partei, welche schlau eine Gruppe gegen die andere ausspielt (Kongress) und den Samen für eine Kirchturmpolitik sät, welche dann von der BJP geschickt geerntet wird.

Bei den heurigen Kandidaten für die U.S. Präsidentschaft gibt es Unterschiede in den Intelligenzquotienten und im Ausmaß ihrer Rücksichtslosigkeit. Die Antikriegsbewegung in den Vereinigten Staaten hat bei der Aufzeigung der Lügen und der Käuflichkeit die zur Invasion im Iraks geführt haben, phänomenale Arbeit geleistet, trotz der Propaganda und der Einschüchterungsversuche.

## **Kerry: „Sensibler“ Imperialismus?**

Das war nicht nur ein Dienst für die Menschen hier in den USA, sondern auch für die ganze Welt. Aber wenn die Antikriegsbewegung jetzt offen für Kerry wirbt, glaubt der Rest der Welt, dass sie seinen „sensiblen“ Imperialismus unterstützt. Ist der Imperialismus der USA besser, wenn er von den Vereinten Nationen und den europäischen Staaten unterstützt wird? Ist es besser, wenn die UNO indische und pakistanische Soldaten dazu auffordert, das Töten und Sterben im Irak zu erledigen, anstelle der U.S. Soldaten? Ist die einzige Veränderung auf welche die IrakerInnen hoffen dürfen, dass

bald auch französische, deutsche und russische Firmen an der Ausbeutung ihres besetzten Landes Anteil haben dürfen?

Wäre das wirklich besser oder schlechter für jemanden von uns, die wir in den unterworfenen Ländern leben? Ist es besser für die Welt einen intelligenten Herrscher an der Macht zu haben als einen dummen? Ist das unsere einzige Wahl?

Es tut mir leid. Es ist mir klar, dass das unangenehme und sogar brutale Fragen sind, aber sie müssen gestellt werden.

Tatsache ist, dass die Wahldemokratie ein Prozess zu zynischer Manipulation verkommen ist. Sie bietet uns heute nur einen **sehr eingegengten politischen Spielraum.** Zu glauben, dass dieser Spielraum eine echte Wahl darstellt wäre naiv.

## **Die moderne Demokratie steckt in einer tiefen Krise.**

Auf weltweiter Ebene und unabhängig von der Gesetzgebung souveräner Staaten verfügen die internationalen Instrumente des Handels und der Finanzen über ein komplexes System von multilateralen Gesetzen und Verträgen. Dadurch werden Methoden der Ausbeutung festgeschrieben und ermöglicht, die den **Kolonialismus weit in den Schatten stellen.** Dieses System erlaubt den ungehinderten Transfer riesiger Mengen spekulativen Kapitals - heißen Geldes - in Drittweltländer hinein und heraus. Damit wird ihnen praktisch **von außen die Wirtschaftspolitik diktiert.** Mit der ständigen Drohung Kapital abzuziehen schlängelt sich das internationale Kapital tiefer und tiefer in diese Wirtschaften hinein. Riesige transnationale Konzerne übernehmen die Kontrolle über die lebenswichtige Infrastruktur und ihre bedeutendsten natürlichen Ressourcen, wie Bodenschätze, Wasser und Energie. Die Welthandelsorganisation, die Weltbank, der Internationale Währungsfond und andere Finanzinstitutionen wie die Asiatische Entwicklungsbank schreiben faktisch die Wirtschaftsprogramme und die Gesetze für das Parlament selber. Mit einer tödlichen Kombination aus Arroganz und Rücksichtslosigkeit nehmen Sie einen großen **Vorschlaghammer, und zerschlagen damit fragile, eng verflochtene und historisch komplexe Gesellschaften.**

## **Über all diesem weht das Banner der „Reform“.**

Als Konsequenzen dieser Reformen haben in Afrika, Asien und Lateinamerika Tausende kleiner Unternehmen und Industrien geschlossen, Millionen von ArbeiterInnen und BäuerInnen haben ihre Beschäftigung und ihr Land verloren.

Die Londoner Zeitung, „The Spectator“ versichert uns dass „wir in der glücklichsten, gesündesten und friedlichsten Ära der Menschheitsgeschichte leben“. Milliarden staunen verwundert: Wer ist „wir“? Wo lebt er? Was ist sein Taufname?

Wir müssen verstehen, dass die moderne Demokratie stark auf einer nahezu religiösen Akzeptanz des **Nationalstaates** beruht. Aber die Globalisierung durch die **Konzerne** ist nicht daran gebunden. Und das fluktuierende Kapital auch nicht. Und so, obwohl das Kapital die Gewalt des Nationalstaates braucht um Aufstände seiner DienerInnen niederzuschlagen. Diese Konstellation macht es dem einzelnen Staat unmöglich, sich alleine gegen die globalen Konzerne zu stellen.

## Widerspenstigen Zivilgesellschaft

**Radikale Veränderung** kann und wird nicht durch Staaten und Regierungen ausgehandelt werden; Sie kann nur von den Menschen erzwungen werden. Eine Zivilgesellschaft welche sich über nationale Grenzen hinweg die Hände reicht.

Wenn wir also von „der Macht der Zivilgesellschaft in einem imperialen Zeitalter“ sprechen, empfindet es hoffentlich niemand als vorschnell anzunehmen, dass das einzige, was wert zu diskutieren ist, die Macht einer **widerspenstigen Zivilgesellschaft**. Einer Zivilgesellschaft, welche das Konzept des Imperiums an sich ablehnt. Einer Zivilgesellschaft, welche sich als **Gegenkraft** zur eingesessenen Macht sieht, gegen internationale, nationale, regionale oder lokale Institutionen und Verwaltungen, die dem Imperium dienen und es stützen.

Was für Wege sind Menschen welche sich gegen das Imperium stellen wollen offen? Mit Widerstand meine ich nicht nur die Artikulation einer widersprechenden Auffassung, sondern auch das **effektive Erzwingen von Veränderungen**. Das Imperium spielt in unterschiedlichen Situationen unterschiedliche Karten aus. Es verwendet verschiedene Waffen um verschiedene Märkte aufzubrechen. Sie kennen das, manchmal ist es das Scheckbuch, ein anderes mal die Lenkwaffe.

Den Armen begegnet das Imperium in vielen Ländern **nicht immer** in der Form von Lenkwaffen und **Panzern**, wie im Irak, in Afghanistan und in Vietnam. Es tritt in ihr Leben in der Form verschiedenster lokaler Inkarnationen - sie verlieren ihren Job, sie erhalten unbezahlbare Stromrechnungen, ihnen wird die Wasserversorgung abgedreht, sie werden aus ihren Häusern vertrieben und von ihrem Land vertrieben. All dies wird von der repressiven Staatsmaschinerie überwacht oder durchgeführt, von der Polizei, der Armee und der Justiz. Es ist ein **Prozess erbarmungsloser Verarmung**, mit dem die Armen in ihrer Geschichte schon vertraut sind. **Das Imperium verstärkt bestehende Ungleichheiten und verschlimmert sie.**

Noch bis vor kurzem war es für die Menschen oft schwierig sich als Opfer einer Eroberung durch das Imperium zu sehen. Aber nun beginnen auch die lokalen Auseinandersetzungen und Kämpfe vor Ort ihre Rolle in größerer Klarheit zu sehen. Wie übertrieben dies auch klingen mag, Tatsache ist, dass sie auf **verschiedenste Weise das Imperium auf ihre eigene Art konfrontieren**. Das geschieht je verschieden im Irak, in Indien und in Argentinien, und wieder ganz anders auf den Straßen Europas und der Vereinigten Staaten.

Massenwiderstandsbewegungen, individuelle AktivistInnen, JournalistInnen, KünstlerInnen und FilmemacherInnen sind zusammengekommen um dem Imperium seinen Glanz zu nehmen. Sie haben die Informationen kombiniert und die Cashflow-Diagramme und Vorstandsreden in echte Berichte über echte Menschen in echter Verzweiflung verwandelt. Sie haben aufgezeigt, wie das Projekt des Neo-Liberalismus den Menschen ihren Wohnraum, ihr Land, und ihre Jobs, ihre Freiheit und ihre Würde genommen hat. Sie haben das **Abstrakte greifbar** gemacht. Sie haben dem früher gesichtslosen Feind ein Gesicht gegeben.

Das ist ein großartiger Sieg. Er konnte errungen werden durch den Zusammenschluss unterschiedlichster politischer Gruppen, mit einer Vielzahl von Strategien. Sie alle erkannten, dass das Ziel ihres Ärgers, ihres Aktivismus und ihrer Verbissenheit das gleiche war. Das war der Beginn der echten Globalisierung, der Globalisierung des Widerspruchs.

## Zwei Arten von Massenwiderstandsbewegungen

Grob gesprochen gibt es heute in den armen Ländern zwei Arten von Massenwiderstandsbewegungen. Die Bewegung der Landlosen in Brasilien, die Bewegungen der Gegner der Dammprojekte in Indien, die Zapatisten in Mexiko, das Forum gegen Privatisierung in Südafrika, und Hunderte weitere, die gegen ihre eigenen souveränen Regierungen kämpfen, welche zu Agenten des Projekts Neoliberalismus geworden sind. Viele dieser Auseinandersetzungen sind radikal; sie kämpfen um eine **Änderung der Struktur** und der Art des „Entwicklungsmodells“ für ihre eigene Gesellschaft.

Dann gibt es jene, welche die brutalen, neokolonialen **Besetzungen** umstrittener Gebiete bekämpfen, deren Grenzen und Bruchlinien in vielen Fällen im vergangenen Jahrhundert willkürlich von imperialistischen Mächten gezogen wurden. In Palästina, Tibet, Tschetschenien, Kaschmir und mehreren nordöstlichen Provinzen Indiens, kämpfen Menschen für ihre Selbstbestimmung.

Viele dieser Kämpfe waren vielleicht radikal, oder gar revolutionär, als sie begannen. Aber oft zwingt sie die Brutalität der Unterdrückung in eine konservative, vielleicht sogar reaktionäre Position, aus welcher heraus sie die gleichen brutalen Strategien nutzen und die gleiche Sprache des religiösen und kulturellen Nationalismus sprechen wie jene Staaten, welche sie ersetzen wollen.

Viele FußsoldatInnen dieser Auseinandersetzungen wird es ergehen, wie jenen in Südafrika, welche die Apartheid bekämpft haben. **Sobald sie die offene Besetzung überwunden hatten, bemerkten sie, dass ihnen noch ein großer Kampf bevorsteht - der Kampf gegen den verborgenen wirtschaftlichen Kolonialismus.**

Inzwischen, in einer Zeit in welcher die Kluft zwischen Arm und Reich noch tiefer wird und der Kampf um die Kontrolle der Ressourcen dieser Welt sich intensiviert, wird der **wirtschaftliche Kolonialismus durch militärische Angriffe erneut gestärkt.**

## Irak – Besatzung und Befreiung

Der heutige Irak ist ein tragisches Beispiel für diesen Prozess. Eine illegale Invasion. Eine brutale Besatzung im Namen der Befreiung. Eine Neuauflage der Gesetze, welche den Konzernen, den Verbündeten der Besatzer, die schamlose Ausbeutung der Ressourcen und des Reichtums dieses Landes gestattet; und nun die Scharade einer „irakischen Regierung“.

Aus diesen Gründen ist es absurd, den irakischen Widerstand gegen die U.S. Besatzung allein als geistiges Werk von Terroristen, Aufständischen oder Unterstützern Saddam Husseins zu sehen. Wenn die Vereinigten Staaten überfallen und besetzt werden würden, würden dann alle, die um die Befreiung kämpfen ein/e TerroristIn oder ein/e Bush-AnhängerIn sein?

**Der irakische Widerstand kämpft an der Frontlinie des Kampfes gegen das Imperium. Und daher ist dieser Kampf unser Kampf.**

Wie die meisten Widerstandsbewegungen vereinigt diese viele bunt zusammengewürfelte **Fraktionen**. Frühere Baathisten, Liberale, IslamistInnen, beleidigte Kollaborateure, KommunistInnen, usw. Selbstverständlich ist sie voll von Opportunismus, inneren Streitigkeiten, Demagogie und Kriminalität. Aber wenn wir nur makellose Bewegungen

unterstützen, dann wird keine Widerstandsbewegung unserem moralischen **Reinheitsgebot** entsprechen.

Das soll nicht heißen, dass wir Widerstandsbewegungen nicht kritisieren dürfen. Viele von ihnen leiden an einem Demokratiemangel, an einer Verherrlichung ihrer „Führer“, einem Mangel an Transparenz, einem Mangel an Vision und Zielrichtung. **Aber am meisten leiden sie an ihrer Verteufelung, Unterdrückung und einem Mangel an Ressourcen.**

Bevor wir vorgeben wie ein moralisch hochwertiger irakischer Widerstand seinen weltlichen, feministischen, demokratischen, gewaltfreien Kampf zu führen hat, sollten wir den Widerstand auf unserer Seite verstärken, und die **USA** sowie die mit ihr verbündeten Staaten **zwingen, sich aus dem Irak zurückzuziehen.**

## Gegen die neoliberale Junta

In den Vereinigten Staaten fand die erste militante Konfrontation zwischen der Bewegung für weltweite Gerechtigkeit und der neoliberalen Junta, wie gut bekannt ist, im September 1999 bei der WTO-Konferenz in **Seattle** statt. Für viele Massenbewegungen in den Entwicklungsländern, wo sie schon seit langem einsam und isoliert gekämpft hatten, war Seattle das erste erfreuliche Zeichen dafür, dass ihr Zorn und ihre Vision für eine andere Welt, von vielen Menschen in den imperialistischen Ländern geteilt wird.

Im Januar 2001 kamen 20.000 AktivistInnen, StudentInnen, FilmemacherInnen - einige der besten Köpfe dieser Welt - in **Porto Alegre**, in Brasilien, zusammen, um ihre Erfahrungen bei und ihre Ideen für die Konfrontation mit dem Imperium auszutauschen. Das war die historisch gewordene Geburt des Weltsozialforums. Es war das erste formale Treffen einer aufregenden, anarchischen, nicht indoktrinierten, kraftvollen, neuen Art von „Zivilgesellschaft“. Der Aufruf des Weltsozialforums lautet: „Eine andere Welt ist möglich“. Dieses Forum ist zu einer Plattform geworden, auf welcher Hunderttausende Gespräche, Debatten und Seminare mitgeholfen haben, eine Vision auszuarbeiten und ausreifen zu lassen, was für eine Art von Welt dies sein soll.

## WSF als Selbstzweck?

Im Januar 2004, als das vierte Weltsozialforum in **Mumbai**, in Indien, stattfand, zog es 200.000 Delegierte an. Ich war noch nie Teil eines so kraftvollen Treffens. Es war ein Zeichen für den Erfolg des Sozialforums, dass es die großen Medien Indiens es vollkommen ignorierten. Aber das Weltsozialforum gerät in Gefahr durch seinen eigenen Erfolg. Die sichere, offene und festliche Atmosphäre des Forums hat es auch solchen PolitikerInnen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) ermöglicht sich Gehör zu verschaffen, obwohl sie eng mit einem politischen und wirtschaftlichen System verbunden sind, welches das Forum ablehnt.

Eine andere Gefahr ist, dass das Weltsozialforum, welches eine so entscheidende Rolle in der Bewegung für weltweite Gerechtigkeit gespielt hat, zum **Selbstzweck** wird. Allein die jährliche Organisation verbraucht die Energien einiger der besten AktivistInnen. Wenn Gespräche über Widerstand den echten zivilen Ungehorsam ersetzen, dann könnte das Weltsozialforum eine wertvolle Institution für jene werden, denen sich das Forum ursprünglich entgegenstellte. Das Forum muss stattfinden und muss wachsen, aber wir müssen Wege finden unsere Gespräche dort in **konkrete Taten** umzusetzen.

Als Widerstandsbewegungen begonnen haben über nationale Grenzen hinaus zu wirken und eine echte Bedrohung darstellten, haben die Regierungen ihre eigenen Strategien entwickelt, um mit ihnen fertig zu werden. Von der **Einvernahme** bis zur **Unterdrückung**.

Ich werde über drei Gefahren sprechen, welche heute den Widerstandsbewegungen drohen: die problematischen Berührungspunkte zwischen den Massenbewegungen und den Massenmedien, der Gefahr dass aus dem Widerstand eine gewöhnliche NGO wird und die Auseinandersetzungen der Widerstandsbewegungen mit zunehmend repressiven Staaten.

## Gefahren:

### 1. Massenmedien

Die Regierungen haben gelernt, dass die Medien **immer neue Krisen brauchen**, denn sie können es sich nicht leisten, zu lange beim selben Thema zu verweilen. Wie Wirtschaftsbetriebe einen Mindest-Durchsatz von Geld brauchen, brauchen die Medien einen Mindest-Durchsatz von Krisen. Ganze Länder werden zu Nachrichten von gestern. Sie hören auf zu existieren, und die Dunkelheit wird schwärzer, als noch zu der Zeit, als sie ganz kurz im Rampenlicht standen. Wir sahen das mit Afghanistan, als die Sowjets abzogen. Und nun, nachdem die Operation „Dauerhafter Frieden“ die CIA-Figur Hamid Karzai installiert hat, ist Afghanistan wieder seinen Warlords anheim gefallen.

Eine andere CIA-Figur, Iyad Allawi, wurde im Irak installiert, und nun ist wahrscheinlich die Zeit für die Medien gekommen, sich auch von dort wieder zu entfernen.

Während Regierungen die Kunst eine Krise auszusitzen perfektionieren, werden die Widerstandsbewegungen im Wirbel der Krisenproduktion vermehrt dazu verführt, Wege zu finden Krisen in einem leicht verdaulichen und zuschauerfreundlichen Format herzustellen.

Von jeder ernst zu nehmenden Bewegung und von jedem „Thema“ wird erwartet, dass es seinen eigenen Heißluftballon starten lässt um sein Markenzeichen und seinen Zweck zu bewerben.

Einzelne Verhungerte sind deshalb ein effektiveres Werbemittel zum Thema Armut, als Millionen unterernährter Menschen, die zu wenig zum Leben haben. Dämme sind erst dann für die Nachrichten interessant, wenn die von ihnen verursachten Verwüstungen gute Bilder liefern. (Dann ist es allerdings zu spät).

Tagelang im ansteigenden Wasser eines Stausees zu stehen und dabei sein Haus und seine Habseligkeiten wegschwimmen zu sehen, war einmal eine effektive Strategie beim Protest gegen große Dämme, aber das funktioniert nicht mehr. Die Medien langweilen sich dabei inzwischen zu Tode. Also erwartet man von den Hunderttausenden Menschen die von Dämmen vertrieben werden, dass sie sich neue Tricks einfallen lassen oder den Kampf aufgeben.

**Farbenfrohe Demonstrationen** und Wochenendmärsche sind ein kraftvoller Ausdruck, aber sie reichen **nicht aus, einen Krieg zu verhindern**. Kriege werden nur dann gestoppt werden, wenn SoldatInnen sich weigern zu kämpfen, wenn ArbeiterInnen sich weigern Waffen auf Schiffe und Flugzeuge zu verladen, wenn die Menschen die wirtschaftlichen Außenposten des Imperiums boykottieren, welche ihr Netz über den ganzen Globus geworfen haben.

Wenn wir den Raum für zivilen Widerstand zurückerobern wollen, werden wir uns selbst von der **Tyranei der Krisenberichterstattung** und ihrer Abneigung vor dem Gewöhnlichen befreien müssen. Wir werden unsere Erfahrung, unsere Kreativität, und unsere Kunst dafür einsetzen müssen, um die Methoden dieses Zustands zu hinterfragen; die Methoden die sicherstellen, dass „Normale“ bleibt was es ist: Grausam, ungerecht und inakzeptabel. Wir müssen jene politischen Programme und Prozesse für alle sichtbar machen welche ganz gewöhnliche Dinge - Nahrung, Wasser, eine Unterkunft, Würde - zu einem unerreichbaren Traum für gewöhnliche Menschen machen. Für eine erfolgreiche Prävention ist es notwendig zu verstehen, dass Krieg die Folge eines falschen und ungerechten Friedens ist.

Was massive Widerstandsbewegungen betrifft ist es so, dass noch so starke Medienpräsenz die Anteilnahme der Masse an der Basis nicht ersetzen kann. **Es gibt einfach keine Alternative zu altmodischer, mühseliger, politischer Mobilisierung.**

Die Globalisierung durch die Konzerne hat die Distanz vergrößert zwischen den Entscheidungsträgern und jenen, welche die Konsequenzen dieser Entscheidungen zu ertragen haben. Foren wie das Weltsozialforum ermöglichen es lokalen Widerstandsbewegungen diese **Distanz zu reduzieren** und sich mit den Bewegungen aus den reichen Ländern zu verbinden. Diese Allianz ist wichtig und wirksam. Als zum Beispiel Indiens erster privater Damm, der Maheshwar-Damm gebaut wurde, hat es eine Allianz aus Narmada Bachao Andolan (NBA), der deutschen Gruppe Urgewald, der Erklärung von Bern und dem International Rivers Network in Berkeley geschafft einige internationale Banken und Korporationen dazu zu bringen aus dem Projekt wieder auszusteigen. Das wäre ohne eine beinharte Widerstandsbewegung vor Ort unmöglich gewesen. Die Stimme dieser örtlichen Bewegung wurde von UnterstützerInnen auf der ganzen Welt verstärkt, was die Investoren in eine peinliche Situation brachte und sie dazu zwang sich zurückzuziehen.

Eine Vielzahl ähnlicher Allianzen, welche spezifische Projekte und spezifische Konzerne aufs Korn nehmen, würde helfen eine andere Welt möglich zu machen. Wir sollten mit den Konzernen beginnen, welche mit Saddam Hussein Geschäfte machten und nun von der Zerstörung und der Besatzung des Iraks profitieren.

## 2. NGOisierung

Eine zweite Gefahr welche die Massenbewegungen heute bedroht ist, dass aus den Widerstandsbewegungen gewöhnliche NGOs (Non Government Organisation/Nichtregierungs Organisation) werden. Es wäre zu einfach, meine Aussagen als Anklage gegen alle NGOs darzustellen. Das wäre nicht richtig. Es gibt zwar Schein-NGOs, die im trüben fischen und die dazu gegründet werden, um Stiftungsgeld abzusahnen oder um Steuern zu vermeiden (in Staaten wie Bihar werden sie als Brautgeld gegeben), aber es gibt auch NGOs, die wertvolle Arbeit leisten. Aber es ist wichtig das Phänomen der NGOs in einem breiteren politischen Kontext zu betrachten.

In Indien zum Beispiel begann der Boom der subventionierten NGOs in den späten 80er und frühen 90er Jahren. Er fiel mit der Öffnung indischer Märkte für den Neoliberalismus zusammen. Zu dieser Zeit reduzierte der indische Staat, um den Erfordernissen der Strukturanpassung zu genügen, die Subventionen für die Entwicklung ländlicher Regionen für die Landwirtschaft, Energieversorgung, öffentliche Verkehrsmittel

und staatliche Gesundheitsvorsorge. Als der Staat sich von seiner traditionellen Rolle trennte, kamen NGOs um in genau diesen Bereichen zu arbeiten. Der Unterschied ist natürlich, dass sie nur einen winzigen Bruchteil der Gelder zur Verfügung haben, welche die Reduktion der öffentlichen Ausgaben ausmachten. Die meisten großen NGOs werden von Hilfs- und Entwicklungsagenturen finanziert und gefördert, welche wiederum von westlichen Regierungen, der Weltbank, der UNO und einigen multinationalen Konzernen finanziert werden. Obwohl sie vielleicht nicht die gleichen Agenturen sind, sind sie sicherlich **Teil derselben losen politischen Formation, welche das neoliberale Projekt** überwacht und den Einschnitt in der öffentlichen Finanzierung erst gefordert hat.

Warum sollten diese Agenturen NGOs finanzieren? Könnte es einfach altmodischer missionarischer Eifer sein? Schuldgefühle? Es ist ein bisschen mehr als das. NGOs vermitteln den Eindruck, dass sie das Vakuum füllen, welches der Staat zurückgelassen hat. Und das machen sie auch, aber in einem substanziell nicht relevanten Ausmaß. Ihr echter Beitrag ist, dass sie politischen Zorn stillen und als Hilfe oder Almosen austeilen, worauf alle ein Anrecht haben sollten.

**Sie verändern die Psyche der Bevölkerung.** Sie machen Menschen zu abhängigen Opfern und stumpfen die Kanten des politischen Widerstandes ab. NGOs bilden **eine Art Puffer** zwischen dem Sarkar und der Bevölkerung, zwischen dem Imperium und seinen Untertanen. Sie sind zu den Vermittlern, den Erklärern und den Umsetzern geworden.

Auf lange Sicht gesehen, sind NGOs **ihren Finanziers verpflichtet**, nicht den Menschen mit welchen sie zu tun haben. Sie sind, was BotanikerInnen eine **Indikatorspezies** nennen würden. Es scheint, dass je größer die vom Neoliberalismus verursachte Zerstörung ist, umso mehr NGOs entstehen. Nichts illustriert dies treffender als das Phänomen der USA, wo die Invasion eines Landes vorbereitet wird und gleichzeitig die NGOs initiiert, welche die Zerstörungen wieder aufräumen sollen.

Um ihre Finanzierung nicht zu gefährden, und damit die Regierungen der Länder in denen sie arbeiten ihnen weiterhin erlauben, ihre Funktion zu erfüllen, müssen NGOs ihre Arbeit ohne Hintergrund darstellen, ohne politischem und ohne historischen Zusammenhang. Oder zumindest ohne dem historischen und politischen Hintergrund, von dem man nicht gerne hört.

Apolitische (und daher in Wirklichkeit extrem politische) Notrufe aus armen Ländern und Kriegszonen lassen diese (dunkelhäutigen) Menschen in diesen (dunklen) Ländern schließlich wie pathologische Fälle aussehen. Noch ein unterernährter Inder, noch eine verhungerte Äthiopierin, noch ein afghanisches Flüchtlingslager, noch eine verkrüppelte Sudanerin... sie alle ist auf die Hilfe des weißen Mannes angewiesen. **Sie verstärken ohne es zu wissen rassistische Vorurteile** und beweisen die Errungenschaften und fördern Trost und Mitgefühl (die strenge Liebe) der westlichen Gesellschaft. **Sie sind die weltlichen Missionare dieser modernen Welt.**

Und schließlich spielt das den NGOs zur Verfügung stehende Kapital die gleiche Rolle in der alternativen Politik, wie das spekulative Kapital, das in arme Wirtschaftsräume ein- und wieder abfließt, in einem geringeren Maße zwar, aber auf heimtückischere Weise. Dieses Kapital beginnt die Tagesordnung zu bestimmen. Es macht aus den Konfrontationen Verhandlungen. **Es entpolitisiert den Widerstand. Es mischt sich in regionale Bewegungen ein,**



welche in alter Tradition selbstständig zu arbeiten pflegten. NGOs haben Geld, mit dem Menschen angestellt werden, die sonst AktivistInnen in Widerstandsbewegungen wären, aber nun fühlen sie, dass sie etwas sofort wirksames, konstruktives und gutes machen können (und sich ihren Lebensunterhalt verdienen, während sie das tun). Echter politischer Widerstand bietet keine solchen Abkürzungen.

Aus dem Widerstand wird eine NGO, die Politik als einen respektablen, vernünftigen, bezahlten Job von 9 bis 5 Uhr Job macht. Und dazu gibt es noch einige Vergünstigungen. Echter Widerstand hat echte Konsequenzen. Und er wird nicht bezahlt.

### 3. Gegen Staatsterrorismus – immer gewaltfrei?

Das bringt uns zur dritten Gefahr über welche ich heute abend sprechen will: Die tödliche Natur einer tatsächlichen Konfrontation zwischen den Widerstandsbewegungen und den immer repressiveren Staaten. Zwischen der **Zivilgesellschaft** und den **Agenten des Imperiums**.

Wann immer der zivile Widerstand die geringsten Anzeichen zeigt, sich von symbolischen Aktionen zu irgendetwas auch nur im Entferntesten Gefährlichen zu entwickeln, wird die Unterdrückung gnadenlos. Wir haben gesehen, was bei den Demonstrationen in Seattle, in Miami, in Göteborg und in Genua passiert ist.

In den Vereinigten Staaten gibt es jetzt den Patriot Act, welcher für Regierungen überall auf der Welt zu einem Entwurf für Antiterrorgesetze geworden ist. Freiheiten werden eingeschränkt, mit der Begründung die Freiheit zu schützen. Und wenn wir einmal unsere Freiheiten aufgegeben haben, wird es einer Revolution bedürfen um sie wieder zurückzugewinnen.

Einige Regierungen haben reichlich Erfahrung in der Einschränkung von Freiheiten und sehen noch immer gut aus dabei. Die Regierung Indiens, spielt dieses Spiel schon lange und leuchtet auf dem Weg.

Über die Jahre hat die indische Regierung eine Vielzahl von Gesetzen erlassen, welche es ihr erlauben, **fast jeden als Terroristen, Aufständischen oder Militanten zu bezeichnen**. Bei uns gibt es ein Sonderermächtigungsgesetz für die Streitkräfte, ein Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit, ein Gesetz für die Sicherheit in besonderen Gebieten, ein Banden-Gesetz, ein Gesetz für Terror- und Unruhegebiete (es existiert zwar formal nicht mehr, aber es stehen immer noch Menschen deswegen vor Gericht) und POTA (Gesetz zur Verhinderung von Terrorakten); es ist ein Breitband-Antibiotikum gegen die Krankheit des Widerspruchs.

Es werden noch weitere Schritte unternommen, wie **Gerichtsurteile**, welche darauf hinauslaufen, die Redefreiheit einzuschränken, Regierungsangestellten das Streikrecht zu verweigern, und Menschen das Recht auf Leben und Lebensunterhalt nehmen. Die Gerichte in Indien haben begonnen, unsere Lebensweise bis ins Detail zu bestimmen. Und ein Gericht zu kritisieren ist strafbar.

Zurück zu den Antiterror Initiativen der Regierung: Die Zahl jener Menschen, welche im letzten Jahrzehnt von Polizei- und Sicherheitskräften getötet wurden, muss in Zehntausenden angegeben werden. Im Staat Andhra Pradesh (dem indischen Vorzeigemodell für die Globalisierung durch die Konzerne) werden pro Jahr im Durchschnitt etwa 200 „ExtremistInnen“ bei so genannten „Zusammenstößen“ getötet. Die Polizei in

Bombay gibt damit an, wie viele „Gangster“ sie bei „Shoot Outs“ erschossen hat. In Kaschmir, wo eine Art Kriegszustand herrscht, wurden seit 1989 ungefähr 80.000 Menschen getötet. Tausende sind einfach „verschwunden“. In den nordöstlichen Provinzen ist die Situation ähnlich.

In den letzten Jahren hat die indische Polizei häufig Feuer auf unbewaffnete Menschen eröffnet, meistens Dalits und Adivasi. Die bevorzugte Methode ist es, sie zu **töten** und sie dann **TerroristInnen zu nennen**. Indien steht hier aber nicht alleine da. Wir haben ähnliche Vorgänge gesehen in Ländern wie Bolivien, Chile und Südafrika. In der Ära des Neoliberalismus ist Armut ein Verbrechen und Widerstand gegen sie wird immer öfter als Terrorismus bezeichnet.

In Indien nennt man das POTA (Prevention of Terrorism Act) oft auch „Production of Terrorism Act“. Es ist ein vielseitig einsetzbares, für alles verwendbares Gesetz, das genauso gut gegen ein Mitglied Al-Kaidas wie gegen einen ärgerlichen Buschauffeur angewendet werden kann. Wie bei allen Antiterrorgesetzen ist die Genialität hinter POTA, dass es sein kann, was auch immer die Regierung gerade braucht. Nach dem Pogrom in Gujarat vom Jahr 2002, in welchem etwa 2.000 MuslimInnen brutal von einem Hindu-Mob getötet wurden und 150.000 aus ihren Häusern vertrieben wurden, sind 287 Menschen unter POTA angeklagt worden. Von diesen sind 286 MuslimInnen und einer ein Sikh.

POTA lässt unter Polizeigewahrsam erhaltene Geständnisse als Beweismittel vor Gericht zu. Das führt dazu, dass Folter die Nachforschungen ersetzt. Das South Asia Human Rights Documentation Center berichtet, dass es in Indien weltweit die meisten Folterungen und Todesfälle während der Inhaftierung gibt. Regierungsdaten zeigen, dass es allein im Jahr 2002 zu 1307 Todesfällen im Polizeigewahrsam kam.

Vor einigen Monaten war ich Mitglied eines Volkstribunals welches sich mit POTA befasste. Zwei Tage lang hörten wir uns entsetzliche Berichte darüber an, was in unserer wundervollen Demokratie vor sich geht. Es gibt alles - von Leuten welche dazu gezwungen werden Urin zu trinken, denen das Gewand vom Leib gerissen wird, die gedemütigt werden, die mit Elektro-Schocks misshandelt werden, die mit Zigaretten verbrannt werden, denen Eisenstäbe in den After geschoben werden, die zu Tode geprügelt und getreten werden.

Die neue Regierung hat versprochen, POTA aufzuheben. Ich wäre überrascht, wenn das passiert, bevor ähnliche Gesetze unter einem anderen Namen in Kraft treten. Wenn es nicht POTA ist, dann wird es MOTA sein, oder sonst etwas.

Wenn alle Wege gewaltfreien Widerstandes versperrt sind und jeder, der gegen die Verletzung von Menschenrechten protestiert, Terrorist genannt wird, ist es dann wirklich überraschend, wenn große Teile des Landes von jenen überrannt werden, welche an den bewaffneten Kampf glauben, und mehr oder weniger der Kontrolle des Staates entgleiten: In Kaschmir, in den nordöstlichen Provinzen, in großen Teilen von Madhya Pradesh, Chattisgarh, Jharkhand und Andhra Pradesh. Die einfachen Menschen in diesen Regionen sitzen in einer Falle zwischen der Gewalt der Milizen und der des Staates.

Die Armee schätzt, dass in Kaschmir zu jeder Zeit zwischen 3.000 und 4.000 Milizionäre operieren. Um sie zu kontrollieren, setzt der indische Staat dort etwa 500.000 SoldatInnen ein. Es sind offensichtlich nicht nur die Milizen, welche die Armee kontrollieren will, sondern ein ganzes Volk von gedemütigten und unglücklichen Menschen welche die indische Armee als eine Besatzungsmacht betrachten.

Das Militärische Sonderermächtigungsgesetz erlaubt es nicht nur Offizieren, sondern auch Kadetten und Unteroffizieren der Armee Gewalt gegen jede Person anzuwenden, und sie auch zu töten, wenn sie verdächtigt wird, die öffentliche Ordnung zu stören. Dieses Gesetz wurde 1958 zunächst für einige Gebiete in Manipur erlassen. Heute wird es beinahe im ganzen Nordosten und in Kaschmir angewandt. Die Berichte von Folterungen, „Verschwinden lassen“ und Todesfällen während der Gefangenschaft, Vergewaltigungen und Massenhinrichtungen durch Sicherheitskräfte reichen, um einem den Magen umzudrehen.

In Andhra Pradesh, im Herzen Indiens, ist die marxistisch-leninistische Volkskriegsgruppe seit Jahren in gewalttätige **bewaffnete Kämpfe** verwickelt und war das Hauptziel bei vielen vorgetäuschten „Zusammenstößen“ der Polizei dieser Provinz. Sie hielten am 28. Juli 2004 in der Stadt Warangal ihr erstes öffentliches Treffen seit Jahren.

Hunderttausende Menschen kamen. Unter POTA gelten alle als TerroristInnen. Wird man sie alle in einer indischen Version von Guantanamo Bay einsperren?

Der ganze Nordosten und das Kaschmir-Tal sind in Aufruhr. Was will Regierung mit diesen Millionen Menschen machen?

**Es gibt heute keine Diskussion auf der Welt welche wichtiger ist, als die Debatte über die Strategien des Widerstandes.** Und die Wahl der Strategie liegt nicht allein in den Händen der Bevölkerung. Sie liegt auch in den Händen des Sarkar.

Wenn die USA den Irak in einer Art und Weise überfällt und besetzt, wie sie es getan hat, nämlich mit überwältigender militärischer Übermacht, kann man dann einen konventionellen, militärischen Widerstand erwarten? (Auch ein konventioneller Widerstand würde Terrorismus genannt werden.) Seltsamerweise macht das Waffenarsenal die überwältigende Luftwaffe und die Feuerkraft der US-Streitkräfte den **Terrorismus** zu einer **kaum vermeidbaren** Antwort. Was den Menschen an Geld und Macht fehlt, werden sie durch Verschlagenheit und ihre Strategie wettzumachen versuchen.

Wenn die Regierungen in dieser ruhelosen und verzweifelten Situation nicht alles tun um die gewaltfreien Widerstandsbewegungen anzuerkennen, dann begünstigen sie automatisch diejenigen, die zur Gewalt greifen. **Keine Regierung, die den Terrorismus verurteilt, ist glaubwürdig, wenn sie nicht zeigt, dass sie offen ist für Veränderungen durch gewaltfreie Auseinandersetzung.**

Stattdessen werden gewaltfreie Widerstandsbewegungen zerschlagen. Jede Art politischer Massen-Bewegungen oder -Organisation wird bestochen, zerbrochen oder einfach ignoriert.

Inzwischen verschwenden die Regierungen, die Medienkonzerne und vergessen wir nicht die Filmindustrie, ihre Zeit, ihre Aufmerksamkeit, ihre Technologie, ihre Forschungen und ihre Bewunderung dem Krieg und dem Terrorismus. Die Gewalt wird verherrlicht.

Die Botschaft, die wir empfangen, ist **beunruhigend** und gefährlich: Wenn man seinem Ärger öffentlich Luft machen will, ist Gewalt effektiver als Gewaltfreiheit.

## Die Unruhe nimmt zu

Während die Kluft zwischen Arm und Reich größer wird, während die Notwendigkeit, die Ressourcen der Welt zu verteilen und zu kontrollieren, um damit die große kapitalistische Maschine zu füttern, wird die Unruhe nur zunehmen.

Für jene von uns, welche auf der falschen Seite des Imperiums leben, wird die Demütigung unerträglich.

Jedes irakische Kind, welches von den USA getötet wurde, ist unser Kind. Jeder Gefangene, der in Abu Ghraib gefoltert wurde, ist unser Kamerad. Jeder ihrer Schreie war unser Schrei. Wenn sie gedemütigt wurden, so werden wir gedemütigt. Die US SoldatInnen welche im Irak kämpfen - zum Großteil Freiwillige rekrutiert aus der Armut in den Kleinstädten und armen Stadtvierteln - sind genauso Opfer dieses schrecklichen Vorgangs wie die IrakerInnen. Man fordert von ihnen, für einen Sieg zu sterben, der niemals ihrer sein wird.

Die Mandarine der Konzernwelt, die Generaldirektoren, die Bankiers, die PolitikerInnen, die RichterInnen und Generäle sehen von oben auf uns herab und schütteln ernst ihre Häupter. „Es gibt keine Alternative“, sagen sie. Und lassen die Hunde des Kriegs von den Ketten.

Dann kommt aus den Ruinen Afghanistans, den Schutthaufen des Iraks und Tschetscheniens, von den Straßen des besetzten Palästinas, aus den Bergen Kaschmirs, von den Hügeln und Prärien Kolumbiens und aus den Wäldern Andhra Pradesh und Assams die kalte Antwort: „Es gibt keine Alternative, außer Terror“. Terrorismus. Bewaffneter Kampf. Aufstand. Man nenne es wie man will.

Terrorismus ist böse, ekelhaft und entmenschlicht sowohl diejenigen die ihn ausüben wie auch seine Opfer. Aber genauso ist der Krieg. Man könnte sagen, dass der Terrorismus die Privatisierung des Krieges ist. TerroristInnen sind die Handlungsreisenden in Sachen des Krieges. Es sind Leute, die nicht glauben, dass der Staat das legitime Gewaltmonopol besitzt.

Die menschliche Gesellschaft steuert einem grauenhaften Ziel entgegen.

**Natürlich gibt es eine Alternative zum Terrorismus. Man nennt sie Gerechtigkeit.**

Es wird Zeit zu erkennen: Mit noch so vielen Atomwaffen oder Benzinbomben, mit keiner Überlegenheit auf allen Linien, mit noch so vielen Marionettenregierung und Loya Jirgas lässt sich der Frieden auf Kosten der Gerechtigkeit erkaufen.

Die Sucht nach Hegemonie und die Arroganz einiger weniger wird aufgewogen von der wachsenden Sehnsucht nach Würde und Gerechtigkeit.

Welche Form der Kampf haben wird, ob er wunderschön oder blutrünstig sein wird, hängt von uns ab.

*Übersetzung:: Z-Net und Herbert Kaser, Austria (ehrenamtliche ÜbersetzerInnen, coorditrad@attac.org)*

# Aufruf der Versammlung der Sozialen Bewegungen im Anschluß an das 3. Europäische Sozialforum (ESF/FSE), London 2004

Wir kommen von Bürgerinitiativen und Sozialbewegungen, Organisationen der Schwachen und "Stimmlosen" ("no vox"), Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen, internationalen Solidaritätsorganisationen, Anti-Kriegs-, Friedens- und Frauenbewegungen. Wir kommen aus sämtlichen Regionen aus ganz Europa, um uns in London zum Dritten Europäischen Sozialforum zu versammeln. Wir sind zahlreich, und unsere Stärke liegt in unserer Vielfalt.

Heutzutage ist der **Krieg** der eigentliche und härteste Ausdruck des Neoliberalismus. Der Krieg und die Besetzung des Iraks, die Besetzung Palästinas, das Massaker in Tschechien und die versteckten Kriege in Afrika verspielen die Zukunft der Menschheit. Der Krieg im Irak wurde mit Lügen gerechtfertigt. Heute ist der Irak gedemütigt und zerstört. Die Irakis sind gefangen in Krieg und Terror. Die Besetzung hat weder Freiheit noch eine Verbesserung der Lebensbedingungen gebracht. Im Gegenteil, heute haben die Verfechter der Theorie des "Konflikts der Zivilisationen" die Oberhand. Wir kämpfen für den Abzug der Besatzungstruppen aus dem Irak, für einen sofortigen Stopp der Bombenangriffe und für die sofortige Rückgabe der Souveränität an die irakische Bevölkerung. Wir unterstützen das Recht der Irakis auf Widerstand gegen die Besetzung.

Wir unterstützen die **palästinensischen** und irakischen Bewegungen, die für einen gerechten und dauerhaften Frieden kämpfen. Gemäß dem Urteil des Internationalen Gerichtshofs der UNO und der einstimmigen Abstimmung der europäischen Länder in der UNO-Generalversammlung rufen wir auf zu einem Ende der israelischen Besetzung und zum Abbau der Apartheitsmauer. Wir rufen auf zu politischen und wirtschaftlichen Sanktionen gegen die israelische Regierung, solange diese das internationale Recht und die Menschenrechte der Palästinensischen Bevölkerung weiter missachtet. Aus diesen Gründen rufen wir auf zur internationalen **Aktionswoche gegen die Apartheitsmauer vom 9. bis 16. November und zu den europäischen Aktionstagen am 10. und 11. Dezember**, dem Jahrestag der UNO Menschenrechtsdeklaration.

Die weltweite Klimaverschlechterung stellt eine beispiellose Bedrohung für die Zukunft unserer Kinder und der Menschheit insgesamt dar. Deshalb unterstützen wir den **Aufruf von Umweltorganisationen für internationale Aktionen gegen den Klimawandel in 2005**. Wir unterstützen die Kampagnen gegen genetisch veränderte Organismen und für eine sichere Landwirtschaft, sichere Lebensmittel und eine sichere Umwelt.

**Im Februar 2005 werden wir uns den Protestaktionen gegen den NATO-Gipfel in Nizza anschließen.** Wir sind gegen die Selbstnennung der G8 Staaten zur globalen Regierung und ihre Politik des Neoliberalismus, und daher versprechen wir, **zur Zeit des G8-Gipfels in Schottland im Juli 2005 massiv zu demonstrieren.**

Wir treten für ein anderes Europa ein, dass die Benachteiligung bzw. Diskriminierung und Gewalt gegen **Frauen** zurückweist und das Recht anerkennt, sich frei für eine Abtreibung entscheiden zu können. Wir unterstützen den internationalen Aktionstag gegen die Gewalt gegenüber Frauen am 25. November und die europäische Initiative. Wir unterstützen die Mobilisierung für den internationalen **Frauentag am 8. März**. Wir unterstützen die **europäische Initiative am 27./28. Mai in Marseille** die vom Welt "Weltmarsch für Frauen" vorgeschlagen wurde.

Das ESF ist gegen jede Form der Trennung gegenüber **Behinderten**. Bei all seiner Arbeit über die Behinderten unterstützt das ESF den Grundsatz "Nichts über uns ohne uns". Alle ESF-Organisationen sollten die Behinderten aktiv involvieren. Das ESF lehnt jede Form der Eugenik ab und kämpft für das Recht auf Leben sowie die uneingeschränkten Zivilrechte für die Behinderten. Alle ESF-Veranstaltungen müssen für Behinderte uneingeschränkt zugänglich sein. Wir sind uns auch im klaren darüber, dass die Gebärdensprache eine grundlegende Notwendigkeit für die Einbeziehung der Gehörlosen ist.

Wir sind gegen den **Rassismus** und die "Festung Europa" und für die Rechte von Migranten und Asylbewerbern; das Recht auf Freizügigkeit, die Staatsbürgerschaft des Aufenthaltslandes und die Schliessung der Auffanglager. Wir sind gegen die Ausweisung von Migranten. Wir schlagen einen **Aktionstag am 2. April 2005 vor, gegen den Rassismus, für das Recht auf Freizügigkeit** und für das Recht, für ein anderes Europa einzutreten, das nicht mehr nach den Prinzipien der Ausgrenzung und der Ausbeutung funktioniert.

Die Versammlung der Sozialbewegungen unterstützt die weltweite Solidaritätserklärung mit **Indymedia** und verurteilt die Beschlagnahmung des Indymedia-Servers als Angriff auf Redefreiheit, Pressefreiheit, Datenschutz und das Recht, sich mitzuteilen und fordert eine umfassende Untersuchung

über die Beschlagnahmung des Indymedia-Servers.

Wir sprechen dem griechischen Seemann Giorgos Monastiriotis, der zu drei Jahren und vier Monaten verurteilt wurde, als er sich weigerte, sich an der militärischen Aktion im Golf, und damit am Krieg gegen den Irak, zu beteiligen, unsere Solidarität aus. Wir fordern die sofortige Aufhebung sämtlicher Anklagen gegen ihn. Wir sprechen unsere Solidarität gegenüber allen **Soldaten** aller Nationen aus, die sich weigern, an der Besetzung und Unterdrückung des irakischen Widerstands teilzunehmen.

Jetzt wo die neue **Verfassung** der EU kurz vor der Ratifizierung steht, sind wir der Meinung, dass die Völker Europas unmittelbar darüber befragt werden sollten. Der Entwurf für diese Verfassung entspricht nicht unseren Zielsetzungen, denn sie erhebt den Neoliberalismus zur offiziellen Doktrin der EU; die Grundlage des Europäischen Gemeinschaftsrechts, und aller menschlichen Aktivität an sich, wird der Wettbewerb, und dieser lässt die Ziele der ökologisch nachhaltigen Entwicklung vollkommen außer acht. Die Verfassung der Europäischen Union gewährt keine Gleichberechtigung und keine Freizügigkeit und Staatsbürgerschaft für all jene in dem Land, in dem sie wohnen, ungeachtet ihrer Nationalität. Sie gibt der NATO eine Rolle in der europäischen Außenpolitik und Verteidigung und drängt auf die Militarisierung der EU, und schließlich stellt die Verfassung der EU auch den Markt an erste Stelle, und zwar durch die zunehmende Verdrängung des sozialen Bereichs und damit des immer schnelleren Abbaus der öffentlichen Dienste.

Wir kämpfen für ein **anderes Europa**. Durch unsere Mobilisierung bringen wir Hoffnung auf ein Europa, in dem die Unsicherheit des Arbeitsplatzes und die Arbeitslosigkeit keinen Raum mehr haben. Wir kämpfen für eine überlebensfähige Landwirtschaft, in der die Bauern selbst zu bestimmen haben, in der die Arbeitsplätze erhalten werden und in der die Qualität der Umwelt und der Lebensmittel als öffentliche Güter der Allgemeinheit verteidigt wird. Wir wollen ein weltoffenes Europa, in dem es Asylrecht, Freizügigkeit und Staatsbürgerschaft für alle in dem Land gibt, in dem sie leben. Wir fordern die echte Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen. In unserem Europa soll die kulturelle Vielfalt respektiert und gefördert und das Recht der Völker auf Selbstbestimmung respektiert werden, und alle Völker Europas sollen das Recht haben, über ihre Zukunft demokratisch zu bestimmen. Wir kämpfen für ein anderes Europa, wo die Rechte der Arbeitnehmer respektiert werden und angemessene Gehälter und ein hohes Niveau der sozialen Absicherung garantiert sind. Wir kämpfen gegen jedes Gesetz, das durch neue

Formen der Vertragsarbeit Unsicherheit bringt.

Wir kämpfen für ein Europa, das den Krieg ablehnt, einen Kontinent der internationalen Solidarität und der ökologisch nachhaltigen Entwicklung. Wir kämpfen für die Abrüstung, gegen Atomwaffen und **gegen die Militärstützpunkte der USA und der NATO**. Wir unterstützen alle, die den Kriegsdienst verweigern.

Wir weisen die **Privatisierung** von öffentlichen Dienstleistungen und öffentlicher Güter wie Wasser zurück. Wir kämpfen für die Menschenrechte: für soziale, wirtschaftliche und politische Rechte und das Recht auf die Berücksichtigung von Umweltinteressen, um der Herrschaft des Marktes, der Profitlogik und der Beherrschung der Dritten Welt durch die **Verschuldung** Einhalt zu gebieten und dieses alles zu überwinden. Wir lehnen es ab, den "Krieg gegen den Terrorismus" als Rechtfertigung zu benutzen, um bürgerliche und demokratische Freiheiten anzugreifen und soziale Konflikte zu kriminalisieren.

Die Europäische Sozialbewegung unterstützt die nationale Demonstration der italienischen Bewegung am 30. Oktober, nach der Unterzeichnung des Vertrages über die Verfassung für Europa. Wir kämpfen gegen Krieg, Liberalisierung und Rassismus und für den Rückzug der Truppen aus dem Irak und für ein anderes Europa. Die Europäische Sozialbewegung unterstützt auch die nationale **Demonstration in Barcelona gegen das Gipfeltreffen von Zapatero, Chirac und Bundeskanzler Schröder über die Verfassung für Europa im Januar 2005. Wir unterstützen auch die Demonstration gegen die Bolkestein-Richtlinie am 11. November 2004.**

Wo die neue Europäische Kommission sich schamlos einer ausgeprägten Politik des ‚Laissez-faire‘ rühmt, müssen wir einen Prozess der Mobilisierung in allen Europäischen Ländern in Gang setzen, um die Anerkennung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Rechte und des Rechts auf die Berücksichtigung von Umweltinteressen des einzelnen und der Gesellschaft, für Männer und Frauen gleichermaßen, durchzusetzen. Um es allen Völkern Europas zu ermöglichen,

an diesem Prozess teilzunehmen, müssen wir eine Bewegung aufbauen, die sich über unsere Verschiedenheiten hinwegsetzt und alle Kräfte der Völker Europas vereint, damit sie bereit sind, sich an dem Kampf gegen den Neoliberalismus der EU zu beteiligen. Der 20. März 2005 ist der zweite Jahrestag des Ausbruchs des Krieges gegen den Irak. Am 22. und 23. März findet eine Sitzung des Europäischen Rates in Brüssel statt. **Wir rufen zu nationalen Demonstrationen in allen Ländern Europas und zu einer zentralen Demonstration in Brüssel am 19. März, gegen Krieg, Rassismus und gegen den Neoliberalismus in Europa auf;** wir kämpfen auch gegen die fortschreitende Privatisierung, gegen die Bolkestein-Initiative und gegen die Angriffe auf die Arbeitszeit; sowie für ein Europa der Rechte und der Solidarität unter den Völkern. Wir rufen alle sozialen Bewegungen und die europäische Gewerkschaftsbewegung auf, an diesem Tag auf die Straßen zu gehen.

London, 17. Oktober 2004

Übersetzung: [www.babels.org/mdv,sig-Redaktion](http://www.babels.org/mdv,sig-Redaktion)  
Englischer Text: <http://www.fse-esf.org/en/>

## „Großartig und mobilisierend“

### ***Irak-Krieg stand beim ESF in London im Vordergrund. Die deutsche Linke sollte vom respektvollen Umgang miteinander lernen.***

#### **Ein Gespräch mit Peter Strotmann Junge Welt 20.10.2004**

*Peter Strotmann ist Mitglied im Rat von ATTAC Deutschland und gehört zu den Herausgebern von Sand im Getriebe*

*F: Sie waren am Wochenende auf dem Europäischen Sozialforum in London. Welche Eindrücke bringen Sie mit?*

Es war eine großartige, mobilisierende Veranstaltung, die unter dem großen Thema »Wie kann man die Besatzer im Irak zum Rückzug zwingen?« stand. Denn eine »andere Welt ist möglich«, aber nicht unter der Bedingungen der Besatzung durch andere Länder.

*F: Von einigen Teilnehmern, vor allem aus Deutschland und Frankreich kam die Kritik, daß in London die soziale Frage zu sehr in den Hintergrund gerückt sei*

Ich denke, das liegt daran, daß Großbritannien im Irak Kriegspartei ist. Daraus ergibt sich

eine besondere Zuspitzung und Schärfe der Auseinandersetzungen. Natürlich gibt es auf der Insel genauso wie bei uns Sozialkahl-schlag, aber das alles wird überlagert von der Frage: Warum wird dieser katastrophale und verbrecherische Krieg im Irak weiter geführt?

Daher war man sich in London in vielen Versammlungen weitgehend einig, daß es wichtig ist, daß die USA den Krieg verlieren. Denn wenn sie dort nicht gestoppt werden, sind als nächstes Syrien und der Iran dran.

*F: Immerhin war es aber ein europäisches Sozialforum, und in vielen anderen Ländern stehen eher soziale Fragen im Vordergrund der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Hat man da nicht viele an den Rand gedrängt, indem die Tagesordnung so einseitig gestaltet wurde?*

Den Eindruck hatte ich nicht. Es wurde in London auch viel über die EU-Verfassung, über feministische, soziale und ökologische Fragen diskutiert. Zum Beispiel auch über die 30-Stunden-Woche als Mittel der Umverteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit. Aber es stimmt, dieses Sozialforum war sehr von der Frage dominiert, wie man den US-Imperialismus stoppen kann.

*F: Es gab von Frauenorganisationen die Kritik, daß es nicht möglich gewesen sei, einen unabhängigen Frauentag durchzuführen.*

Von den Auseinandersetzungen im Hintergrund habe ich nichts mitbekommen. Aber was die Beteiligung angeht, so waren viele Frauen dabei, auch sehr junge, die in der

Kriegsfrage ausgesprochen engagiert waren. Überhaupt war das Publikum sehr jung und enthusiastisch. Viele junge Leute haben gefragt, wie man die politischen Verhältnisse verändern kann. Durch die Mobilisierungen des vergangenen Jahres scheint es zur Zeit in Großbritannien große Hoffnung zu geben, daß man Tony Blair stürzen und sozialistische Positionen wieder auf die Tagesordnung setzen kann. Ansonsten fiel mir auf, daß man in den häufig sehr kontroversen Debatten mit viel Respekt miteinander umging, eine Tugend, die man in Deutschland noch lernen muß.

*F: Andererseits gab es von verschiedenen Seiten – von Basisorganisationen, von eher linksradikalen Gruppen, aber auch von großen, traditionellen NGOs wie Oxfam – die Kritik, die Vorbereitung sei intransparent und von der Sozialistischen Arbeiterpartei sowie einigen Gewerkschaften dominiert gewesen. Können Sie das bestätigen?*

Ich war nicht in der Vorbereitungsgruppe, ich weiß nicht, welche Auseinandersetzungen und Machtkämpfe es dort gegeben hat. Ich fände es schade, wenn die Vielfalt durch die Dominanz eines Themas verlorengehe. Andererseits denke ich, daß der Irak-Krieg, so wie der Vietnamkrieg, ein historischer Wendepunkt ist und daher der Widerstand gegen die Besatzer unterstützt werden muß, egal ob Bush oder Kerry die US-Wahlen gewinnt. Aber es wäre natürlich schade, wenn dadurch andere Strömungen vernachlässigt würden

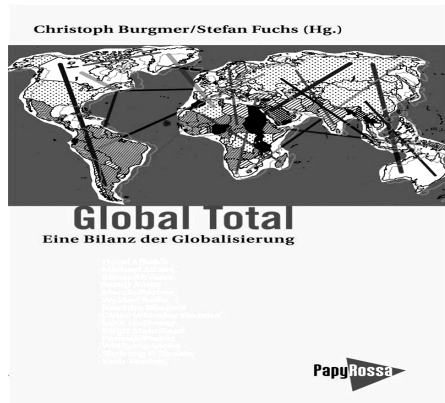
<http://www.jungewelt.de/2004/10-20/024.php>

# Keynes, Stiglitz und die Ökonomie des geplünderten Südens

## Das Scheitern der Entwicklungsrezepte des Westens

### Ein Gespräch mit Yash Tandon

*Yash Tandon, ein Wirtschaftswissenschaftler aus Uganda, hat auf dem ESF in London die sonst so häufig marginalisierte Perspektive Afrikas auf die Globalisierung eingebracht. Er setzte sich unter der Parole „We don't need Fair Trade – we need Justice“ mit den fatalen Konsequenzen westlicher Entwicklungsstrategien auseinander. Wir veröffentlichen hier ein Gespräch mit ihm, das Ch.Burgmer und St.Fuchs in dem sehr empfehlenswerten Buch **GLOBAL TOTAL** veröffentlicht haben (im PapaRossa-Verlag EUR14,50, davon 50 Cent an ATTAC).*



*Herr Tandon, am 20. Januar 1949 hat US-Präsident Truman den Beginn des »Zeitalters der Entwicklung« ausgerufen. Die ungleiche Verteilung des Reichtums als eine der Ursachen des Krieges sollte endgültig beseitigt werden. Heute, mehr als ein halbes Jahrhundert später, ist die Lage der Entwicklungsländer verzweifelter denn je zuvor. Der Abstand zwischen den Zentren und der Peripherie hat sich nicht etwa verkleinert, sondern ist noch größer geworden. Der Süden ist gut dreimal ärmer als noch vor 50 Jahren. Was sind aus der Perspektive des Südens selbst die Gründe für das endgültige Scheitern dieser vom Westen inspirierten Entwicklungspolitik?*

Das westliche kapitalistische System ist ja nie wirklich darauf ausgerichtet gewesen, den Süden wirtschaftlich voranzubringen. Schon in der vorkapitalistischen Ära stellte der Süden nur einen Raum der Ausbeutung und Unterdrückung dar. Von hier bezog der Sklavenhandel seinen Nachschub. Die Geschichte zeigt, dass der Süden auch im weiteren Verlauf der Geschichte **immer nur Instrument des Nordens war**, die eigene wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben. Wenn es im Süden dennoch gelegentlich zu gewissen Fortschritten kam, so waren sie meist das Ergebnis eines Widerstands gegen diese Politik des Nordens. Es ist deshalb nicht erstaunlich, wenn auch nach der Phase der Entkolonialisierung die **Grundmuster** der Nord-Süd-Beziehung **gleich geblieben** sind, die wirtschaftliche Ungleichheit weiter wächst. Die Anhäufung von Macht und Reichtum auf der einen Seite und von Armut auf der anderen liegt schließlich in der Natur des kapitalistischen Systems.

*Eines der bis heute immer wieder angepriesenen Standardrezepte des Westens für Entwicklung sind die so genannten ausländischen Direktinvestitionen. Warum halten sie nicht, was sie versprechen?*

Der Begriff »ausländische« Direktinvestitionen weist ja bereits daraufhin, dass nationale Ressourcen von ausländischen

Investoren übernommen werden. Nehmen wir das Beispiel von Simbabwe oder Sambia. Dort wurden in den letzten 10, 15 Jahren massiv Staatsunternehmen wie etwa Bergbaugesellschaften aber auch öffentliche Dienstleistungen privatisiert und an multinationale Unternehmen verkauft. Diese sind naturgemäß an eigenen Erträgen und nicht etwa an der Entwicklung ihrer Gastländer interessiert. Wenn die Rentabilität ihren Erwartungen nicht entspricht, **packen sie wieder ein** und gehen in Länder, in denen sie sich bessere Erlöse erhoffen. Die **Gastländer** für diese Art von Investitionen sind grundsätzlich in einer **Position der Schwäche**. Geschichtlich tauchte das Instrument der privaten Direktinvestitionen zu dem Zeitpunkt auf, als Kredite und staatliche Entwicklungshilfe immer weniger zur Verfügung standen und die Schuldenkrise den Süden in große Schwierigkeiten brachte. Der Rückgriff auf privates Kapital erschien da als willkommene Alternative, weil man ohne schwer zu bedienende Kredite auskam und selbstverständlich davon ausging, dass private Investoren sich Unternehmen auswählen würden, die sowohl für sie selbst als auch für die Gastländer profitabel arbeiten könnten. Aber die Erwartungen wurden nicht erfüllt. **Die Direktinvestitionen haben die Situation des Südens verschlimmert**, weil es sich fast immer um Paketlösungen handelt. Die transnationalen Unternehmen bringen ja nicht nur ihr Geld mit, sie bringen ihre Technologien, ihre Beraterfirmen, ihre Patente, ein ganzes Konglomerat von Instrumenten und Produkten mit, die alle darauf abzielen, die **Wertschöpfung** eines Joint Venture so weit wie irgend möglich **außerhalb** des Gastlandes stattfinden zu lassen. Das hat dazu geführt, dass sich die Probleme heute im Vergleich zur Schuldenkrise noch verschärft haben. Nein, die als Allheilmittel gelobten Direktinvestitionen sind nur ein moderneres Instrument zur Enteignung unserer Ressourcen.

*Wenn diese Entwicklungsstrategien augenscheinlich an der Aufgabe gescheitert sind, überall Wohlstand für möglichst viele Menschen zu ermöglichen, so gelten doch einige Länder als positive Ausnahmen. Ghana, Chile, Mexiko zum Beispiel und natürlich die asiatischen Tiger werden immer wieder als Beispiele für eine relativ erfolgreiche Entwicklung genannt: Was ist dran an diesen individuellen Erfolgsgeschichten der Entwicklungspolitik?*

In **Ghana** hat man die Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank durchgeführt und ein positives Investitionsklima für ausländische Investoren geschaffen. Dabei haben sich die Lebensverhältnisse der Menschen aber deutlich verschlechtert. Die makroökonomischen Statistiken wie beispielsweise das Bruttoinlandsprodukt spiegeln ja nicht wirklich die Lebensqualität in einer Volkswirtschaft wieder. Sie verschleiern eher die wirklichen Bedingungen, unter denen die Mehrzahl der Menschen leben und arbeiten muss. Das gilt ebenso für **Mexiko**. Auch dort kann von Erfolgsstory keine Rede sein. Millionen fliehen über die Grenze in die USA, weil es Massenarbeitslosigkeit gibt. Der Prozess der Deindustrialisierung ist weit vorangeschritten, und jetzt ist auch noch die Landwirtschaft betroffen. Auch im Bereich der Agrarproduktion gehen immer mehr Arbeitsplätze verloren. Ausländische Investitionen haben die restlichen einheimischen Arbeitskräfte in den Billiglohnsektor verdrängt. Besser entlohnte Tätigkeiten wurden in die USA verlagert.

In **Ostasien** liegen die Dinge anders. In Zeiten des Kalten Krieges war es für die Vereinigten Staaten politisch wichtig, die Wirtschaft der sogenannten vier asiatischen Tiger zu unterstützen. In Südkorea, Hongkong, Taiwan und Singapur sollte ein wirtschaftliches Gegenmodell zur Volksrepublik China entstehen, das es diesen Ländern auch erlaubte, eine gewisse militärische Stärke aufzubauen. Aber das sind durch die ideologische Auseinandersetzung mit dem Kommunismus bedingte Sonderfälle, die sich kaum wiederholen dürften.

**Malaysia** wird ebenfalls als Erfolgsstory behandelt. Die Ironie ist nur, dass dort nur 7% der Investitionen aus dem Ausland kommen, 93% rekrutieren sich aus dem im Inland angesparten Kapital. Auch die Entwicklung in der Volksrepublik **China** wird als Erfolg verbucht, weil China ausländisches Kapital anzieht. Aber 99% aller Investitionen dort kommen aus dem einheimischen Kapitalmarkt.

Man kann also sagen, dass die westlichen Wirtschaftsexperten eine Irrlehre verbreiten, der jede wissenschaftliche Basis fehlt. Alle statistischen Kennzahlen zeigen überdeutlich, dass es auf **Kapitalakkumulation in den Volkswirtschaften selbst ankommt und eben nicht auf den Zufluss ausländischen Kapitals**. In Afrika etwa gibt es praktisch keine einheimische Sparrate, weil diese Länder ihre enormen Auslandsschulden bedienen mussten. Das Fehlen eines nennenswerten einheimischen Kapitalmarkts ist der wirkliche Grund für die andauernde Unterentwicklung in Afrika.

*Wie interpretieren Sie in diesem Zusammenhang die **Asienkrise**. War sie Symptom einer gar nicht wirklich nachhaltigen Entwicklung, die auf tönernen Füßen stand?*

Die Krise im August 1997 begann in Thailand nach nahezu einem Jahrzehnt, das durch den massiven Zufluss ausländischen Kapitals gekennzeichnet war, spekulatives Kapital zumeist, das sich für nur kurze Fristen an den thailändischen Kapitalmarkt binden wollte. Die Banken vor Ort reichten es aber mit langfristigen Verträgen an die einheimische Industrie weiter. Als dann durch Devisenspekulation die thailändische Währung nahezu die Hälfte ihres Wertes einbüßte, wurde dieses Kapital beispielsweise von den US-Pensionsfonds eilig zurückgerufen und stürzte das thailändische Bankensystem in eine Krise, da es die eigenen Kredite nicht ebenso kurzfristig zurückrufen konnte. An diesem Beispiel kann man sehr gut sehen, wie die **Nervosität des internationalen Kapitals unmittelbar zur Instabilität der Volkswirtschaften im Süden beiträgt**. Manche wollen zwischen Spekulationskapital und wirklich an Produktion orientierten Direktinvestitionen unterscheiden. Aber dieser Unterschied existiert nicht! So haben die USA im letzten Jahr bei den Verhandlungen der Welthandelsorganisation in Genf darauf bestanden, dass bei der Liberalisierung der Kapitalmärkte nicht zwischen spekulativem Kapital und echten Investitionen in industrielle Produktion unterschieden wird. Man weiß dort nur zu genau, dass es diesen Unterschied gar nicht gibt. **Die Nervosität des ausländischen Kapitals ist ein weiterer Grund, warum ausländische Investitionen kein geeignetes Mittel sind**, um in unseren Ländern Entwicklung zu schaffen.

*In den Neunzigern kam es dann zu massiven Verlagerungen von Arbeitsplätzen aus dem Norden in den Süden, im Süden kam Hoffnung auf, dass das Unglück des Nordens unter Umständen das Glück des Südens bedeuten könnte. Können Sie erklären, warum diese Hoffnungen nicht in Erfüllung gingen?*

Die **Krise des Nordens** hatte einen wirtschaftlichen und einen politischen Aspekt. Ökonomisch war es vor allem ein

Rückgang der Erlöse. Die Statistiken insbesondere ab 1995, 1996 zeigen, dass eine große Zahl der Unternehmen einen Rückgang ihrer Erlöse hinnehmen musste. Im Norden selbst ließ sich das in einem gewissen Umfang durch Unternehmensfusionen, den Erwerb neuer Technologien, durch Kostenreduktion und Flexibilisierung des Arbeitsmarkts ausgleichen. Aber das bei weitem wichtigste Instrument zur Lösung des **Problems sinkender Gewinnmargen** war die Erschließung neuer Märkte im Süden. Es ging dem Norden also erneut nicht wirklich darum, uns bei der Lösung unserer Probleme zu helfen. Der politische Druck zur Liberalisierung der Märkte im Süden war durchaus eigennützig. Der Norden wollte sowohl seine Waren und Dienstleistungen bei uns verkaufen als auch für sein Kapital möglichst gewinnbringende Investitionsmöglichkeiten schaffen. Auf der politischen Ebene führte diese Krise zu einem beträchtlichen Machtzuwachs für die Vereinigten Staaten, verstärkte deren hegemoniale Stellung. Das **angloamerikanische Imperium** stieg damals zu seiner dominierenden Stellung auf, die es ihm bis heute erlaubt, **seinen Willen im Süden durchzusetzen**. Natürlich hat auch Europa immer noch imperiale Ambitionen etwa in Afrika. Aber mit der politischen und militärischen Stärke der USA kann es Europa nicht aufnehmen. Die Krise des Nordens hat uns also nicht nur nicht geholfen, sie hat unsere Probleme noch verschlimmert. Wir sind politisch schwächer geworden und zugleich wurden unsere Volkswirtschaften erneut dazu missbraucht, die wirtschaftlichen Probleme der Industrieländer zu lösen.

*Und was geschah mit den Arbeitsplätzen, die aus dem Norden in den Süden transferiert wurden. Haben sie in irgendeiner Weise etwas bewirkt, haben sie irgendeinen Beitrag zur Entwicklung geleistet?*

Was den viel zitierten Transfer von Arbeitsplätzen aus dem Norden in den Süden betrifft, da wird ein völlig falsches Bild gezeichnet. Natürlich kann man für einzelne Branchen so etwas feststellen. Etwa wenn die Arbeitsplätze in der Datenverarbeitung aus dem Norden nach Indien verlegt wurden. Wenn man aber eine Gesamtbilanz versucht, so ergibt sich, dass die Liberalisierung der Märkte auch im Süden zu einer **massiven Deindustrialisierung** mit einer extremen Arbeitslosigkeit geführt hat. Das in Cotonou zwischen der Europäischen Union und den AKP-Staaten unterzeichnete Abkommen beispielsweise, das doch zur Armutsbekämpfung in Afrika und in der Karibik dienen sollte, hatte genau den gegenteiligen Effekt. Die Freihandelszone zwischen Europa und Afrika verschaffte der europäischen Getreide- und Süßwarenindustrie einen Zugang zum südafrikanischen Markt, den sie zuvor nicht hatte. Im Bereich der Süßwaren konnten die Europäer in knapp 2 Jahren ihren Marktanteil auf 17% steigern. Das hat Arbeitsplätze in Europa geschaffen, in Südafrika dagegen war massive Arbeitslosigkeit die Folge. In ähnlicher Weise drängen europäische, von der Europäischen Union subventionierte Rindfleischprodukte auf den südafrikanischen Markt. Dieses Rindfleisch schafft Arbeitslosigkeit in Namibia und Botswana, weil die Viehzucht dort in eine Krise geraten ist. Man kann also feststellen, dass die **Abwanderung der Arbeit vom Norden in den Süden von den Medien in den industrialisierten Ländern völlig falsch dargestellt wird**. In Wirklichkeit passiert genau das Gegenteil.

*Und das ist auch kein vorübergehendes Phänomen, eine Zwischenphase, wie viele westliche Wirtschaftswissenschaftler behaupten, die dann zu einer nachhaltigeren Entwicklung auch im Süden führen kann?*

Der Süden ist weit entfernt von der Möglichkeit, Kapital zu akkumulieren. Im Gegenteil er wird ausgeplündert. **Argentinien** beispielsweise war eines der reichsten Länder des Südens. Es hat inzwischen sowohl seinen Handel als auch den Kapitalmarkt rückhaltlos liberalisiert. Die gesamte industrielle Produktion und der Dienstleistungssektor wurden von US-Unternehmen übernommen. Als sich dann die Bankenkrise zuspitzte, wurde plötzlich sichtbar, dass der gesamte produktive Sektor schon lange ins Ausland transferiert worden war. Und bei den wenigen Unternehmen, die dem Land noch verblieben waren, flossen die Erträge in Wirklichkeit in die Kassen US-amerikanischer Firmen. Seit 40, 50 Jahren wollen die Wirtschaftsexperten im Norden diesen Zusammenhang nicht zur Kenntnis nehmen. Sie haben niemals wirklich verstanden, was im Süden vor sich geht. Und auch die öffentliche Meinung in Europa wurde von diesen Volkswirtschaftlern grob getäuscht.

*Wäre denn ein am Keynesianismus orientierter, mehr auf die Stärkung der Nachfrage im Binnenmarkt ausgerichteter Ansatz den wirtschaftlichen Realitäten des Südens eher angemessen?*

Darin unterscheide ich mich von einigen meiner Freunde im Süden, die sich als **Neo-Keynesianer** verstehen. Aber die Keynesianische Theorie verlässt nicht wirklich den Rahmen eines vom Norden dominierten Wirtschaftssystems. **Tatsächlich hat Keynes hauptsächlich versucht, das britische Empire zu retten.** Es gibt darin sicher einige positive Aspekte, so vor allem, dass man nicht alles dem Markt überlassen kann, dass der Staat eine gewisse Verantwortung für das wirtschaftliche Wohlergehen der Menschen trägt und deshalb die Produktion aktiv unterstützen sollte, wenn der private Sektor zu schwach dazu ist. Aber die Keynesianische Wirtschaftstheorie als solche muss bei der Aufgabe der Entwicklung im Süden versagen. Unsere Situation ist von der schrankenlosen Herrschaft des Nordens geprägt. Unsere Volkswirtschaften sind insbesondere in Afrika schon lange nahezu restlos in das Weltwirtschaftssystem integriert. Worin könnte der wirtschaftspolitische Spielraum etwa der Regierungen in Südafrika, Simbabwe oder Senegal gegenüber der dominierenden Rolle des internationalen Kapitals noch bestehen? Welchen Sinn hätte eine keynesianische Strategie im Senegal? Nein, dieser Ansatz ergibt keinen Sinn! Wir brauchen eine ganz andere Strategie, eine Strategie der **Loslösung vom Westen.**

*Aber denken Sie nicht, dass höhere Löhne beispielsweise in diesen Ländern, eine Nachfragestärkung, also doch eine Art von Entwicklung auslösen könnten?*

Nur die multinationalen Unternehmen könnten in unseren Volkswirtschaften **höhere Löhne** zahlen. Die einheimischen Unternehmen würden sofort ihre **Wettbewerbsfähigkeit verlieren.** Ihre Existenz auf dem Weltmarkt hängt völlig vom Billiglohnniveau in den Ländern des Südens ab. Nur ein **Sonderfall wie das kommunistische China** kann die billige Arbeitskraft dazu nutzen, um auf dem Weltmarkt erfolgreich zu sein und zugleich eine Basis für eigene Kapitalakkumulation zu schaffen. Für die meisten anderen Länder bedeutete eine Erhöhung des Lohnniveaus den Verlust von Marktanteilen. Die einzige Alternative ist deshalb die **Schaffung eigener regionaler Märkte.** Der erste Schritt ist es, den Transfer unserer Ressourcen zu vermindern. Wenn diese für den Binnenmarkt und nicht für den Export eingesetzt werden, können sie zu einer **Erhöhung der einheimischen Kaufkraft**

genutzt werden. Und dafür müssen wir ein ganzes Bündel alternativer ökonomischer Strategien entwickeln.

*Tatsächlich gibt es einen gewaltigen Kapitalfluss vom Süden in den Norden, demgegenüber die sogenannte Entwicklungshilfe eher wie ein Rinnsal anmuten muss. Was sind die Ursachen für diesen Kapitalverlust in der Peripherie?*

Der größte Teil dieses Kapitals fließt in der Form von Gewinnen aus dem Süden in den Norden. Ein Teil sind akzeptable, legitime Erträge. Aber das Machtgefälle zwischen Nord und Süd führt auch zu überzogener Gewinnerschöpfung, die sich in horrenden Erlösen niederschlägt. In Afrika beispielsweise liegen die durchschnittlichen Erträge US-amerikanischer Unternehmen zwischen 30 und 40%, verglichen mit nur 10% im eigenen Land. Die erste Ursache für den Kapitalfluss von Süd nach Nord sind also die Bedingungen, unter denen die ausländischen Firmen in unseren Ländern operieren können, und die Rückführung **überzogener Gewinne** in den Norden. Die zweite Quelle sind **Schuldenzahlungen.** Afrika allein muss 400 Milliarden Dollars Schulden bedienen. Dritte Ursache sind die **Austauschrelationen** im Außenhandel. Die Bedingungen, zu denen wir unsere Güter auf dem Weltmarkt anbieten, haben sich in der Vergangenheit ständig verschlechtert. Wir haben dadurch mehr als den gesamten Gegenwert der vom Norden geleisteten Entwicklungshilfe wieder verloren. Dann spielt die Korruption in unseren Verwaltungen eine Rolle und der Transfer von Schwarzgeldern aus dem Süden in den Norden. Aber das ist fast vernachlässigbar im Vergleich zu den drei zuerst genannten Ursachen, die zu dem erheblichen Verlust an finanziellen Ressourcen führen, den unsere Länder erleiden.

*Welche Rolle spielen denn die Gewinntransfers der transnationalen Unternehmen in diesem Zusammenhang?*

Das ist die vierte Hauptursache für den Transfer finanzieller Ressourcen aus dem Süden in den Norden. Die **Preisgestaltung** der ausländischen Unternehmen unterliegt keinerlei Kontrolle. Bauteile oder Technologien für eine bestimmte Fertigung werden zu überhöhten Preisen in die Entwicklungsländer gebracht, die Fertigprodukte zu Billigpreisen an Tochterfirmen im Ausland exportiert. Der Nettoexporterlös des Südens fällt auf diese Weise sehr gering aus, die Wertschöpfungskette ist nahezu vollständig in den Händen multinationaler Konzerne oder ihrer Agenten. Und sie nutzen dieses ohne jede äußere Kontroll- oder Überwachungsmöglichkeit funktionierende Verfahren, um den Süden zu plündern.

*Würden Sie sagen, dass die dominante Exportorientierung all dieser lokalen Volkswirtschaften im globalen wirtschaftlichen System der Hauptgrund für die Probleme im Süden ist?*

Das Allheilmittel der **Exportorientierung,** das der Internationale Währungsfond und die Weltbank in den letzten 25 Jahren für den Süden entwickelt haben, hat uns in ein **absolutes Desaster** geführt. Die Ressourcen wurden ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Menschen im Süden verbraucht, nur um auf den hart umkämpften Exportmärkten konkurrieren zu können. Das hat schon in der Kolonialzeit begonnen, als die Kolonialherren unsere Bauern zwangen, exportfähige landwirtschaftliche Produkte anzubauen. Tabak, Baumwolle beispielsweise, die man ja bekanntlich nicht essen kann. Nach der Unabhängigkeit versuchten viele Länder im Süden, Industrien aufzubauen, die sie von Importen unabhängig machen sollten. Und obwohl es in manchen Regionen zu Problemen kam, war das für die Entwicklung eine relativ



positive Periode. Brasilien und Indien konnten damals eine gewisse Entwicklung auf den Weg bringen. Aber in den achtziger und neunziger Jahren wurde diese Politik der **Importsubstitution** von den westlichen Wirtschaftsexperten plötzlich heftig kritisiert. Der UNCTAD-Generalsekretär Raoul Prebisch, der diese Entwicklungsstrategie damals propagierte, geriet unter politischen Beschuss. Jetzt sollte alles der Wettbewerbsfähigkeit auf den Exportmärkten geopfert werden. **Endergebnis** war, dass sich die **Entwicklungsländer gegenseitig Konkurrenz machten**. Auf den Weltmärkten für Zucker, Tabak, Baumwolle hat diese Exportorientierung zu einem **Überangebot** und in der Folge zum Verfall der Preise geführt. Und der Süden musste die Zeche zahlen. Die Ausrichtung auf den Export hatte wirkliche fatale Folgen für uns.

*Wenn Sie sagen, dass die westlichen Ökonomen eine bestimmte an den Interessen der entwickelten Länder ausgerichtete Version der Dinge präsentieren, wäre es dann nicht an der Zeit, dass der Süden eine eigene wirtschaftswissenschaftliche Schule gründet, eigene wirtschaftswissenschaftliche Kapazitäten entwickelt?*

Im Süden gab es immer Wirtschaftswissenschaftler, die die dominierende ökonomische Theorie des Westens in Frage stellten. Schon in den siebziger Jahren, als ich noch an der Universität von Daressalam lehrte, haben wir systematisch die westlichen Wirtschaftstheorien kritisiert. Und dies mit sehr viel mehr Nachdruck als heute der ehemalige Präsident der Weltbank Joseph **Stiglitz**, der erst jetzt zugibt, dass die Entwicklungsrezepte der Bretton-Woods-Institutionen in die Irre führten. Das haben wir schon vor einem Vierteljahrhundert vorausgesagt. Die »School of Undeveloped«, der einst auch der ehemalige brasilianische Präsident Fernando Henrique **Cardoso** angehörte, hat schon damals auf den engen Zusammenhang zwischen politischer und ökonomischer Macht hingewiesen. Aber auch die Wissenschaft wird vom Westen dominiert, und bei der Legitimierung wissenschaftlicher Erkenntnisse besitzen die Universitäten in den Industrieländern nach wie vor ein Monopol. Die Hochschulen des Westens bestimmen den wissenschaftlichen Kanon auch in unseren Ländern und ganz besonders in Afrika. Über drei Jahrzehnte haben wir vergeblich versucht dagegenzuhalten. Wir wurden als Außenseitergruppe gebrandmarkt, konnten unsere Forschungsergebnisse nur schwer publizieren. **Heute erst können wir uns Gehör verschaffen. Das Wirtschaftsdogma des Westens hat versagt, völlig versagt.** Das neoliberale Dogma gehört der Vergangenheit an. Die neoklassische Wirtschaftstheorie ist gescheitert. Unsere Minderheitsmeinung findet jetzt auch international größere Aufmerksamkeit. Wir können endlich unsere eigenen Institutionen aufbauen. Die UNCTAD hat vielleicht ihre ursprüngliche Zielsetzung aus den Augen verloren. Aber wir fordern die UNCTAD heraus und wenn sie ihre Aufgabe nicht selbst wahrnehmen kann, werden wir als Zivilgesellschaft diese Rolle übernehmen. Wir bieten unseren Regierungen alternative Strategien an und bekämpfen die Vorherrschaft des wirtschaftlichen Einheitsdenkens im WTO-Prozess, im IWF, in der Weltbank!

*Lassen Sie mich dieses Gespräch mit einer Frage nach den neuen Entwicklungskonzeptionen beenden, die, wie Sie sagen, durch die Zivilgesellschaft des Südens selbst entwickelt werden und die auf den Foren des WSF in Porto Alegre und in Bombay vorgestellt wurden. Könnten Sie Beispiele für eine solche neue Entwicklungspolitik geben, muss man sie mit dem alles desavouierenden Begriff des »Protektionismus« beschreiben?*

Es gibt sehr wohl eine Alternative. Zuerst müssen die **Exportorientierung aufgegeben und die Binnennachfrage gestärkt** werden. Der Süden muss einfach das nachmachen, was der Norden in seiner eigenen Wirtschaftsgeschichte vorgemacht hat. In Europa, in den USA, in Japan, überall wurde als allererstes ein Binnenmarkt aufgebaut. Als Bismarck in Deutschland das Ruder übernahm, war die Industrialisierung der deutschen Wirtschaft allererste Priorität. Als sich England über den deutschen Protektionismus beklagte und eine Öffnung des Marktes verlangte, war es einhellige Meinung der deutschen Nationalökonomen, dass ohne einen Schutz für die junge deutsche Industrie ein Wettbewerb mit den Briten gar nicht möglich wäre. Zwischen 1860 und 1914 verfolgte das Deutsche Reich deshalb eine strikt protektionistische Politik. Protektionismus ist heute ein ideologisch belasteter Begriff, als beinhalte er ein auf den Binnenmarkt zentriertes Entwicklungskonzept, eine unzulässige Einengung. Aber warum sollte dem Süden verwehrt werden, was im Norden das Erfolgsrezept war?

Die zweite Regel lautet, **Entwicklung darf nicht auf ausländische Direktinvestitionen zurückgreifen**. Natürlich können wir über bestimmte Technologien mit dem Ausland verhandeln, aber nicht über Technologien, für die über den Kaufpreis hinaus ständig Patentgebühren zu entrichten sind. Und immer muss dabei vor allem auf einheimisches Kapital zurückgegriffen werden. Deshalb müssen wir all die Lächer stopfen, die zu einem Kapitaltransfer von Süd nach Nord führen: Schulden, Transferpreise, ungerechte Außenhandelsbedingungen.

Drittens müssen wir Widerstand leisten **gegen regionale Freihandelszonen**, die uns vom Westen aufgezwungen werden. Das »Cotonou-Abkommen« ist ein Desaster für uns. Es hat uns **gespalten**. »Cotonou« hat Südafrika beispielsweise vom Rest des afrikanischen Kontinents isoliert. Die übrigen Länder versuchen jetzt bilaterale Abkommen mit der Europäischen Union zu schließen. Die USA versuchen, die Spaltung mit dem »African Growth and Opportunity Act« zu erreichen. Simbabwe beispielsweise wird ausgeschlossen, weil das dortige Regime den USA nicht passt, weil die durchgeführte Landreform kritisiert wird. Dafür wird Simbabwe mit Sanktionen belegt. Aber wir dürfen eine Spaltung nicht zulassen. Wir müssen eigene regionale Integrationsprojekte voranbringen, eigenständige regionale Institutionen schaffen, die beispielsweise auch die Einhaltung der Menschenrechte überwachen. Unsere Regierungen werden versuchen, das zu blockieren. Aber die Zivilgesellschaft muss Druck in diese Richtung ausüben. Gegen die Geisel der Diktaturen müssen wir unsere eigenen Demokratie- und Menschenrechtsstandards entwickeln und auch durchsetzen. Wenn uns das vom Westen aufgezwungen wird, kann das nicht funktionieren. **Das müssen die afrikanischen Länder selbst leisten.** Das sind die vier Strategien, die ich vorschlage, und es sind echte Alternativen, auf denen wir aufbauen können.

Anmerkung: AKP-Staaten – Ein Akronym für Afrika, Karibik und Pazifik. Der Begriff AKP-Staaten bezeichnet 71 Länder in dieser Region – zumeist frühere Kolonien von Frankreich und Großbritannien. Mit diesen Staaten hat die EU das Lomé-Abkommen abgeschlossen. Das erste Abkommen, das später mehrfach erneuert wurde, wurde 1975 in Lomé, Togo unterzeichnet. Mit ihm wollten die EU-Länder unter anderem ihrer kolonialen Vergangenheit Rechnung tragen. Das Abkommen basiert in erster Linie auf einem System von Zollpräferenzen, mit denen diesen Ländern der Zugang zum EU-Markt erleichtert werden soll. Außerdem wurden Mittel bereitgestellt, um die Preise der Exportgüter dieser Länder zu stabilisieren.



# Wie geht es weiter mit den Anti-Kriegs- und Anti-Globalisierungsbewegungen?

Walden Bello\*

*(Eröffnungsansprache beim internationalen Strategie-Treffen von Bewegungen gegen Krieg und Globalisierung in Beirut/Libanon vom 17. bis 19. September 2004, ebenfalls auf dem ESF in London am 15.10.04 vorgetragen)*

Wir sind in einem kritischen Moment hier in Beirut zusammen gekommen. Der gegenwärtige Augenblick wird durch gegenläufige Bewegungen geprägt: Im Irak geraten die USA immer tiefer in einen **Vietnam ähnlichen Sumpf**, wobei inzwischen die Zahl der seit dem 20. März 2003 getöteten amerikanischen Soldaten die Marke von 1000 in der ersten Septemberwoche überschritten hat.

Und dennoch geht der Bau der zionistischen Mauer in **Palästina** weiter und wächst mit einer Geschwindigkeit von einem Kilometer pro Tag. Vor einem Jahr, am 14. September 2003, waren einige von uns in **Cancun** in Mexiko, wo wir im Kongresszentrum vor Freude tanzten und feierten, als das Fünfte Ministertreffen der Welthandelsorganisation (WTO) zusammenbrach. Heute hat sich die **WTO**, die höchste Institution der konzerngesteuerten Globalisierung, wieder aufgerafft, insbesondere durch die kürzliche Annahme des Genfer Rahmendokuments, das dahingehend gestaltet ist, die ökonomische **Entwaffnung der Entwicklungsländer** zu beschleunigen.

In New York erlebten wir vor ein paar Wochen, wie George W. Bush und seine Kriegspolitik von über 500.000 Menschen auf den Straßen der Stadt zurückgewiesen wurden. Doch heute besagen Meinungsumfragen, dass derselbe George Bush vor John Kerry mit 10 Punkten in Führung liegt, wobei das Ergebnis des Wahlkampfes um das **Präsidentenamt** erhebliche Auswirkungen auf das Schicksal der Welt für die nächsten vier Jahren haben wird.

Unsere Tagung in dieser historischen Stadt mit ihrer ruhmreichen Geschichte des Widerstandes gegen israelische Aggression und US-amerikanische Intervention findet zu einem Zeitpunkt statt, wo die weitere Entwicklung in der Schwebe ist. Sehr viel mehr Menschen wollten, wie Ihr wisst, nach Beirut kommen, um dabei zu sein. Unsere heutige Versammlung unterstreicht in ihrem Umfang, ihrer Breite und Vielfalt die Stärke und Kraft unserer Bewegung.

Ein kurzer Überblick über unsere Geschichte im letzten Jahrzehnt ist geeignet, uns bewusst zu machen, wo wir heute stehen.

## Unser Marsch aus der Marginalisierung

Vor weniger als 10 Jahren war unsere Bewegung eine Randerscheinung. Die Gründung der WTO im Jahre 1995 schien zu signalisieren, dass die Zukunft der Globalisierung gehören würde, und dass ihre Gegner dasselbe Schicksal erleiden würden wie die Ludditenbewegung, die während der industriellen Revolution gegen die Einführung von Maschinen kämpfte. Globalisierung sollte Wohlstand bringen, und wie konnte man sich dem Versprechen der größten Gütermenge für die größtmögliche Zahl von Menschen widersetzen, mit der die Welt von den transnationalen Konzernen unter der Führung der unsichtbaren Hand des Marktes überschütten werden würde?

Aber die Bewegung beharrte, auch als die mächtigste kapitalistische Maschine boomte, aller spöttischen Herablassung des

Establishment in den 90er Jahren zum Trotz auf ihrer Vorhersage, dass die von der Profitlogik der Konzerne angetriebene Liberalisierung und Deregulierung des Handels und der Finanzen zu Krisen führen würden, die Ungleichheiten innerhalb sowie zwischen den Ländern größer und die globale Armut noch gravierender werden würden.

Die asiatische Finanzkrise 1997 lieferte den abrupten und brutalen Beweis für die **destabilisierende Wirkung der Beseitigung von Kontrollen der globalen Kapitalströme**. Was hätte in der Tat brutaler sein können als die Tatsache, dass die Krise eine Million Menschen in Thailand und 22 Millionen Menschen in Indonesien unter die Armutsgrenzen drückte, und dies in dem verhängnisvollen Sommer 1997 in einem Zeitraum von wenigen Wochen? Die **asiatische Finanzkrise** war eines jener folgenschweren Ereignisse, das den Leuten die Schuppen von den Augen fallen ließ und sie in die Lage versetzte, die kalten, brutalen Realitäten zu erkennen. Und eine dieser Realitäten war die Tatsache, dass die Politik des freien Marktes, die der Internationale Währungsfonds und die Weltbank rund 100 Entwicklungs- und Schwellenländern aufzwang, in allen bis auf eine Handvoll **keinen** wirksamen Wachstumskreislauf, Wohlstand und Gleichheit ausgelöst hatte sondern einen **Teufelskreis** der ökonomischen Stagnation, der Armut und der Ungleichheit.

Das Jahr **2001** brachte uns nicht nur den 11. September. Es war auch das Jahr der Abrechnung mit dem Marktfundamentalismus und des **Zusammenbruchs** der neoliberalen Ökonomie, denn die Widersprüche des von der **Finanzspekulation** getriebenen, deregulierten globalen Kapitalismus führten in den Vereinigten Staaten dazu, dass sich 4.600 Milliarden US-Dollar an Wertpapieren in Luft auflösten, und leiteten eine **Periode der Stagnation** und der steigenden Arbeitslosigkeit ein, von der sich die zentrale Volkswirtschaft der Welt bis heute nicht erholt hat.

Da der globale Kapitalismus aus einer Krise in die andere geriet, organisierten sich die Menschen auf den Straßen, in den Betrieben und in der politischen Arena, um sich seiner destruktiven Logik zu widersetzen. Im Dezember 1999 verband sich in **Seattle** der massive Straßenprotest von 50.000 Demonstranten mit dem Aufstand der Regierungen von Entwicklungsländern im Innern des Kongresszentrums, um das dritte Ministertreffen der WTO scheitern zu lassen.

Globale Proteste untergruben auch die Legitimität des IWF und der Weltbank, der beiden Säulen globalen ökonomischen Regierungsgebarens, wenngleich auch in weniger dramatischer Weise. Anti-neoliberale Bewegungen brachten neue Regierungen in Venezuela, Argentinien, Brasilien, Ekuador und Bolivien an die Macht. Das fünfte Ministertreffen in **Cancun**, das sich in der Vorstellung vieler mit dem aufopfernden Selbstmord des koreanischen Bauern und Aktivisten Lee Kyung-Hae auf den Barrikaden verbindet, **wurde Seattle II**. Und im November letzten Jahres in Miami zwang dieselbe Allianz zwischen der Zivilgesellschaft und den Regierungen der Entwicklungsländer Washington, von dem neoliberalen Programm einer radikalen Liberalisierung von Handel, Finanzen und Investitionen Abstand zu nehmen, das es mittels der Amerikanischen Freihandelszone (FTAA) über die westliche Hemisphäre zu verhängen drohte.

## Im Kampf gegen das Imperium

Der Kampf für **globale Gerechtigkeit** und **Gleichheit** war die eine Stoßrichtung unserer Bewegung. Die andere zielte gegen **Militarismus** und **Krieg**. Die 1980er und 1990er Jahre waren keine guten Jahrzehnte für die Bewegung gegen imperiale Interventionen. Nationale Befreiungskämpfe befanden sich auf dem Rückzug, verloren an Elan oder wurden in vielen Teilen der Welt kompromittiert. Selbstverständlich gab es Ausnahmen wie in Südafrika, wo der ANC an die Macht kam, Palästina, wo die erste Intifada Israel eine politische und militärische Niederlage beibrachte, Libanon, wo sich die USA fluchtartig zurückzogen, nachdem 241 Marines bei einem Bombenangriff auf ihre Basis, wenige Kilometer von hier entfernt, umkamen, und wo die Israelis im Laufe des folgenden Jahrzehnts schrittweise hinausgedrängt wurden. Und nicht zu vergessen Somalia, wo die Vernichtung einer Einheit von US-Rangern die Clinton-Regierung zwang, ihre militärische Intervention im Oktober 1993 zu beenden.

Die Ideologen der Globalisierung förderten die Illusion, dass eine beschleunigte Globalisierung zu einer Herrschaft "andauernden Friedens" führen würde. Im Gegensatz dazu warnte unsere Bewegung, dass in dem Maße, wie die Globalisierung fortschritt, ihre ökonomisch und sozial destabilisierenden Effekte zu vermehrten Konflikten und Unsicherheiten führen würden. Angetrieben von der Logik der Konzerne, so warnten wir, **würde die Globalisierung eine Ära des aggressiven Imperialismus einleiten**, der versuchen würde, oppositionelle Kräfte niederzuringen, natürliche Ressourcen unter Kontrolle zu bringen und Märkte zu erobern.

Unsere Einschätzung erwies sich als richtig, aber wir brauchten einige Zeit, um die richtige Orientierung zu finden.

Wir waren durch die Ereignisse des 11. September 2001 und die Innenpolitik Afghanistans immer noch zu desorientiert, um im Stande zu sein, auf die Invasion der USA in diesem Lande wirkungsvoll zu reagieren. Doch wurde bald deutlich, dass der so genannte **Krieg gegen den Terror** nichts weiter als ein **Vorwand** war, um die absolute Vorherrschaft bei allen erdenklichen militärischen Mitteln durchzusetzen, die im Pentagon-Jargon die "Full Spectrum Dominance" genannt wird.

Ende 2002 und Anfang 2003 trat die Bewegung schließlich in Aktion und wurde zu einer globalen Kraft für Gerechtigkeit und Frieden, die am **15. Februar 2003** weltweit mehrere Zehnmillionen Menschen gegen die geplante Invasion im Irak mobilisierte. Es gelang uns nicht, die amerikanische und britische Invasion zu stoppen, aber wir haben gewiss dazu beigetragen, **die Besatzung zu delegitimieren** und es zunehmend schwieriger zu machen für Invasoren, die in unverschämter Weise internationales Recht brachen und viele Bestimmungen der Genfer Konventionen verletzten, um sich im Irak festzusetzen.

Die New York Times schrieb anlässlich des Protestmarsches am 15. Februar 2003, dass in der heutigen Welt nur noch zwei Supermächte übrig geblieben sind, die Vereinigten Staaten und die globale Zivilgesellschaft. Lassen Sie dazu anmerken, dass ich nicht daran zweifle, dass die Kräfte der Gerechtigkeit und des Friedens über die USA, die zeitgenössische Verkörperung von Imperium, Blut, Terror und Habgier, die Oberhand gewinnen werden.

## Der Irak, der Widerstand und die Bewegung

Unsere Bewegung befindet sich in einer Aufwärtsentwicklung. Aber unsere Agenda ist riesig, unser **Aufgaben gewaltig**. Um

nur einige zu nennen: Wir müssen die USA aus Irak und Afghanistan vertreiben. Wir müssen die zunehmend völkermörderische Politik Israels gegen das palästinensische Volk stoppen.

Wir müssen die Herrschaft des Rechts gegen gesetzlose Schurkenstaaten wie die USA, Großbritannien und Israel durchsetzen. Ferner haben wir noch eine Wegstrecke zurückzulegen, bevor wir zu einer **kritischen Masse** werden, welche den Kampf für die nationale Befreiung im Irak entscheidend beeinflusst.

Lassen Sie mich dies erläutern. In den letzten Monaten gab es zwei bezeichnende Ereignisse im Irak. Das eine war die Enthüllung der systematischen sexuellen Misshandlungspraktiken im Gefängnis von Abu Graib bei Bagdad. Das zweite war der Aufstand in Falludscha im April.

Der **Abu Ghraib**-Skandal, der weltweit überwiegend Entrüstung hervorrief und die meisten Amerikaner beschämte, hat der Präsenz der USA im Irak das letzte bisschen Legitimität entzogen. Der Aufstand in **Falludscha**, bei dem irakische Männer, Frauen und Kinder die Elite der kolonialen Legionen Washingtons, die US-Marines, besiegten, war der Wendepunkt im irakischen Krieg der nationalen Befreiung. Auf Falludscha folgten Aufstände in anderen Städten wie Nadjaf und Ramadi. Es zeigte sich, dass nicht Überreste des Saddam Hussein-Regimes den irakischen Widerstand ausmachen sondern eine Bewegung, die weit verbreitet, populär und im Aufwind ist.

Lassen Sie mich eine kürzliche Beschreibung der New York Times von den Verhältnissen in Ramadi und Falludscha zitieren, die insofern eine Art Mikrokosmos des Irak darstellen. Dort heißt es, dass "die amerikanischen Anstrengungen, eine neue Regierungsstruktur um ehemalige Mitglieder der Bath-Partei herum aufzubauen, zusammen gebrochen sind." Stattdessen sind beide Städte und große Teile der Provinz Anbar "jetzt unter der Kontrolle von Milizen, die US-Truppen sehen sich hauptsächlich auf schwer bewachte Festungen am Rande der Wüste beschränkt. Was den Amerikanern an geringem Einfluss verbleibt, üben sie durch vereinzelte Vorstöße mit Panzerfahrzeugen und durch lasergesteuerte Bomben aus. [Aber] selbst Bombenangriffe scheinen die [Milizen] zu stärken, die für die vielen zivilen Toten die Amerikaner verantwortlich machen."

Die Frage, Freunde und Genossen, ist nicht länger, ob Washington schließlich vom irakischen Widerstand besiegt werden wird. Es wird besiegt werden. Die Frage ist jetzt, wie lange Washington noch an einer unmöglichen Situation festhalten wird. Auf die Lösung dieser Problematik hat **unsere** Rolle in der weltweiten Friedensbewegung eine sehr bedeutende Auswirkung.

Washington hält trotz täglicher Angriffe des Widerstands auf seine Truppen an seiner Position fest. So wie die Dinge liegen, würde der Sieg des Widerstands des irakischen Volkes unbedingt durch einen Umstand beschleunigt werden, nämlich durch das Entstehen einer **starken weltweiten Anti-Kriegsbewegung** wie die, die vor und nach der Tet-Offensive **1968** täglich und zu Tausenden auf die Straße ging. Bisher hat sich dies nicht verwirklicht, obgleich die Ablehnung der Präsenz der USA im Irak ein weltweit vorherrschendes Gefühl ist, und sich inzwischen bei einer Mehrheit der Öffentlichkeit in den USA Desillusionierung über die Politik der Regierung breit gemacht hat.

In der Tat hatte die internationale Friedensbewegung gerade zu einer Zeit, als dies für das Volk des Irak am notwendigsten war, Schwierigkeiten, in die Gänge zu kommen. Die Demonstrationen am 20. März 2004 waren bedeutend kleiner als am 15. Februar 2003, als mehrere Zehnmillionen weltweit gegen die geplante Invasion im Irak marschierten. Die Art des

internationalen Massendrucks, der Auswirkungen auf die politischen Entscheidungen hat, Demonstrationen von Hunderttausenden in einer Stadt nach der anderen, das haben wir jedenfalls noch nicht.

Vielleicht ist ein Hauptgrund dafür, dass ein bedeutender Teil der internationalen Friedensbewegung zögert, den irakischen Widerstand zu legitimieren. Um wen handelt es sich? Können wir sie wirklich unterstützen?

Diese Fragen wurden den Befürwortern eines bedingungslosen militärischen und politischen Rückzugs aus dem Irak immer wieder entgegen gehalten. Machen wir uns nichts vor: der Einsatz von Selbstmord als politische Waffe stört weiterhin viele Aktivisten, die von Erklärungen abgestoßen werden wie solchen von palästinensischen Führern, die stolz betonen, dass Selbstmordattentäter auf Seiten unterdrückter Menschen das Äquivalent für die F-16 sind. Nennen wir die Dinge beim Namen: die Tatsache, dass ein großer Teil des Widerstands im Irak und in Palästina **islamisch statt säkular** motiviert ist, stört immer noch viele westliche Friedensaktivisten.

**Aber noch nie hat es eine hübsch anzuschauende Bewegung der nationalen Befreiung oder Unabhängigkeit gegeben.** So waren auch viele Fortschrittliche von den Methoden der "Mau Mau"-Bewegung in Kenia, der FLN in Algerien, der NLF in Vietnam abgestoßen. Was Fortschrittliche manchmal vergessen ist, dass **die nationalen Befreiungsbewegungen sie nicht um eigentlich ideologische oder politische Unterstützung bitten.** Was sie allerdings von der Außenwelt, von Fortschrittlichen wie unsereins, **erwarten, ist internationaler Druck für den Rückzug einer illegitimen Besatzungsmacht, damit interne Kräfte den Spielraum haben, um eine wirklich nationale auf ihren eigenen, spezifischen Bedingungen beruhende Regierung zu bilden.** Wenn Friedensaktivisten nicht aufhören, ihre Aktionen unausgesprochen von einer Garantie abhängig zu machen, dass eine nach den von ihnen propagierten Werten und Diskursen maßgeschneiderte nationale Befreiungsbewegung an die Macht kommt, werden viele von ihnen weiterhin in dem **Paradigma** befangen bleiben, **anderen Völkern ihre Bedingungen aufzuerlegen.**

Lassen Sie mich klar sagen: Wir können **keine** an **Bedingungen** geknüpften Lösungen befürworten - auch nicht eine, die besagt, Rückzug der US- und Koalitionstruppen nur, wenn es eine Sicherheitspräsenz der Vereinten Nationen an Stelle der Amerikaner gibt. Das einzig Prinzip, das Bestand hat, ist: **Bedingungsloser Rückzug der militärischen und politischen Kräfte der USA und der Koalition, und zwar sofort. Punkt.**

Aber wenn auch die Zukunft im Irak noch in der Schwebelage ist, so hat doch der **irakische Widerstand** bereits dazu beigetragen, die **globale Gleichung zu verändern.**

Die **USA** sind **heute schwächer** als am 1. Mai 2003, als Bush den Sieg im Irak verkündete. Die Atlantische Allianz, die den kalten Krieg gewonnen hat, funktioniert nicht mehr, weitgehend wegen der Spaltung über dem Irak. Spanien und die Philippinen wurden gezwungen, ihre Truppen aus dem Irak zurückzuziehen, und Thailand ist still und leise gefolgt und trägt weiter zur Isolierung der USA bei. Die Lage in Afghanistan ist heute instabiler als voriges Jahr mit einer US-Besatzung, deren Befehlsgewalt nur in die Vororte Kabuls reicht. Der militante Islam, den die USA jetzt als ihren Feind Nummer Eins betrachten, breitet sich nunmehr viel kraftvoller in Südostasien, Südasien und dem Mittleren Osten aus. In **Lateinamerika** haben wir inzwischen volkstümliche Massenbewegungen gegen Neoliberalismus und USA in Brasilien, Argentinien, Venezuela und Bolivien, die entweder an der Regierung sind oder es den Regierungen schwer

machen, ihre neoliberalen marktwirtschaftlichen Politiken beizubehalten. Hugo **Chavez** hat den Imperialismus in seinem eigenen Hinterhof frontal herausgefordert, und er bleibt an der Macht dank der organisierten Unterstützung des venezolanischen Volkes. Mehr Macht für ihn und das venezolanische Volk!

Dank ihrer Hybris leiden die USA an der **verhängnisvollen Krankheit aller Imperien**, nämlich an **übermäßiger imperialer Ausdehnung.** Unsere Rolle besteht darin, wie der kubanische Revolutionär Che Guevara sagte, **diese Krise der Überausdehnung zu verschärfen.** Wir müssen nicht nur internationale Solidaritätsbewegungen gegen die USA im Irak, gegen die Axe USA-Israel in Palästina und gegen die schleichende US-Intervention in Kolumbien schaffen.

Es gilt auch, Kämpfe **gegen die imperiale Präsenz der USA in unseren eigenen Ländern** und Regionen ins Leben zu rufen oder wieder zu beleben. Beispielsweise ist der Kampf gegen die **US-Basen** in Nordostasien und die erneute US-Militärpräsenz aufgrund des so genannten Krieges gegen den Terror in Südostasien eine Angelegenheit, der wir uns in Ostasien erneut annehmen müssen.

## Zu einer neuen globalen Wirtschaftsordnung

Der Kampf gegen Imperialismus und Krieg ist **eine** Front unseres Kampfes. Die **andere Front** ist der Kampf für eine **Änderung der Regeln** der Weltwirtschaft; denn es ist die Logik des globalen Kapitalismus, die von den USA, der Europäischen Union und Japan ausgeht, welche die Ursache der Verwerfungen in Gesellschaft und Umwelt bildet. Die Herausforderung, mit der wir konfrontiert sind, geht über die Aufgabe **hinaus**, Institutionen wie Weltbank, Internationaler Währungsfonds und Welthandelsorganisation einfach nur ihre Macht zu nehmen, wenngleich schon diese Aufgabe nicht unterschätzt werden sollte - was die kürzliche Wiederauf-erstehung der WTO in Genf bewiesen hat, die, wie viele von uns dachten, in Cancun einen schweren, ihre Grundfesten erschütternden Schlag erlitten hatte.

Die Herausforderung besteht darin, dass wir selbst dann wenn wir das Alte dekonstruieren, es wagen müssen, Vorstellungen von der Zukunft zu entwickeln und **die Menschen für unsere Visionen und Programme für das Neue zu gewinnen.** Im Gegensatz zu den Behauptungen der Ideologen des Establishments sind die Prinzipien, die als **Säulen** einer neuen globalen Ordnung zu dienen haben, gegenwärtig schon **vorhanden.** Das vorrangige Prinzip besteht darin, dass **nicht die Wirtschaft und der Markt die Gesellschaft bestimmen dürfen, sondern vielmehr der Markt in die Gesellschaft "wieder eingebettet"** werden muss, um das Bild des großen ungarischen Gelehrten Karl Polanyi zu verwenden, und von den überragenden Werten der Gemeinschaft, **Solidarität, Gerechtigkeit und Gleichheit** regiert sein muss. Auf internationaler Ebene muss die globale Wirtschaft **entglobalisiert** und von der verzerrenden, entstellenden Logik des Profitstrebens der Konzerne befreit und **wirklich internationalisiert** werden, was bedeutet, dass die Teilhabe an der internationalen Ökonomie dazu dienen muss, zu **stärken und zu entwickeln statt Destintegration und Zerstörung lokaler und nationaler Ökonomien herbeizuführen.**

Die Perspektive und die Prinzipien sind gegeben; die Herausforderung besteht in der Art und Weise, wie jede Gesellschaft diese Prinzipien und Programme in einer ihr entsprechenden einzigartigen Weise umsetzen kann, ihren Werten, ihrem Rhythmus und ihrer Eigenart als Gesellschaft entsprechend. Das mag man meinetwegen post-modern nennen, aber im Mittelpunkt unserer Bewegung steht die Überzeugung,

dass es im Gegensatz zu dem Glauben sowohl des Neoliberalismus wie des bürokratischen Sozialismus **keinen für alle passenden Schuh gibt**. Es ist nicht länger die Frage einer Alternative sondern von Alternativen. Und solange es keine neue globale Ordnung gibt, die auf den Prinzipien der Gerechtigkeit, der Souveränität und des Respekts vor der Vielfalt gibt, wird es keinen wirklichen Frieden geben.

## Zwei Herausforderungen

Aber lassen Sie mich zum Schluss noch einmal auf unsere dringende Aufgabe zurückkommen, die darin besteht, die **USA** in Irak und **Israel** in Palästina zu besiegen. Wir alle sind nicht hierher gekommen, um unsere Stärke zu zelebrieren, sondern vor allem um uns in den nächsten Tagen mit unseren Schwächen zu befassen.

Lassen Sie mich nur eine Herausforderung erwähnen, die wir ansprechen müssen, und dass ist die Frage, wie wir über spontane Aktionen, über eine Koordination, die auf der Ebene der Koordination von internationalen Protesttagen erfolgt, hinauskommen. Der Feind ist auf globaler Ebene außerordentlich gut koordiniert, und wir haben keine andere Wahl als diesem Niveau an **Koordination** und Kooperation etwas Gleichwertiges entgegen zu stellen. Dies müssen wir allerdings mit einem Professionalismus tun, der unsere **demokratischen Praktiken** respektiert - wir müssen dem in der Tat etwas entgegenstellen, was unsere demokratischen Praktiken in einen Vorteil verwandelt.

Die andere Herausforderung, die ich betonen möchte, besteht darin, die politische und kulturelle **Lücke zwischen der globalen Bewegung für Gerechtigkeit und Frieden und den ihr entsprechenden Kräften in der arabischen und**

**islamischen Welt** zu schließen. Dies ist eine Lücke, die der Imperialismus zur Genüge ausgenutzt hat, wobei er sich bemüht, unsere arabischen und moslemischen Genossen als Terroristen oder Unterstützer von Terroristen zu diffamieren. Wir können nicht zulassen, dass diese Situation fortbesteht, weshalb wir auch dieses Treffen in Beirut abhalten. Lassen Sie mich ausdrücklich feststellen: sofern nicht die globalen Bewegungen und die arabischen Bewegungen feste, organische Bande der Solidarität knüpfen, werden wir den Kampf gegen die konzerngesteuerte Globalisierung und gegen den Imperialismus nicht gewinnen.

Nun, Freunde, die Zukunft des Kampfes ist in der Schwebelage, wird aber durch das beeinflusst, was hier in Beirut in den nächsten Tagen geschieht. Werden wir vorwärts schreiten, auf der Stelle verharren oder zurückfallen? Die Antwort hängt von jedem einzelnen der über 300 angemeldeten Delegierten ab, die hier aus der ganzen Welt zusammen gekommen sind. Ich bin vorsichtig zuversichtlich. Warum? Weil ich weiß, hier ist der gute Wille, die Toleranz gegenüber unterschiedlichen Auffassungen, und es gibt den politischen Wille zur einheitlichen Aktion, um die Kräfte der Ungerechtigkeit, der Unterdrückung und des Todes zu überwinden.

Ich danke Ihnen.

<http://www.focusweb.org/main/html/Article511.html>

Übersetzung aus dem Englischen: Klaus von Raussendorff  
*Walden Bello ist Träger des Right Livelihood Award 2003, besser bekannt als Alternativer Nobel Preis. Er ist geschäftsführender Direktor der in Bangkok ansässigen Forschungsorganisation Focus on the Global South und Professor für Soziologie und öffentliche Verwaltung an der Universität der Philippinen.*

## ERKLÄRUNG VON BEIRUT

Quelle des Originals:

<http://www.focusweb.org>

Erklärung des internationalen Strategie-Treffens von Bewegungen gegen Krieg und Globalisierung in Beirut/Libanon vom 17. bis 19. September 2004

Wir sind die Delegierten von sozialen Bewegungen, Organisationen, politischen Parteien, Netzwerken und Koalitionen aus 54 Ländern, die für globalen Frieden und Gerechtigkeit kämpfen und sich den Grundsätzen der Gleichheit, Solidarität und Vielfalt verpflichtet fühlen. Wir kommen aus Lateinamerika, Nordamerika, Asien und Pazifik, Afrika, dem Mittleren Osten und Europa und arbeiten aktiv in unseren eigenen Kampagnen und Kämpfen gegen Militarisierung, Globalisierung, Nuklearisierung, US-Basen und konzerngesteuerte Globalisierung.

In Beirut in einem kritischen Augenblick der Geschichte versammelt, ergreifen wir diese historische Gelegenheit, die Verbindungen zu unseren Freunden und Genossen in der arabischen Region zu festigen. Wir bekräftigen das im Friedenskonsens von Jakarta zum Ausdruck gebrachte Prinzip der Einheit und des

Aktionsplans, und verpflichten uns zu fortgesetztem Kampf gegen die Besatzung im Irak und in Palästina, gegen konzerngesteuerte Globalisierung und Diktatur.

Wir bringen unsere Solidarität mit den Menschen zum Ausdruck, die in der Region für Demokratie und soziale, ökonomische, politische und bürgerliche Rechte kämpfen, und die wegen ihre Opposition gegen die Diktatur von Repressionen betroffen sind.

Der Mittlere Osten ist das strategische Schlachtfeld der USA. Der Irak und Palästina sind die beiden kritischen Brennpunkte der Aggression und des Widerstands. Die Befreiung des irakischen und des palästinensischen Volkes ist für die Schaffung globaler Gerechtigkeit von entscheidender Bedeutung. Ihr Kampf ist der unsrige.

. Wir unterstützen das Recht der Völker des Irak und Palästinas, gegen Besatzung Widerstand zu leisten.

. Wir fordern den bedingungslosen Rückzug der USA und der „Koalitions“-Truppen aus dem Irak.

. Wir verlangen das Ende der israelischen Besatzung Palästinas.

. Wir verlangen die Gewährung des Rechts auf Rückkehr. Bis dahin müssen den palästinensischen Flüchtlingen in der Diaspora und den innerhalb des Landes vertriebenen Palästinensern volle ökonomische, politische und soziale Rechte gewährt werden.

. Wir verurteilen den rassistischen und kolonialistischen Charakter des Zionismus, der Staatsideologie Israels.

. Wir fordern den Abbau der Apartheid-Mauer und aller Siedlungen.

. Wir fordern die Freilassung aller palästinensischen und irakischen politischen Gefangenen.

Im Gedenken an zweiundzwanzig Jahre Widerstand des libanesischen Volkes und an den Jahrestag des Massakers von Sabra und Chatila grüßen wir den libanesischen Widerstand, der uns weltweit inspiriert hat, und bringen unsere Solidarität mit dem anhaltenden Widerstand in Südlibanon zum Ausdruck.

Wir schaffen unsere Solidarität durch gemeinsame Kampagnen. Und dieser positive dynamische Dialog sowie die gemeinsame Aktion müssen fortgesetzt werden.

# Israelis und Palästinenser auf dem Europäischen Sozialforum

## Einhellig: der Ruf nach Sanktionen

Von Sophia Deeg

<http://www.globalresistance.de/modules.php?name=News&file=article&sid=81>

(...) Wie zuvor in Florenz (2002) und in Paris (2003), **so war auch beim Londoner Europäischen Sozialforum (14. 18.10.04) Palästina eines der zentralen Themen von zahlreichen Workshops, Seminaren und Plenaren.** Hier wie bei den informellen Arbeitstreffen von AktivistInnen des europäischen sowie israelisch-palästinensischen Netzwerks gegen die Besetzung herrschte eine geradezu "langweilige" Einigkeit (wie es eine verblüffte Beobachterin ausdrückte). **Einhellig forderten alle - Israelis, Palästinenser und Europäer - Sanktionen gegen Israel,** da die israelische Regierung anders nicht zu bewegen sei, endlich internationales Recht zu respektieren. Immer wieder - und nicht nur durch den südafrikanischen Dichter und Aktivist Dennis Brutus - wurde an die Anti-Apartheidsbewegung erinnert, die erfolgreich auf Boykott und Sanktionen gesetzt hatte. In diesem Sinne sprach auch der israelische **Luftwaffenoffizier Jonathan Shapira,** einer der Piloten, die vor einem Jahr in einem offenen Brief ihre Weigerung kundgetan hatten, weiterhin palästinensische Wohngebiete zu bombardieren. Er forderte die Europäer auf, endlich Ernst zu machen mit wirksamen Maßnahmen gegen die Regierung seines Landes.

Hier in Auszügen seine Rede, die an den Beitrag von Jamal Juma'a anschloss, des palästinensischen Koordinators der Kampagne "Stop the Wall". Shapira bedankte sich bei Jama'a und versicherte, mit allem, was dieser gesagt hatte, einverstanden zu sein. Er fuhr fort:

Ich bin kein großer Redner und mein Englisch ist nicht besonders gut, aber es reicht, um das zu sagen, worauf es heute: NO!

Als Captain der Luftwaffe habe ich zehn Jahre lang aktiv an der Besetzung teilgenommen - viel zu lange. (...) Während hunderter Flüge über den besetzten Gebieten sah ich die Landschaft der Apartheid: das Grau und die Enge und Bedrängtheit der Flüchtlingslager und das saftige Grün der hübschen Siedlungen mit ihren roten Dächern - die Wohnungen des auserwählten Volkes. Und obwohl die

Ungerechtigkeit zum Himmel schrie, begriff ich nur langsam und schwerfällig

Ich erinnere mich, dass ich als Kind Werte wie Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit vermittelt bekam und das, während gleichzeitig mein Land ein Volk beherrschte, das keinerlei Rechte hatte, keine Gleichheit und keine Freiheit genoss. Und ich erinnere mich auch an den Unterricht in der Air Force, wo man uns darüber aufklärte, dass ein Soldat verpflichtet ist, den Gehorsam zu verweigern, sobald ein Befehl eindeutig unmoralisch ist. **Damals hätte ich mir nicht vorstellen können, dass solche illegalen Befehle alltägliche Routine werden würden.** Jeden Tag steigen F-16 und Apache-Hubschrauber auf, um Häuser und Autos in den bestetzten Gebieten unter Beschuss zu nehmen, unschuldige Menschen kommen dabei zu Tode. Man nennt das "gezielte Tötungen". **Ich nenne es Kriegsverbrechen.** (...)

Der "**Brief der Piloten**", den wir vor einem Jahr veröffentlicht haben, ist von einigen der anerkanntesten Kampfpiloten unterschrieben worden. Am Tag der Veröffentlichung war das ganze Land in heller Aufregung. Manche nannten uns Verräter, andere sagten, dies sei das erste Mal seit Jahren, dass sie einen Hoffnungsschimmer sähen. Wir bekommen viel Zuspruch, auch von Leuten aus der Armee, von Offizieren und Soldaten, die es nicht wagen selber zu verweigern. Wir sind nur die Spitze des Eisbergs, daher die nach wie vor heftigen Reaktionen auf unsere Erklärung. Übrigens zeigen Umfragen, dass 40% der israelischen Oberschüler die **Verweigerer** unterstützen. Man schätzt dass es ca. 1400 Verweigerer gibt, die sich in unterschiedlichen Gruppen organisieren. Doch die tatsächlichen Zahlen sind noch weit höher. Es gibt stille Möglichkeiten sich zu verweigern. Diese wählen Offiziere und Soldaten, die nicht so weit gehen können oder wollen, dass sie ins Gefängnis kommen oder ihre berufliche und soziale Absicherung in Israel aufs Spiel setzen. Auch für Zivilisten gibt es vielfältige Möglichkeiten, und diese Idee versuchen wir zu verbreiten. So kann

beispielsweise ein Angestellter der Post sich weigern die Post an die Siedlungen auszuliefern. (...)

Viele Israelis sehen den Zusammenhang zwischen dem Verbrechen der Selbstmordattentate in Bussen und Restaurants und dem unausgesetzten Verbrechen der Besetzung nicht. Wir versuchen, uns so laut wir können zu artikulieren und die israelische Gesellschaft aufzurütteln. (...) Wir sind überzeugt, dass wir zum Kampf gegen die Besetzung und zum Kampf gegen die Regierung verpflichtet sind, den Palästinensern gegenüber und den Juden und Arabern der nächsten Generation gegenüber, die in diesem biblischen Land leben. Doch ich möchte euch allen hier Folgendes sagen: Macht euch bitte nicht zu große Hoffnungen auf Grund dessen, was ich euch erzählt habe oder was ich repräsentiere. Setzt keine großen Hoffnungen in die tapferen jungen Leute, die den Mut haben, von der Schulbank weg ins Gefängnis zu gehen, weil sie den Dienst in der Besatzungsarmee verweigern. (...) Und natürlich: Macht euch keinerlei Hoffnungen auf Grund von Sharons Ankündigungen eines Rückzugs aus Gaza.

Ich denke tatsächlich, dass wir allmählich noch mehr Menschen gewinnen können, die öffentlich ihre Verweigerung kundtun und auf diese Weise nach und nach eine Veränderung in der israelischen Gesellschaft einleiten. Aber wir hätten das schon vor Jahren tun müssen. Jetzt sind wir in einer Situation, in der wir alle, Palästinenser und Israelis, am Rande eines Abgrunds stehen. Die Zeit wird knapp. Deshalb setze ich heute alle Hoffnungen auf euch. Während wir weiterhin die Verweigerungsbewegung zu stärken suchen, müsst ihr hier in Europa Druck auf eure Regierungen ausüben, damit sie wiederum unsere Regierung **unter Druck setzen, damit diese endlich anfängt, internationales Recht zu respektieren.** Um mich ganz klar auszudrücken: **Als Israeli,** der mit einer Hoffnung auf die Zukunft in seinem Land leben möchte, und als Mensch, der sich der humanitären Katastrophe in den besetzten Gebieten bewusst ist, **fordere ich internationale Sanktionen gegen Israel.**

## »Wir zerstören uns selbst...«

### Michel Warschawski über die Lage in Israel, den Nahost-Konflikt und Martin Buber

Michel Warschawski, 1949 in Straßburg geboren, ging 1965 nach Jerusalem, besuchte die Talmudschule, studierte Philosophie an der Hebräischen Universität, ist Mitglied des Friedensblocks Gush Shalom, **Vorsitzender des Alternative Information Center und AIC-Vertreter im Welt Sozial Forum.** Ende der 80er war er zu 30 Monaten Haft verurteilt - wegen »Unterstützung illegaler palästinensischer Organisationen«. Mit dem Friedensaktivisten sprach Karlen Vesper.

**ND: »Mit Höllentempo« heißt Ihr neues Buch. Steuert Israel mit offenen Augen auf den Abgrund zu?**

Mit geschlossenen. Im rasenden Tempo. Nicht nur die Regierung und das Parlament, die Mehrheit der Bevölkerung will das nicht wahrhaben. Wir haben die Selbstkontrolle verloren. Wir provozieren immer wieder Gewalt und ernten immer mehr Gewalt. Plötzlich sind wir die Hauptopfer. Die Palästinenser leiden viel, aber sie wissen 200 Millionen Araber und eine Milliarde Muslime

hinter sich. Wir sind eine ganz kleine Minderheit. Zu glauben, dass Israel den Krieg gewinnt, weil wir die Mauer und Nuklearwaffen haben, ist tödlich.

**Warum darf Israel Massenvernichtungswaffen besitzen? Bei anderen ist der Verdacht ausreichender Grund für eine Intervention.**

Wir haben das Recht, weil es uns niemand streitig macht. Doch das Recht wird nicht

rechtens, wenn es niemand Unrecht nennt.

### **Wer sollte das tun?**

Die internationale Gemeinschaft. Sie hat den »Schutzwahl« verurteilt. Aber sonst? Israel verletzt Hunderte von UN-Resolutionen, begeht laufend Kriegsverbrechen...

### **Zum Beispiel?**

In den besetzten Gebieten. Es ist ein Kriegsverbrechen, eine 1000-Kilo-Bombe über einer dicht bevölkerten Gegend abzuwerfen – um einen Menschen zu töten, von dem man annimmt, er sei ein Terrorist. Klarer Bruch der Haager Konvention. Oder: Es werden Menschen ohne Gerichtsurteil hingerichtet. Ein Verbrechen schlechthin. Ebenso die Tatsache, eine ganze Bevölkerung ein- bzw. auszusperren. Ungezählt sind die Fälle der Zivilgewalt.

### **Warum das selbstherrliche Agieren? Leistet die heutige US-Politik Israel einen schlechten Dienst?**

Große Teile der israelischen Bevölkerung sind zufrieden mit Bush. Weil man kurzfristig ist. Erstmals in seiner Geschichte bekommt Israel grünes Licht aus Washington für alles. Vordem gab es immer gewisse Beschränkungen. Weil die vormaligen USA-Regierungen nicht wollten, dass Israel die ganze Region destabilisiert. Wir waren für die USA so etwas wie ein kleiner Bruder, der manchmal ungezogen ist, es zu weit treibt und ermahnt werden muss. Heute ist das total anders. Wir haben völlig freie Hand. Und wir füttern Bushs Politik des globalen Präventivkrieges. Wir führen seit 1948 Krieg.

### **Was tun? Oslo ist gescheitert. Wird es die Road Map richten?**

Oslo is finished. Kann nicht wieder belebt werden. Die Road Map ist nur ein Stück Papier. Was wir jetzt brauchen, steht noch nicht auf der Agenda: eine starke kritische internationale Öffentlichkeit und Einmischung, um alle Aggressionen zu stoppen, das Morden, die Besetzung, die Siedlungspolitik.

### **Problem: Wer Israel kritisiert, wird schnell Antisemit genannt.**

Antisemitismus und Kritik an Israel sind zwei unterschiedliche Paar Schuhe. Wer die Politik der israelischen Regierung nicht kritisiert, der schadet Israel.

Ein Beispiel: Die israelischen Soldaten, die nach drei/vier Jahren von ihrem Dienst an der Grenze oder in den besetzten Gebieten zurückkehren, bringen die Gewalt, die ihnen dort befohlen worden war, mit in die Heimat, in die Familien, in den Alltag. 18 bis 22 Jahre junge Männer und Frauen sind unfähig, sich im normalem Leben zurechtzufinden, sich zu rezivilisieren. Die Kriminalitätsrate in Israel steigt. Man kann Gewalt nicht an den Grenzen stoppen. Um die zunehmende Gewalt innerhalb der israelischen Gesellschaft zu stoppen, muss man die Gewalt in den besetzten Gebieten beenden.

### **In jüngster Zeit haben sich Proteste in der Armee gemehrt...**

Das ist nicht neu. Es gibt seit 1982, seit der Invasion in Libanon, eine mächtige Friedens-

bewegung in Israel. Ich war damals einer der Gründer der Soldiers Movement. Israelische Frauen gehen an die Checkpoints, junge Israelis sind nach Ramallah gegangen, als Scharon dort Arafat festsetzen ließ, immer mehr junge Leute verweigern den Wehrdienst. Unglücklicherweise sind wir weit davon entfernt, eine Hunderttausende umfassende Bewegung zu sein. Sie ist nicht neu, sie ist Teil der alten und wieder nicht, zugleich etwas Neues.

### **Der Abbruch des Osloer Prozesses hat der Friedensbewegung einen Hieb versetzt, nicht wahr?**

In der Tat hat die Mehrheit der israelischen Gesellschaft diesen unterstützt. Aber sie hat dann den Lügen der Regierenden geglaubt: »Arafat hat die gnadenvollen Offerten schnöde abgelehnt, er will uns ins Meer treiben.« Nix da. Baraks Vorschläge waren nicht von Gnade diktiert. Aber der Trick funktionierte. Die Israelis, die für einen Kompromiss waren, wurden paralysiert: »Vielleicht lagen wir falsch, waren naiv? Vielleicht ist Arafat noch schlimmer als die Hamas?« Die Hypnose gelang, bevor der erste Schuss fiel, vor der Intifada.

### **Arafat kann man voll glauben?**

Es ist sehr postmodern, zu behaupten: »Ja, was der sagt, sind nur leere Worte.« Man kann doch sagen: »O.k., lasst uns sehen, ob er ernst meint.« Netanjahu, Barak, Scharon haben immer alles richtig gemacht, nur Arafat soll der Schuldige sein. Das ist doch Unsinn!

### **Scharon gilt in eigenen Kreisen schon als Verräter. Ist er einer? Oder ist er ein Pragmatiker?**

Scharon hat einen Plan: Die Kolonisation von ganz Palästina. Und er ist einer der sehr wenigen Politiker, die sagen, was sie denken: »Der Krieg von 1948 ist noch nicht beendet. Wir können die Grenzen jetzt noch nicht festlegen.« Dass er bereit ist, Gaza aus seiner Kontrolle zu lassen, ist Teil des Plans. Insofern ist er ein Pragmatiker. Um Raum zu erobern, muss man manchmal eine Stellung räumen. Für jene, die alles wollen, ist er ein Verräter. Ich zweifle, dass er sich ganz aus Gaza zurückzieht, er wird den totalen Bruch nicht riskieren.

### **Wie unterscheiden Sie Antisemitismus und Antizionismus? Hier zu Lande oft in einen Topf geworfen.**

Was ist der Unterschied zwischen einem Antikommunisten und einem Vegetarier? Das ist doch nicht vergleichbar. Antisemitismus ist ein Ausdruck von Rassismus, negiert das Recht des Anderen auf Leben, ob Jude, Roma oder Schwarzer. Antizionismus ist eine Philosophie, die man unterstützen oder ablehnen kann. Die meisten europäischen Juden waren vor Hitler Antizionisten. Ein Antizionist muss kein Antisemit sein. Da kann man auch sagen: Ich esse kein Fleisch, weil ich gegen Schwarze bin.

### **Wer steht Ihnen näher: Theodor Herzl oder Martin Buber?**

Auch da liegen Welten dazwischen. Da könnte man auch Joschka Fischer und Karl

Marx vergleichen. Herzl war ein wenig erfolgreicher Schriftsteller und ein schlechter Journalist. Martin Buber war ein großer und interessanter Philosoph und ein Humanist. Er sah den Menschen, nicht den Juden, den Deutschen, den Araber. Er sagte: »Lasst uns mit den Arabern leben. Nicht sie sind an unserem Unglück schuld, sondern die Europäer, die uns fortgejagt haben.« Herzl und die anderen Zionisten sagten: »Ich habe meine Probleme zu lösen und kann mich nicht um die anderer kümmern. Sorry.« Manche sagen noch nicht einmal »sorry«.

Nein, ich kann und darf meine Probleme niemals auf Kosten anderer lösen. Wenn wir sagen: »Ihr seid uns im Weg, fort mit euch«, dann begeben wir uns auf den mörderischen Pfad der ethnischen Säuberung. Das kann ich angesichts der Geschichte meines Volkes und meiner Familie nicht mitmachen.

### **Ihrer Familie?**

Die Familie meines Vaters wurde von den Nazis in Polen ermordet.

### **Mir ist aufgefallen, dass Sie nie das Wort Holocaust benutzen.**

Holocaust meint ein heiliges Ritual, ein Brandopfer. Die Juden waren keine Kühe und sind nicht für Gott geopfert worden. Warum Begriffe aus der religiösen Welt nehmen, um den Genozid zu beschreiben?

### **Ein US-Fernsehfilm hat den Euphemismus zur Mode erhoben.**

Als ich Kind war, sprachen wir von Vertreibung, Deportation, Mord. Shoah oder Holocaust stehen für eine neue, postmoderne Ansicht. Man könne nicht verstehen und begreifen, es sei nicht erklärbar, phänomenal, irrational. Natürlich hat jeder Rassismus etwas Irrationales an sich. Aber der Genozid an den europäischen Juden erfolgte nicht außerhalb der europäischen Geschichte, wurzelt in einer über zweitausendjährigen Verfolgung der Juden als Antichristen.

### **Und arabischer Antisemitismus? Sie können ihn nicht negieren.**

Doch, das kann und tue ich. In der arabischen Hemisphäre sind die Juden niemals so verfolgt und massakriert worden wie in der europäischen. Sie wurden mehr oder weniger unterdrückt, waren mitunter akzeptiert und respektiert, aber auch nicht gleichberechtigt. Gleichberechtigung für Minoritäten kennen selbst die amerikanische Unabhängigkeitserklärung und die Menschenrechtsdeklaration der Französischen Revolution nicht. Ich wünschte, die sechs Millionen Juden im Europa vor Hitler hätten in arabischen Ländern gelebt. Die Araber sind nicht antisemitisch. Antisemitismus predigen die Theologen; sie schüren Ressentiments und Hass mit ihren antijüdischen Statements. Und dies, obwohl es in den arabischen Ländern kaum mehr Juden gibt. Sie mussten diese nach den jeweiligen Kriegen, die Israel gegen seine arabischen Nachbarn geführt hatte, verlassen.

### **Anderes Thema: Warum hat Israel keine Verfassung?**

Weil sich das nicht vereint mit dem Anspruch »Jüdischer Staat«.

### Wie das?

Privilegien für eine Gemeinschaft bedeuten Apartheid-Verfassung. Unser Parlament arbeitet seit 40 Jahren daran, eine Verfassung zu verhindern, denn eine demokratische müsste allen Bürgern die gleichen Rechte zugestehen, also auch den Arabern. Und wir müssten ein säkularer Staat sein. Man kann kein demokratischer und zugleich jüdischer Staat sein. In einem demokratischen Staat sind alle Menschen gleich, in Israel sind sie es nicht.

### Was ist, wenn eines Tages die Araber die Majorität in Israel sind?

Bei uns sagt man: »Das ist ein Problem.« Für mich ist das keins. Mir genügt es, wenn meine Rechte als Individuum gewahrt sind, und die

meiner Frau und Kinder und meiner Community. Und wenn meine Enkelkinder die hebräische Sprache erlernen und die Geschichte ihres Volkes erfahren können.

### Können Sie Arabisch?

Ich nicht. Meine Tochter spricht Arabisch perfekt, weil sie es so wollte. Mein Sohn lernt jetzt. Meine Frau spricht ebenfalls perfekt. Sie ist Anwältin, verteidigt Palästinenser. Doch zurück zu Ihrer Frage: Ich habe keine Angst vor einer arabischen Majorität. Aber die israelische Gesellschaft, das Parlament, die Medien sind besessen von dieser Furcht. Töchter werden bedrängt: »Wann bekommst du ein Baby? Schnell, schnell, wir brauchen Kinder.« Das ist verrückt, krank. Meine Gesellschaft ist krank.

### Welche Prognose wagen Sie für Israels Zukunft?

Ich wage keine. Nur so viel: Wenn Israel nicht mehr als Staat existiert, was soll's. Ein Staat ist nur ein Werkzeug oder eine Hülle, wie Sie wollen. Sorgen mache ich mir um die jüdische Gemeinschaft, um uns Juden. Welche Fahne wir vor uns her tragen oder in welchem politischen Rahmen wir leben – das ist sekundär. Aber unsere Existenz als Gruppe haben wir zu sichern. Doch was wir tun – sich abzuschotten und Hass auf uns zu ziehen – ist dem nicht dienlich. Wir zerstören uns selbst. Das ist die Tragödie, die ich verhindern will. Um jeden Preis.

(ND 12.10.04)

<http://www.nd-online.de/artikel.asp?AID=61154&IDC=2>

## Maria Mies: Krieg ohne Grenzen. Die neue Kolonisierung der Welt.

Papy Rossa Verlag (Köln) 2004. 227 Seiten. ISBN 3-89438-286-4. 14,80 EUR, CH: 26,60 SFr.

Reihe: Neue kleine Bibliothek, Band 94. Unter Mitarbeit von Claudia von Werlhof.

### Globalisierung und Kriege fördern sich gegenseitig

Die emeritierte, engagierte Soziologin aus Köln, *Maria Mies*, ist bekannt für ihre dezidierten und eindeutigen Positionen zu den lokalen und globalen Verhältnissen im gesellschaftlichen Wandel. Sie mischt sich ein, positioniert ihre Meinungen, sammelt Gleichgesinnte um sich, z. B. in der Initiative "Netzwerkfrauen" - und konfrontiert. Solche Eigenschaften sind unbequem; sie sind aber auch notwendig, um eine "Friede-Freude-Eierkuchen-Stimmung" zu verhindern. Der Titel ihres Buches ist ein Hinweis darauf, dass es ihr nicht darum geht, den Kriegsbüchern, die "wieder Konjunktur" haben, ein weiteres hinzu zu fügen. Sie will aufzeigen, "dass neoliberale Globalisierung zum Krieg führt, und umgekehrt, dass Kriege diese Globalisierung weiter befördern sollen". Das ist ihre **zentrale These**. Beispielhaft dafür diskutiert sie die Ursachen und Auswirkungen in den (neueren) Kriegen in Kosovo, Afghanistan und Irak. "Sie sind `neu`, weil sie faktisch grenzenlos sind. Sie nehmen kein Ende und wirken in alle Lebensbereiche auch unbeteiligter Länder hinein". Diese "Neuen Kriege" stehen also in einem unauflösbaren Zusammenhang mit den neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsauffassungen, die wiederum die negativen Folgen der Globalisierung bewirken. Dieses so verstandene "Kriegssystem", setzt sie mit dem "kapitalistischen Wirtschafts- und Weltssystem" gleich.

### Bekämpfung der Kriege durch Aufklärung

In der Präambel der Verfassung der UNESCO von 1945 steht der Satz: "Da Kriege im Geist der Menschen entstehen, (müssen) auch die Bollwerke des Friedens im Geist der

Menschen errichtet werden". Die Autorin nimmt diese Erkenntnis als Aufforderung, den "Krieg in den Köpfen etwas entgegenzusetzen". Dabei benutzt sie "ein kurzes und ein langes Fernrohr". Das kurze soll sensibilisieren für die täglichen Meldungen und Medienberichte, die uns die Zustände in der Welt in unsere Fernsehsesselpositionen spielen und die mittlerweile eingefroren werden in die Beschreibung: Die Armen werden ärmer (lokal und global), und die Reichen werden reicher (dito). Das längere Fernrohr soll uns zur ideologischen, polit-ökonomischen und historischen Analyse und Kritik befähigen. Die Grenzenlosigkeit der Globalisierung und Kolonisierung führe auch dazu, dass "der Krieg nach außen den Krieg nach innen nach sich zieht", z. B. durch den Abbau der Sozialsysteme und, als Folge des "Krieges gegen den Terrorismus", auch von demokratischen Freiheits- und Gleichheitsrechten.

Die auch in einem Beitrag von *Claudia von Werlhof* formulierte (neue) These, wonach die Logik des Krieges ist, neues Wachstum zu schaffen und damit nicht nur die Fortsetzung der Politik, sondern der Wirtschaft mit anderen Mitteln sei, erhält bei der pessimistischen Auffassung "Nach dem Krieg ist vor dem Krieg", immerhin auch eine optimistische Einschätzung, "dass der Krieg als Modell für die Zukunft der Neuen Welt-Ordnung auch gleichzeitig das Modell der Vergangenheit ist", und scheitern wird. Bis dahin aber ist noch viel Aufklärung zu leisten und Mut zum Anders-Denken und -Handeln zu vermitteln; nämlich den Zusammenhang zwischen altem und neuem Kolonialismus deutlich zu machen: "Globalisierung führt zu wachsender Armut und Ungleichheit im Süden wie im Norden", so wieder *Maria Mies*.

### Fazit

Mit der Arbeit "Krieg ohne Grenzen" wird niemand sagen können, es gäbe keine Informationen darüber, wie die "Entwicklung der Unterentwicklung", lokal und global,

zustande kommt. Der Anspruch der Verfechter der neoliberalen Globalisierer nach Legitimation ihrer Theorien und Politik wird, so die Prognose der Autorin, durch die weltweite Antiglobalisierungs- und Friedensbewegung immer deutlicher zurück gewiesen; interessanterweise in stärkerem Maße auf internationaler Ebene als auf deutscher. So scheinen z. B. besonders die Menschen in den Ländern des Südens den Zusammenhang zwischen globalem "Freihandel" und "Globalisierungskrieg" klarer zu durchschauen und eindeutiger zur De-Legitimierung des neokolonialen Kriegssystems beizutragen. Solange in den westlichen Industrieländern das so genannte TINA-Syndrom vorherrscht, wonach es zum real existierenden Herrschaftssystem keine Alternative gäbe, wird eine neue, gerechtere, humanere und demokratischere Eine Welt kaum möglich sein: "Es ist wichtig, dass mehr und mehr Menschen, die den Frieden wollen, diese Zusammenhänge verstehen und bereits jetzt anfangen, eine `andere Welt`, eine andere Wirtschaft, eine andere Politik, eine andere Demokratie und eine andere Wissenschaft mitten in der `alten Welt` aufzubauen". Dazu sind Informationen notwendig, die *Maria Mies* in kompakter und überzeugender Weise liefert. Sie reiht sich mit ihren Argumenten und Analysen ein in erfreulicherweise immer öfter vorgelegte Arbeiten, wie etwa die von *Jörg Bergstedt* mit seinem Aufruf zur "Subversion", mit *Andreas Novys* Büchlein "Entwicklung gestalten" (2002) und *Hans A. Pestalozzis* sympathischer "positiver Subversion": "Wo kämen wir hin, wenn alle sagten, wo kämen wir hin, und niemand ginge, um einmal zu schauen, wohin man käme, wenn man ginge" (1979).

Rezensent

**Dipl.-Päd. Dr. Jos Schnurer**

Lehrbeauftragter an der Universität Hildesheim

E-Mail [jos@schnurer.de](mailto:jos@schnurer.de)

[http://www.socialnet.de/rezensionen/0409mies\\_schnurer.html](http://www.socialnet.de/rezensionen/0409mies_schnurer.html)



# Für eine grundlegende Umgestaltung der internationalen Finanzinstitutionen

Michel Husson

<http://users.skynet.be/cadtm/pages/francais/ifihusson.htm>

## 1. WIR MÜSSEN VON UNSERER KRITIK AN DEN INTERNATIONALEN FINANZINSTITUTIONEN AUSGEHEN

Jede Überlegung zu den internationalen Finanzinstitutionen muss eine Kohärenz zwischen dem festgestellten Sachverhalt und den Vorschlägen zu seiner Verbesserung sicherstellen. Wir müssen also von unserer **Kritik** am Internationalen Währungsfonds und an der Weltbank ausgehen. Sie umfasst drei Aspekte:

- Die beiden Bretton-Woods-Institutionen haben sich immer mehr von ihrem ursprünglichen Auftrag entfernt und sind zu Instrumenten geworden, mit denen **der staatenübergreifende Kapitalismus den abhängigen und verschuldeten Ländern sein Organisationsprinzip, die Strukturanpassung, aufzwingt**.
- Die internationalen Finanzinstitutionen wurden benutzt, um Einrichtungen wie die UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) oder das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), deren Arbeitsweise a priori demokratischer ist, da sie nicht auf dem Grundsatz "ein Dollar, eine Stimme" beruht, ihrer **Substanz zu berauben**.
- Die internationalen Finanzinstitutionen setzten eine Politik durch, die den Erfordernissen einer echten Entwicklung zuwiderläuft, indem sie den **Schuldendienst** sowie die **Öffnung für Kapital** mit ganz anderen Zielsetzungen fördert. Diese Politik hat zu schweren Fehlschlägen geführt: zu wiederholten **Krisen** und einer Verschärfung der sozialen **Ungleichheiten**.

## 2. WELCHE INSTITUTIONEN FÜR WELCHE AUFGABEN?

Wir müssen also die Aufgaben der internationalen Finanzinstitutionen neu definieren und anschließend untersuchen, welches institutionelle Instrument sich dafür am besten eignet. Diese Arbeit muss den Bereich umfassen, den der Internationale Währungsfonds und die Weltbank abdecken, und die Welthandelsorganisation (WTO) einbeziehen.

### 2.1. Abbau der Welthandelsorganisation (WTO)

Das Gründungsabkommen der Welthandelsorganisation (WTO) ist ein höchst einseitiger Vertrag von **imperialistischem Zuschnitt**. Er kann nicht die Grundlage einer Weltwirtschaftsordnung darstellen, die die Entwicklung fördert. Daher kämpfen wir für die **Auflösung** der Welthandelsorganisation (WTO) und die Übertragung ihrer Aufgaben auf andere Institutionen.

Die UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) könnte den Rahmen bilden für den Abschluss von Abkommen mit dem Ziel einer echten gemeinsamen Entwicklung. Eine solche Institution hätte die Aufgabe, das Recht der Länder des Südens, die erforderlichen **Schutzmaßnahmen** für ihre Eingliederung in den Weltmarkt zu treffen, zu garantieren und zu organisieren, während die gesamte Logik der Welthandelsorganisation (WTO) auf die Verweigerung dieses

Rechts abzielt; sie würde eine Sicherstellung von **Technologietransfers** anstreben, im Gegensatz zur Welthandelsorganisation, die sich hauptsächlich für den Schutz von Eigentumsrechten und die Patentierung von allem Möglichen interessiert.

Anstatt der Welthandelsorganisation (WTO) die Rolle eines Richters in Fragen des **Arbeitsrechts** geben zu wollen, müssen wir die Befugnisse und die Zuständigkeitsbereiche der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) um Rechtsmittel erweitern. In diesem Rahmen müssen dann die Diskussionen um die „**Sozialklauseln**“ geführt werden und die Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen eine gemeinsame Front für eine universelle Förderung der sozialen Rechte bilden.

### 2.2. Weltentwicklungsfonds

Dieser Fonds wäre mit der Finanzierung der dringlichsten Projekte betraut und müsste die nötigen **Technologietransfers in die Länder des Südens** sicherstellen, namentlich in den Bereichen Hygiene und Umwelt. Er könnte aus Mitteln gespeist werden, die verdreifacht werden müssten, damit sie das erforderliche Maß von 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreichen. Dies könnte in Form einer weltweiten Kapitalertragsteuer oder Vermögensteuer umgesetzt werden, wie es die UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) 1995 vorschlug.

Die Auswahl der Projekte, ihre Beobachtung und Bewertung müsste in der Verantwortung eines Gremiums liegen, das mit den Vereinten Nationen verbunden ist, zum Beispiel dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), in dem neben den Regierungen auch die **Bevölkerungen** direkt **vertreten** sein könnten. Mit einer solchen Einrichtung könnte man den „weißen Elefanten“, jenen gigantischen großtechnischen Projekten, die häufig den spezifischen Interessen multinationaler Konzerne entsprechen - wie zum Beispiel das aus den Mitteln der Internationalen Entwicklungsagentur der Weltbank (IDA) zu Gunsten von Mineralölfirmen (Shell, Exxon und Elf) finanzierte Pipeline-Projekt Tschad-Kamerun -, einen Riegel vorschieben.

### 2.3. Stabilisierungsfonds für Wechselkurse und Rohstoffpreise

Wir brauchen ein **weniger chaotisches internationales Währungssystem**, das **nicht** vom **Dollar** dominiert wird. Ein guter Teil der finanziellen Schwierigkeiten der Länder des Südens entsteht aus der Koppelung an den Dollar, deren Inflexibilität regelmäßig zu Währungsschocks führt. Wir müssen die Bildung von **Währungszonen** fördern, die über angemessen flexible Wechselkurse an starke Währungen angebunden sind. Ein Stabilisierungsfonds für Wechselkurse hätte die Aufgabe, diese Entwicklungen zu regulieren. Er wäre dazu mit den Einnahmen aus einer **Tobin-Steuer** ausgestattet, die international auf den Devisenmärkten eingeführt würde, wie es das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) in seinem Bericht von 1999 vorschlägt. Da Währungskrisen häufig aus der Unbeständigkeit der Ausfuhereinnahmen



entstehen, könnte ein Teil dieser Einnahmen einen **Stabilisierungsfonds für Rohstoffe** finanzieren, der bestehende Projekte wieder aufnimmt und durch die Festsetzung oberer Preisgrenzen einen vernünftigen Verlauf der Rohstoffkurse sicherstellt.

### 3. WELCHE STRATEGIE?

Ein ideales institutionelles System zu beschreiben, reicht selbstverständlich nicht aus. Wir müssen uns Etappenziele stecken, anhand derer wir vorankommen, indem wir die Hindernisse und die Gegner einer neuen Weltwirtschaftsordnung identifizieren, und dürfen nicht den Fehler machen, ein ideales System aufbauen zu wollen und dabei die Hindernisse auf unserem Weg zu vergessen.

Der Internationale Währungsfonds und die Weltbank haben in dieser Hinsicht versagt und werden überall angeprangert, kritisiert und bekämpft. Sie sind auf breiter Ebene in Verruf geraten, und man sollte daher ihre Auflösung oder eine Reduzierung ihres Einflusses anstreben. Walden Bello von *Focus on the Global South* verwendet im Zusammenhang mit Atomkraftwerken den Begriff **Dekommissionierung**. Mit anderen Worten, wir müssen aus den Bretton-Woods-Institutionen herauskommen und sie durch neue ersetzen, die für eine **andere Auffassung von Globalisierung** geeignet sind.

Selbstverständlich soll die Notwendigkeit des Vorhandenseins von Institutionen nicht in Abrede gestellt werden; es kommt auch nicht in Frage, der ultraliberalen Logik des Meltzer-Berichts zu folgen, der auf einem schmalen Grat die gegenwärtige Logik der Arbeitsweise der internationalen Finanzinstitutionen aufrechterhalten möchte. Diese Haltung impliziert auch kein Desinteresse am institutionellen Bereich. Tatsächlich wird durch den wachsenden Erfolg unserer Aktionskampagnen eine Ausarbeitung dieses Bereichs immer dringlicher.

Wenn es tatsächlich eine Debatte zwischen den „**Abolitionisten**“ – die die gegenwärtigen Finanzinstitutionen durch neue ersetzen wollen – und den **Reformern**“, die die gegenwärtigen Finanzinstitutionen in neue umwandeln wollen, gibt, so sollte die Diskussion ohne Vorbedingungen geführt werden. Die einen wie die anderen sind sich über das **Ziel** einig: die Einrichtung von **demokratischeren und auf die Interessen der WeltbürgerInnen ausgerichteten Institutionen**.

Wie sollen die beiden Konzepte also miteinander in Einklang gebracht werden: dass wir zwar eine recht genaue Vorstellung davon haben, wie ein gutes System internationaler Institutionen aussehen könnte, aber dass wir nicht der Illusion verfallen, wir bräuchten die Worte nur auszusprechen, um alle Widerstände hinwegzuwischen.

Wie können wir außerdem verhindern, dass alles künstliche Flickwerk als eine ausreichende Antwort auf unsere Forderungen betrachtet wird und der Weltbank die erneute Vereinnahmung gelingt, zu der sie anscheinend mit viel Energie ansetzen will?

### 4. FORDERUNGEN AN DIE REAL EXISTIERENDEN INTERNATIONALEN FINANZINSTITUTIONEN

Die Ansprüche, die wir hinsichtlich der internationalen Finanzinstitutionen stellen müssen, dürfen nicht als Grundlage einer allmählichen Reform präsentiert werden, sondern als

Forderungen, die ihre mangelnde Eignung enthüllen und die Notwendigkeit einer globalen Reform unterstreichen.

#### 4.1. Schuldenerlass und Abbau der Strukturanpassungspläne

Der Dritten Welt müssen die Auslandsschulden erlassen werden, weil sie diese bereits **mehrfach zurückgezahlt** hat und weil diese einen beträchtlichen **Hemmschuh für die Entwicklung** darstellen. In der Fachsprache wird von „Rückbau“ gesprochen, wenn man die Maßnahmen nach der endgültigen Stilllegung eines Reaktors bezeichnen will, wobei die „Demontage“ der letzten Phase des Rückbaus, also der Herabstufung der ärmsten Länder entspricht. Der Schuldenerlass sollte Gegenstand einer internationalen Konferenz und regionaler Konferenzen sein, deren Aufgabe es wäre:

- die Schulden zu erlassen;
- die Verantwortlichkeiten der Banken und Regierungen der reichen Länder deutlich zu machen;
- den Bürgern die beträchtlichen, von Regierenden und lokalen Kapitalisten rechtswidrig angehäuften und in den industrialisiertesten Ländern mit aktiver Komplizenschaft privater Finanzinstitutionen und dem Einverständnis der Regierungen des Nordens sicher angelegten Reichtümer wieder zurückzugeben;
- die Strukturanpassungspläne in *Co-Development*-Abkommen für eine gemeinsame Entwicklung umzuwandeln.

#### 4.2. Demokratie und Transparenz

Die Bretton-Woods-Institutionen sind ihrem Wesen nach antidemokratisch: Geheimhaltung von Untersuchungen und Beschlüssen, Machtkonzentration in den Händen der reichsten Länder. Die Demokratisierung des Stimmrechts und der Modalitäten der Beschlussfassung gemäß dem Prinzip der Vereinten Nationen (**ein Staat, eine Stimme**) oder mit einer Form der Gewichtung gemäß dem Bevölkerungsanteil muss ein Schwerpunkt der Reform der internationalen Finanzinstitutionen sein.

Anschließend muss eine echte parlamentarische Kontrolle der nationalen Verwaltungsbeamten in den internationalen Finanzinstitutionen durch die nationalen Parlamente eingeführt werden, mit Vertretern der „Akteure der Zivilgesellschaft“ (Nichtregierungsorganisationen des Nordens und des Südens), der Organisation öffentlicher Debatten mit unterschiedlichen Standpunkten und der Veröffentlichung von Informationsberichten. Demokratie und Transparenz müssen auch auf der Ebene der lokalen, von den Maßnahmen der internationalen Finanzinstitutionen betroffenen Bevölkerung umgesetzt werden. Die Information muss systematisch erfolgen. Die Maßnahmen der internationalen Finanzinstitutionen müssen in den lokalen Parlamenten debattiert werden und zustimmungspflichtig sein.

Zumindest der Vertreter Frankreichs im Vorstand des Internationalen Währungsfonds sollte wirklich Rechenschaft ablegen und eine parlamentarische Kontrolle ermöglichen.

#### 4.3. Bewertungs- und Rechtsmittelinstanzen, effektive Anbindung an die UNO

Die Neugestaltung der internationalen Finanzinstitutionen sollte **unabhängige Evaluationsstellen** außerhalb dieser Institutionen vorsehen, die an das System der Vereinten Nationen angebunden sind. Die Möglichkeit für die betroffenen

Parteien, und auch für die Vertreter der Parlamente und der anderen Bereiche der Zivilgesellschaft (Gewerkschaften, Verbände), diese in Anspruch zu nehmen, wäre ein erheblicher Schritt zur Demokratisierung des internationalen Finanzsystems. Dies könnte die Gelegenheit sein, die Komplizenschaften zwischen den Bossen der internationalen Finanzinstitute, den Diktatoren und dem organisierten Verbrechen an den Tag zu bringen.

Unter diesem Gesichtspunkt ist es, um die heute exzessive Macht der internationalen Finanzinstitute zu verringern und um den Staaten und den Bürgern auf internationaler Ebene die Macht zurückzugeben, notwendig, Staaten **und Bürgern** die Möglichkeit einzuräumen, vor internationalen Gerichtsbehörden **Rechtsmittel** einzulegen, wenn internationale Abkommen verletzt oder Grundrechte nicht beachtet werden. Heute sind nur Staaten als Völkerrechtssubjekte anerkannt. Es ist also wichtig, eine Umgestaltung des rechtlichen Rahmens zu erreichen, in dem die internationalen Justizbehörden operieren, damit die Mitglieder der Zivilgesellschaft (Bürger und Nichtregierungsorganisationen) auf internationaler Ebene gegen Staaten, Unternehmen oder internationale Organisationen vor Gericht ziehen können.

Das Konzept eines zu gleichen Teilen aus reichen und aus Entwicklungsländern zusammengesetzten „**wirtschaftlichen Sicherheitsrates**“ unter der Ägide der Vereinten Nationen ist interessant, denn eine solche Institution könnte ebenfalls die Rolle einer Gerichtsinstanz übernehmen, insbesondere bei Wirtschaftsdelikten. Dieser Vorschlag sollte diskutiert werden, wobei klar sein muss, dass die Klippe, die es zu umschiffen gilt, die Schaffung einer mit dem gegenwärtigen, von den Großmächten kontrollierten Sicherheitsrat vergleichbaren Instanz ist.

## **Argentinien: Bezahlen oder nicht bezahlen?** **Interview mit Julio Gambina,** Vorsitzender von Attac Argentinien

*Gibt es Fälle, in denen ein Land seine Auslandsverschuldung als „deuda odiosa“, als „verabscheuungswürdige Schulden“ deklariert hat?*

Zum ersten Mal kam dieser Vorschlag in den 20er Jahren in Cuba auf. Zur Zeit gibt es ein ähnliches Anliegen für den Irak, wobei die USA eine führende Position einnehmen. Aber das bestätigt wieder einmal nur die dominante Rolle der USA. Dabei darf nicht vergessen werden, dass das gleiche Land darauf hinarbeitet, dass Argentinien den größtmöglichen Teil seiner Schulden in den Verhandlungen mit den Gläubigern anerkennt. Und es ist das gleiche Land, das mit Hilfe des IWF die argentinische Regierung dazu verpflichtet hat, 100 Prozent der Schulden beim IWF anzuerkennen. Das hatte Vorrang. Wir haben immer noch die gleiche Menge Schulden in Dollar, ohne dass dabei berücksichtigt wird, dass es uns nun das Dreifache kostet, die Devisen für die Rückzahlung aufzutreiben.

*Könnte Argentinien seine Schulden als „deuda odiosa“ bezeichnen und eine neue Strategie*

*für die Verhandlungen entwerfen?*

Argentinien hätte das schon vor 20 Jahren machen sollen, zu Beginn der Regierung von Raúl Alfonsín. Das wäre der richtige Moment gewesen, um klarzustellen, dass die Schulden von einem illegitimen Regime aufgenommen worden waren. Diese Chance wurde leider vertan und in der Folge erschien das Thema der Auslandsverschuldung als ein strukturelles Problem des Landes.

*Wollen Sie damit sagen, dass es jetzt für eine andere Strategie in Bezug auf Schulden zu spät ist?*

Man könnte andere Formeln anwenden. Ich denke, dass die Regierung zwischen den Gläubigern unterscheiden muss. Das würde bedeuten, das Abkommen mit dem IWF nicht anzuerkennen, das von der internationalen Finanzwelt und den multilateralen Organisationen zusammen mit den Banken und den G7-Ländern vorangetrieben wurde.

*Wäre dieser Vorschlag machbar?*

Ja – unter der Voraussetzung, dass die anderen verschuldeten Länder mit an einem Strang ziehen. Schließlich wäre dies eine Konfrontation mit der allumfassenden Macht der USA, die mit Hilfe des IWF ausgeübt wird. Deswegen war auch die Zeit Anfang der 80er Jahre so wichtig, als es die Bewegung der Blockfreien Länder gab. Diese Gruppe schlug

Die internationalen Finanzinstitutionen haben, wie die Welthandelsorganisation (WTO), begrenzte Tätigkeitsfelder, und dabei soll es auch bleiben. Im Gegensatz dazu sind die Vereinten Nationen eine universelle Organisation, die einer Reihe grundlegender Texte unterworfen ist, wie ihrer Charta, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, dem Pakt über wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Rechte und der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten. Es ist also wichtig, die internationalen Finanzinstitutionen und die Welthandelsorganisation (WTO) **an das System der Vereinten Nationen anzubinden**, als ein Mittel, sie einerseits einer Kontrolle von außen zu unterstellen und sie andererseits dazu zu bringen, Grundprinzipien zu respektieren, die finanziellen und kommerziellen Interessen übergeordnet sind.

### **4.4. Respekt vor der Umwelt**

Eines der Ziele der internationalen Finanzinstitutionen muss das Bestreben sein, Maßnahmen zu treffen, die mit dem Umweltschutz vereinbar sind. So ist es wichtig, in erster Linie landwirtschaftliche oder industrielle Projekte finanziell zu unterstützen, die das Gleichgewicht des lokalen Ökosystems fördern. Auf der anderen Seite können die internationalen Finanzinstitutionen gegen private Finanzoperatoren angehen, deren Aktivitäten das ökologische Kapital der Entwicklungsländer übermäßig ausbeuten. Die internationalen Finanzinstitutionen müssen internationale Abkommen und die von ihren Mitgliedern auf internationalen Konferenzen gefassten Entscheidungen respektieren.

*Übersetzerinnen: Angelika Gross, Karin Ayche  
coörditrad@attac.org Ehrenamtliche Übersetzer*

vor, einen Schuldner-Club zu gründen, in dem debattiert und gemeinsam das Schuldenproblem angegangen wird.

*Was ist aus dieser Zielsetzung geworden?*

Sie hat ihren wesentlichen Inhalt verloren, denn die Gläubiger sind sehr geschickt vorgegangen. Die illegitimen Schulden wurden im Rahmen des Brady-Plans neu verhandelt. Die öffentliche Darstellung dieses Prozesses war zwar günstig für die betroffenen Länder, aber andererseits half der Prozess den Banken dabei, die Schulden an private Investoren zu übertragen. Sie sozialisierten die Verbindlichkeiten, indem sie die Schuld titel der verschiedenen Länder transferierten. Auf diese Art und Weise wurden sie z.B. die unbezahlbaren Schulden Argentiniens los. In der jüngsten Geschichte wurde noch unverfrorener vorgegangen: Die internationalen Finanzkreise förderten die Verschuldung Argentiniens bis zum Untergang.

*Kann man das Abkommen mit dem IWF neu aushandeln?*

Natürlich. Ich würde sogar sagen, dass sich die Situation um 180 Grad wenden müsste. Es stimmt nicht, dass die IWF-Statuten einen Schuldenerlass verbieten oder ausschließen, ein anderes Vorgehen als das aktuelle anzuwenden. Im Jahr 2000 gab es einen Schuldenerlass und der IWF verringerte die

Verbindlichkeiten von 47 verarmten Ländern. Warum könnte nicht auf die gleiche Art und Weise mit Argentinien verfahren werden?

*Mit welchen Argumenten könnte die internationale Gemeinschaft davon überzeugt werden, dass dieser Weg eingeschlagen werden sollte?* In wissenschaftlichen Kreisen, dort, wo der Zynismus nicht vorherrscht, gibt es die Übereinstimmung, dass Washington Verantwortung

übernehmen sollte für die neoliberalen Rezepte, die Argentinien auferlegt wurden und die schließlich das Land erdrückt haben. Und dafür, dass sie damit eine unverantwortliche Verschuldung ermöglicht haben, ohne die der Status, der von den internationalen Finanzkreisen verlangt wird, nicht hätte aufrecht erhalten werden können. Die USA förderten mithilfe des IWF die Konzentration

des Reichtums, was gleichzeitig dieses enorme Ungleichgewicht in Argentinien hervorgerufen hat. Es ist an der Zeit, dass sie die Verantwortung für das Desaster übernehmen.  
*aus: ila-Dossier Finanzpolitik V, Bonn Juni 2004, [www.ila-web.de](http://www.ila-web.de)*  
<http://www.attac.de/argentinien/hintergrund.html#gambina>

## Aufruf zur weltweiten Aktion am 5. Dezember 2004 - Der Internationale Tag des Kampfes der Dalit

Ein Tag der Mobilisierung für Menschenwürde und Sozialen Integration

Die sozialen Bewegungen und Massenorganisation der Welt versammelten sich im Weltsozialforums 2004, Mumbai, Indien. Sie unterstützten die Bemühungen der Massenbewegungen und Volksorganisationen in Indien und Asien, die den Kampf für Gerechtigkeit, Gleichheit und Menschenrechte unterstützen, besonders den der Dalit, Adivasis und der am meisten unterdrückten und behinderten Bereiche der Gesellschaft. Sie sind der Meinung, dass die neo-liberale Politik der indischen Regierung die Verdrängung an den Rand und die gesellschaftliche Unterdrückung verstärkt, die die Dalits seit langem erleiden.

„Aus all diesen Gründen unterstützen wir den Kampf aller Marginalisierten weltweit, und fordern dringend jeden in der ganzen Welt auf sich dem Aufruf der Dalit für einen Tag der Mobilisierung für den gesellschaftlichen Anschluss anzuschließen“, heißt ihr Aufruf.

Nach dem Weltsozialforum kamen die Dalit-Organisationen, Organisationen der Arbeiter, Frauen, Adivasis, Muslims, andere Randgruppen- und Massenbewegungen Indiens zusammen, um Strategien und Aktionspläne gegen den gesellschaftlichen Ausschluss, neo-liberalen und religiösen Fundamentalismus zu diskutieren. Das Weltforum zur Menschenwürde, ein Forum gegen Kastenwesen, Rassismus, anderer Formen der Diskriminierung und des Ausschlusses, die selbst in indischen Dalits und Dalit-Organisationen verwurzelt sind, das offiziell während des Welt Sozialforums 2004 gestartet wurde, kanalisierte diesen Prozess. Alle arbeiteten an einem gemeinsamen Aktionsplan. Der 5. Dezember, dem Tag einer Menschenwürderally in Delhi, der indischen Hauptstadt, ist ein wichtiger Teil dieses gemeinsamen Planes - Daher rufen wir jeden auf, weltweit, an diesen Tag als einen Welttag der Menschenwürde – dem Internationalen Tag des Kampfes der Dalit zu begehen.

Wir rufen auf sich auf **vier Schlüsselthemen** zu konzentrieren:

**1. Menschenwürde sollte ein universelles menschliches Anliegen sein.** Bezogen auf den Einzelnen oder auf eine Gruppe misst sie jedem den gleichen Wert zu, ohne irgendwelche Unterscheidung nach Farbe, Rasse, Gesellschaftsschicht, Geschlecht,

Volkszugehörigkeit, Fähigkeit/Behinderung oder Sprache. Es ist ein Wert an sich und als solcher nicht verhandelbar. Verschiedene Kräfte in der ganzen Welt stellen die grundlegende Menschenwürde in Frage und belasten sie mit durch Verpflichtung, Patronage, Wohltätigkeit, Spott und Zwang. Neo-liberale Globalisierung spielt eine wichtige Rolle in der Zerstörung von Quellen der Würde wie Autonomie, Chancen und nüchterner Überlegung, durch die Ruinierung der Lebensgrundlagen einer großen Anzahl von Menschen, Behinderung der Grundlagen ihrer sozialen Sicherung, durch Verdrängung des Wohlfahrtsstaates. Daher sind wir gegen eine neo-liberale Globalisierung und deren Auswirkungen.

**2. Dalitbewegungen und Massenorganisationen in Indien und Südasien rufen auf zu Aktionen gegen alle Formen der Diskriminierung und des Ausschlusses auf Grund von Kaste, Religion, Farbe, Rasse, Volkszugehörigkeit, Fähigkeit/Behinderung oder Sprache** an diesem Tag der Mobilisierung. Wir glauben, dass es keine Gleichheit, Gerechtigkeit und Würde in einer Welt geben kann in der die Unterdrückung von Millionen Indern, Afrikanern, Latein-Amerikanern, Afro-Amerikanern, Palästinensern, religiöser Minderheiten, indigener Völker, HIV- und AIDS-Infizierter das Prinzip sozialer, politischer und wirtschaftlicher Beziehungen ist. Soziale Gerechtigkeit, Frieden und Würde kann es nur geben, wenn alle frei sind, ein Leben in Würde zu führen, frei von Hunger, Gewalt und Unsicherheit, die ihnen und ihren Heimstätten und Arbeitsplätzen aufgezwungen wurde, und die frei sind von Patriarchat und Geschlechterungleichheit.

**3. Recht auf Arbeit, Recht auf Lebensunterhalt, Recht auf Nahrung, Recht auf Gesundheit und Bildung, Recht auf Mitwirkung in öffentlichen und privaten Bereichen** für Dalit, Recht für Frauen auf Ackerland, Interessenschutz für nicht organisierte Arbeiter, durchgreifende Land- und Landwirtschaftsreformen und Rechte und Besitz der Bevölkerung an Naturschätzen sind zentral für das Erreichen von Würde, sozialer Gerechtigkeit und soziale Integration für die Dalit, Adivasis, Minderheiten, Frauen und andere unterdrückte Volksgruppen in der Welt.

**4. Der Kampf gegen die politischen und ideologischen Kräfte, die Gewalt gegen einzelne Gruppen, Ausschluss, Aggression**

**und Nationalismus basierend auf Religion und Ethnie fördern**, ist der Schlüssel für den Kampf der Dalit, Adivasis, Minderheiten, Frauen und der arbeitenden Klassen, da diese Kräfte das Gewebe der Gesellschaft zu zerreißen drohen und ihre Politik den ‚Zusammenstoss der Zivilisationen‘ fördert, Gemeinschaften religiöser Minderheiten den Krieg erklärt, legale und demokratische Werte verhöhnt.

Der 5. Dezember ist der Internationale Tag des Kampfes der Dalit – der Welttag der Menschenwürde. Wir glauben, dass es ein Tag der verschiedensten Aktivitäten sein wird, der zur Stärkung der Träume und Bestrebungen, Hoffnungen und Bemühungen der indischen Dalit, Adivasis, Arbeiter, zusammen mit Afrikanern, Latein-Amerikanern, Palästinensern, religiösen Minderheiten und indigenen Völkern, Behinderten und der HIV-/AIDS-Infizierten beiträgt.

Wir appellieren an alle Bewegungen und rufen alle Massenorganisationen auf, verschiedene Programme zu organisieren um die Solidarität mit den indischen Dalit, Adivasis, nicht-organisierten Arbeitern, Frauen, Minderheiten und anderen Randgruppen deutlich zu machen und ihre Memoranda der indischen Regierung durch ihre diplomatische Vertretungen in ihren Ländern zu präsentieren, um die Indische Apartheid zu beenden – die Diskriminierung basierend auf dem Kastenwesen, um die Angriffe auf die Naturschätze der Völker und die soziale Sicherheit zu beenden.

Schließen wir uns der Volksrallye zur Menschenwürde am 5. Dezember auf den Ram Lila Grounds, New Delhi, Indien an.

Lasst uns diesen Tag zu einem Tag des Internationalen Kampfes für soziale Integration und Menschenwürde machen.

Lasst uns den Kampf globalisieren! Lasst uns Menschenwürde globalisieren!

Sozialbewegungsnetzwerk [www.movsoc.org](http://www.movsoc.org)

*Bestätigt den Aufruf zum Handeln zum Tag des Kampfes der Dalit (siehe unten), durch die Zusendung einer e-mail an [worlddignityforum@yahoo.com](mailto:worlddignityforum@yahoo.com). In Solidarität, Netzwerk der Sozialen Bewegungen - Kontaktgruppe*

# Immer wieder montags... Eine notwendige Selbstkritik

Angela Klein

Die Montagsdemonstrationen sind die erste gesamtdeutsche Bewegung von unten, die Ost- und Westdeutsche in einem gemeinsamen Ziel vereint: Weg mit Hartz IV! Die seit Juli anhaltende Bewegung, die für die gewerkschaftliche wie politische Linke überraschend gekommen ist, hat eine Vielzahl von Defiziten ans Tageslicht gebracht.

## Was tun mit der Bewegung?

Die Montagsdemonstrationen haben ihren Ursprung in Ostdeutschland – die erste gab es am 26. Juli in Magdeburg – und kamen dort so spontan wie 1989 auch. Privatpersonen haben sie angemeldet, einen Aufruf per Internet gestartet, ein paar Handzettel verteilt, das war's. Die Leidtragenden der Angriffe brauchen nicht mehr, um sich Luft zu verschaffen – eine eindrucksvolle Bestätigung dafür, dass Bewegungen nicht „gemacht“ werden. Die da auf die Straße gehen sind selbständig denkende Menschen, keine Manövriermasse.

Das erste, was bei diesen Montagsdemos aufgefallen ist, war: Es waren auf einmal ganz andere Leute da als sonst, und die politische wie gewerkschaftliche Linke hat nicht gewußt, was sie mit ihnen anfangen soll. Die Hauptparole war von Anfang an gegeben: Weg mit Hartz IV! Sie hat sich im Laufe der Zeit nicht verändert. Eine weitergehende Perspektive ist nicht dazu gekommen. Politisch gesehen lief die organisierte Linke diesmal nicht vorne weg, sondern hinterher. Und sie hat es bis jetzt nicht verstanden, diese einmalige Gelegenheit zu nutzen, um eine Perspektive zu entwickeln.

Im Osten konnte man die Illusion hegen, es werde sich 2004 wiederholen, was 1989 geklappt hat: Eine ansteigende Welle von Demonstrationen bringt das politische System ins Wanken und fegt es schließlich hinweg. Im „realen Sozialismus“ hat das funktioniert, sofern nicht die Bruderparteien zu (Waffen-)Hilfe eilten. Denn anders als der Kapitalismus beruhte er nicht auf der Klassenherrschaft von Kapitaleignern. Die realsozialistische Nomenklatura bestand aus einer abgehobenen Schicht von Funktionären, die letzten Endes vom Wohlwollen der Partei abhing, welche wiederum die Kontrolle über alle Bereiche der Gesellschaft monopolisierte. Die Partei als Ort der Vergesellschaftung setzte voraus, dass sie einen Konsens errichten oder jedenfalls Gegenströmungen weitestgehend ausschalten konnte. Die Montagsdemonstrationen brachen den Konsens auf, das Herrschaftsgebäude bröckelte.

Wo aber die Warenform als unpersönliche, verdinglichte Herrschaftsform der Kapitalbesitzer die Gesellschaft zusammen hält, kann man in der Zirkulationssphäre soviel demonstrieren, wie man will: Wenn die Macht des Kapitals nicht in der Produktionssphäre angegriffen wird, wenn darüber hinaus die herrschende Klasse zusammenhält wie Pech und Schwefel und ein Arend Oetker die CDU zusammenstaucht, weil sie nicht erkennt, dass der Schulterchluss mit der Regierung gegen die erwerbsabhängige Bevölkerung in so einer Situation wichtiger ist als ihre parteipolitische Profilierung auf Kosten der SPD – dann kriegt man mit Demonstrieren allein die Hartz-Gesetze nicht weg.

Das spricht nicht gegen die Montagsdemos, aber es fordert mehr als blinden Aktionismus, der sich im organisatorischen Röcheln erschöpft und in der Substanz eine Art Opportunismus gegenüber der Bewegung darstellt.

## Spaltungslinien

Die Spontaneität und Massivität, auch der Radikalismus der Bewegung in Ostdeutschland kontrastierte von vornherein mit der weitaus niedrigeren Beteiligung im Westen, die von Anfang viel stärker von den bekannten sozialen und politischen Initiativen und Organisationen dominiert war. Im Westen hat man darüber gestaunt, aber man hat es nicht thematisiert. Über wichtige Unterschiede der Befindlichkeit hat man den Mantel der gleichen Betroffenheit durch die Hartz-Gesetze gebreitet, die halt im Osten nur dramatischere Auswirkungen hätten als im Westen. Völlig übersehen wurde, dass die Hartz-Gesetze im Osten das Streichholz an der Lunte der gescheiterten „deutschen Einheit“ sind, die im Verlauf dieses Jahres durch mehrere Studien und Stellungnahmen belegt wurde. Nach wie vor gibt es in der Westlinken keine Antwort darauf, dass Ostdeutschland nur ein Experimentierfeld für Maßnahmen darstellt, die mit zeitlicher Verzögerung auch den Westen erreichen (z.B. die Aushebelung des Flächentarifs).

Im Gegenteil. Die Herstellung einer Einheit von unten – im deutschen Maßstab nicht weniger erforderlich als im europäischen – bricht sich in Deutschland am Standortdenken in den Gewerkschaften, an arroganten Reflexen gegenüber Ostdeutschen, an einer „antivölkischen“ Propaganda, die den Hauptfeind in denen sieht, die sich wehren, und nicht mehr im Kapital. Man mag ja der MLPD vorwerfen, dass sie die Losung: „Das Volk sind wir!“ in einem populistisch-nationalen Sinne verwendet. Bislang gibt es aber auf der Seite der Linken kein Angebot, eine solche Einheit von unten auf einer Klassenbasis und mit internationalistischer Zielsetzung herzustellen. Das bleibt ein schweres Handicap, das es der Arbeiterbewegung unmöglich machen wird, der Spaltungspolitik der Herrschenden etwas entgegenzusetzen und in die Offensive zu kommen.

Immerhin gibt es erstmals eine gesamtdeutsche Koordination aus den Montagsdemos, um die Demonstration des 2. Oktober vorzubereiten. Das ist ein wichtiger Fortschritt. Dabei darf man nicht übersehen, dass anfänglich die Westlinke das Heft in der Hand hielt – die MLPD nicht weniger als das Berliner Bündnis. Dass das Berliner Bündnis dann nach Leipzig ging und die Leipziger nun eine führende Rolle darin spielen, hängt schlicht damit zusammen, dass die Konkurrenz zur MLPD dieses Entgegenkommen erzwang. Eine bewußte Position, das neue Bündnis als eine neue Stufe der sozialen Bewegung zu erkennen und die ostdeutsche Beteiligung darin als Motor zu akzeptieren, ergibt sich daraus noch nicht. Der Verlauf der Aktionskonferenz, die vor Monaten beschlossen wurde und am 19. September in Frankfurt/M stattfand, hat nicht erkennen lassen, dass die Montagsdemos das Gesicht der Republik verändert haben. Ungerührt wurde beschlossen, was man vor Monaten schon aufgetischt hat – den Aktionstag am 17.11. So vergeben wir uns Chancen.

## Jeder geht alleine unter

Hartz IV, das werden Erwerbslose nicht müde, immer wieder zu betonen, ist in erster Linie ein Angriff auf das Lohnniveau. Es müßte somit den Widerstand der Gewerkschaften hervorrufen. Die DGB-Spitze hat jedoch nach dem Anrollen der Montagsdemos kalte Füße bekommen und ihre ursprüngliche Haltung, den Wahlzirkus im September abzuwarten um sich evtl. neu zu positionieren, aufgegeben.

Statt dessen hat Michael Sommer eine Ergebenheitsadresse an den Kanzler gerichtet, worin der DGB die Demonstrierenden zwar versteht, aber sich unter dem Vorwand der Unterwanderung durch Nazis nicht mit ihnen gemein machen möchte. Die Basisgliederungen dürfen machen, was sie wollen. Das ist eine blanke Entsolidarisierung mit den Erwerbslosen und eine bewußte weitere Schwächung der gewerkschaftlichen Position aus falscher Loyalität gegenüber der Regierung. Die Einzelgewerkschaften scheinen sich auf eine Salamtaktik einzulassen: Gegen Hartz gehen die Erwerbslosen auf die Straße; die Gewerkschaften setzen ihre Kampfmittel erst dann ein, wenn es um Tarifkämpfe geht – z.B. im Winter gegen die Verlängerung der Arbeitszeiten im öffentlichen Dienst der Länder. Auf diese Weise geht jeder alleine unter.

Die Gewerkschaftslinken hat es bisher nicht vermocht, dieser Haltung etwas entgegenzusetzen. Ihre Aufgabe wäre es aber, die Aufklärung über Hartz IV in die Betriebe zu tragen, eine Kommunikation zwischen den dort Beschäftigten und den Demonstrierenden herzustellen und damit Bedingungen für betriebliche Aktionen zu schaffen. In der theoretischen Reflexion über die Krise der Gewerkschaften gibt es bei ihr ein Verständnis dafür, dass Gewerkschaften mit ihren Kampfmitteln auch den politischen Raum besetzen müssen. In der Praxis folgt daraus noch nichts. Die Beteiligung kritischer GewerkschafterInnen an den Montagsdemos ist sehr zurückhaltend; bei der Demonstration vor den Kommunalwahlen in NRW hat der Ver.di-Landesbezirk gefehlt. Und wenn die Dinge bleiben, wie sie derzeit sind, wird der 2. Oktober eine weitaus geringere gewerkschaftliche Beteiligung erleben als der 1. November im vergangenen Jahr. Hier gibt es seit dem 3. April keine Fortschritte, sondern Rückschritte. Das ist die größte Schwachstelle der Bewegung. Denn die Gewerkschaften bleiben der strategische Dreh- und Angelpunkt für die Abwehr der Angriffe wie für die Durchsetzung sozialer Forderungen.

### Politisierung statt Radikalisierung

Auf den Montagsdemos haben sich die Redner/innen der Gewerkschaften, auch linke, viel Kritik anhören müssen – häufig die undifferenzierte Kritik derer, die sich im Stich gelassen fühlen und nicht warten können, weil ihre magere Existenzgrundlage jetzt angegriffen wird. Die Haltung derer vor den Mikrofonen war durchgängig radikaler als derer dahinter – gleich um wen es sich handelte. An ihrer Kritik und Wut war abzulesen, dass ein Radikalismus, der aus der Verzweiflung geboren wird, sehr schnell in eine völlig falsche Richtung abgleiten kann. Die Erfolge der Nazis auf manchen

Demonstrationen sind ein Beleg dafür. Wie aber kann dem begegnet werden? Sicher nicht dadurch, dass man sich wie die MLPD als die besseren Populisten aufspielt und vorspiegelt, hier sei ein Aufstand im Gang, der nur auf die richtigen Führer wartet, um das Kanzleramt zu stürmen.

Die Beschränkung auf den einen Punkt: „Hartz IV muss weg!“ ist zugleich ein Garant großer Breite wie auch ein Hindernis für die Herstellung eines weiterführenden gesellschaftlichen Bündnisses. Hartz IV ist nur ein Mosaikstein in einem strategischen Gesamtkonzept der Herrschenden. Wenn man dieses Gesamtkonzept nicht in Frage stellt, wird man einzelne Teile davon nicht zu Fall bringen können. Damit soll nicht abstrakten Maximalprogrammen das Wort geredet werden, sondern der Ausweitung der Basis der Mobilisierungen. Die verschiedenen Aspekte einer notwendigen Gegenstrategie – vom Mindesteinkommen über den Mindestlohn bis hin zum Kampf um die Arbeitszeit und einer Umverteilung von oben nach unten – müssen als Facetten ein und desselben Kampfes behandelt werden; sie dürfen nicht auseinander gerissen werden – weder in einzelne Forderungen noch in einzelne Kampfschritte. Auf die Herstellung der Zusammenhänge kommt es an – in der Argumentation wie in der politischen und organisatorischen Praxis.

Den Montagsdemonstrationen fehlt die innere Dynamik, deshalb werden sie am Schluss zu einem Ritual. Die innere Dynamik stellt sich nicht allein durch Wiederholung her. Zwischen den Demonstrationen muss etwas passieren, das den Zusammenhalt der Demonstrierenden kräftigt und andere Bevölkerungsteile einbezieht. Z.B. der Aufbau geeigneter Strukturen in den am meisten betroffenen Stadtteilen, um den vom ALG II Betroffenen unmittelbar zu helfen. Oder auch die Organisation von Informationsversammlungen in den Betrieben zu Hartz IV mit VertreterInnen von Erwerbsloseninitiativen. Oder die Organisation von Diskussionen über längerfristige Perspektiven und die Verstärkung der Ost-West-Zusammenarbeit. Das alles würde den Beteiligten helfen, ihr Gefühl der Ohnmacht zu überwinden, und den Montagsdemos eine Perspektive geben. Hartz IV wäre dann immer noch nicht weg, aber immerhin wäre man einen Schritt weiter im Aufbau einer solidarischen Gegenwehr und würde sich nicht im internen Streit mit der MLPD um einen zentralen Demonstrationstermin verlieren, der im Endeffekt doch keinen qualitativen Schritt nach vorn bringt.

Noch sind die Möglichkeiten für solche Ansätze nicht vertan: Der Aktionstag vom 17.11. kann ein Tag des betrieblichen Protestes werden. Und das Leipziger Bündnis sollte über die Montagsdemos hinaus bestehen bleiben.

Aus SOZ 20/2004

## Automarkt: weltweite Überproduktion

Der Vorwurf, Opel habe wegen Managementfehlern Probleme, greift viel zu kurz.

Winfried Wolf

(Junge Welt, 19.10.2004)

Die Konzerne führen ihren Krieg um Höchstprofite auf Kosten der Beschäftigten. Die Analysten argumentieren schlüssig im Dreisatz: Erstens würde es keine Krise in der internationalen Autoindustrie, jedoch Managementfehler bei General Motors (GM) in Europa geben. Zweitens mache GM im Autogeschäft und insbesondere in Europa Verluste. Drittens führe kein Weg an einem massenhaften Belegschaftsabbau in Europa vorbei.

Richtig ist, daß 2004 weltweit mit 52 Millionen Einheiten deutlich mehr Autos abgesetzt werden als 2003. 2005 sollen es 54 Millionen sein. **Doch der Markt wird enger und die Konkurrenz heftiger.** In den letzten 15 Jahren verloren rund ein Dutzend Automarken ihre Unabhängigkeit: Saab, Subaru, Isuzu und Daewoo sind Teil von GM; Volvo, Jaguar, Land Rover und Mazda bei Ford, Alfa und Lancia in Fiat integriert, Nissan bei Renault, Kia bei Hyundai. Mehrere Autohersteller sind kaum überlebensfähig, so Mitsubishi, Fiat und Rover. Die wenigen echten Wachstumsmärkte – etwa China und Osteuropa

– sind heftig umkämpft. Dort entstehen **gewaltige Überkapazitäten**, die spätestens 2006 den weltweiten Automarkt überschwemmen. Wenn sich bei GM im Augenblick Krisentendenzen zeigen, dann ist dies eine unmaßgebliche Momentaufnahme. Zeitweilig stand Ford schlechter da als GM/Opel. Vor einem halben Jahr meldete DaimlerChrysler das Desaster bei Mitsubishi. **Die Aussage, daß es vor allem Fehler bei GM in Europa gibt, ist tollkühn.** Auf dem US-Markt muß GM derzeit im Durchschnitt 6000 Dollar Rabatt auf die offiziellen Listenpreise geben, um überhaupt noch Pkw abzusetzen.

**Die zweite Behauptung, GM mache Verluste und dies vor allem in Europa, ist windig.** Tatsächlich wies der Weltkonzern 2003 einen **offiziellen Profit von 3,822 Milliarden US-Dollar** aus. Gegenüber 2002 gab es eine Steigerung um 120,2 Prozent (Fortune vom 26. Juli). Im dritten Quartal 2004 gab es im GM-Konzern einen Nettogewinn von 440 Millionen US-Dollar. Daß dieser nach GM-Angaben überwiegend auf die **GM-Banktochter** zurückzuführen ist, sagt nichts. Es liegt auf der Hand, daß, wer 6000 US-Dollar Rabatt je Pkw gewährt, im operativen Autogeschäft schlecht aussieht. **Wenn er diese Pkw dann auf Kredit in den Markt pumpt, macht er den Gewinn eben mit der eigenen Banktochter.**

**Die Behauptung, es würden Verluste in Europa gemacht, ist ebenso fragwürdig.** Noch im Januar 2004 wies der damalige Vorstandschef der Adam Opel AG, Carl-Peter Forster, auf folgenden Umstand hin: Der seinerzeit ausgewiesene operative Verlust von 400 Millionen Euro bei Opel sei vor allem darauf zurückzuführen, daß ein Großteil der Entwicklungskosten der GM-Europa-Pkw, die weltweit für GM verkauft würden, in Europa und vor allem bei Opel verbucht werden, daß jedoch die Gewinne aus den Verkäufen solcher Pkw (z.B. in Asien) oft nicht Opel bzw. GM Europa zugute kämen.

Die Schlußfolgerung schließlich, es müsse in Europa zu einem radikalen Belegschaftsabbau und gegebenenfalls zu einer Werkschließung kommen, überzeugt zumindest aus Beschäftigtensicht nicht. Ist es nicht so, daß alle Autohersteller derzeit so verfahren (siehe DaimlerChrysler und VW)? Daß die Ford Werke AG in Köln derzeit in eine GmbH umgewandelt werden, um in Zukunft über »mehr Flexibilität« (bei der Erpressung der Beschäftigten) zu verfügen? Daß nach einem erfolgreichen Angriff auf GM/Opel doch noch die Belegschaft bei Saab in Schweden unter Druck gesetzt werden kann?

Und **warum der Angriff auf Opel in Bochum?** Immerhin ist das dortige Werk derzeit zu 100 Prozent ausgelastet, Eisenach und Luton (Großbritannien) z.B. nur zu gut 70, Rüsselsheim zu 58 Prozent. Übt das GM-Management Rache dafür, daß die Bochumer Belegschaft maßgeblich daran beteiligt war, Ausgliederungen und Lohnsenkungen zu verhindern, die im Jahr 2000 geplant waren?

**Es gibt keinen Grund zu glauben, irgendwann sei Schluß mit den Erpressungen und den Spaltungversuchen.** Im Gegenteil. Das GM-Management in Detroit will Blut sehen. Und wer Blut geleckt und Profite eingestrichen hat, der ist erst auf den Appetit gekommen.

Es ist schon so, wie der langjährige Aktivist bei Opel Bochum, Wolfgang Schaumberg, in dieser Zeitung schrieb: **»Die tiefere Ursache liegt im bestehenden Wirtschaftssystem begründet, das auf Profit und Konkurrenz basiert. Man arbeitet nicht, um Bedürfnisse zu befriedigen, sondern um Profitzwänge**

**zu erfüllen.**« Der Teufelskreis von Erpressung, Sozialabbau, verstärkter Arbeitshetze und Werkschließungen wird nur unterbrochen werden, wenn es zu einer gemeinsamen Gegenwehr – bei den Belegschaften von GM/Opel/Saab, VW und denjenigen von anderen Autoherstellern – kommt.

## **PKW-Absatzkrise: Der Markt ist gesättigt**

\* In den vergangenen beiden Jahren stagnierte der Absatz von PKW in der EU oder ging sogar teilweise zurück. Hauptabsatzmarkt ist trotz Krise und schwacher Binnenkonjunktur weiterhin die BRD.

\* In Deutschland sank die Zahl der Neuzulassungen von Personenkraftwagen im Jahr 2004. Im September belief sich der Rückgang auf 3,7 und im August auf 3,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat.

\* Insgesamt sank in Westeuropa die Zahl der PKW-Neuzulassungen im Vergleich zum jeweiligen Monat des Vorjahres um 0,6 Prozent. Im August waren es 0,8 Prozentpunkte.

\* In den Ländern der EU waren im Januar 2004 sage und schreibe 216734310 Kraftfahrzeuge registriert, davon 189 560000 Personenkraftwagen. Diese gewaltige Flotte verbraucht 102 Millionen Tonnen Benzin und 243000 Tonnen Dieselmotorkraftstoff im Jahr.

\* Deutschland hält daran den Löwenanteil: Knapp 50 Millionen zugelassene Kfz, davon mehr als 45 Millionen PKW, verbrauchten 2003 25850000 Tonnen Benzin und etwa 50000 Tonnen Diesel. Damit ist die BRD nach USA (225 Millionen Kfz) und Japan (73 Millionen) der weltweit drittgrößte Automobilmarkt. Dagegen nehmen sich die Zahlen des Boomlandes China (20,5 Millionen Kfz) noch vergleichsweise bescheiden aus. Den zweiten Platz in Europa nimmt Italien ein (37,8 Millionen zugelassene Kfz).

\* Vor zehn Jahren wurden PKW in der BRD noch in der Regel nach drei bis vier Jahren Laufzeit verkauft und ein Neuwagen angeschafft. Expertenschätzungen zufolge hat sich diese Relation inzwischen etwa um ein Jahr verschoben. Das wirkt sich entsprechend auf den PKW-Absatz aus.

\* Zusätzlich nachteilig auf die PKW-Konjunktur wirken sich die steigenden Kraftstoffpreise aus. Durch massive Steuererhöhungen (2002 nahm der Staat in der BRD mehr als 42 Milliarden Euro aus der Mineralölsteuer ein) und die Preissteigerungen bei Rohöl müssen Autofahrer heute einen deutlich höheren Teil ihrer Einkünfte für den Kfz-Betrieb auf den Tisch legen – oder weniger fahren.

\* Im Jahr 1992 mußte der Verbraucher für einen Liter Superbenzin im Schnitt etwa 1,40 DM hinblättern. 1999 waren es 1,70 DM; 2003 kostete der Liter bereits 1,09 Euro. Für 2004 wird mit einem Durchschnittspreis von knapp 1,20 Euro pro Liter Super gerechnet.

(Quellen: Aral, jW-Archiv)

<http://www.jungewelt.de/2004/10-19/012.php>

# Die dritte Säule des Altermondialismus

Für global handlungsfähige Gewerkschaften als soziale Gegenmacht

**Bernd Riexinger, Werner Sauerborn**

Voraussetzung für eine soziale Weltwirtschaftsordnung sind Gewerkschaften, die dem global agierenden Kapital Paroli bieten können, indem sie sich selber global organisieren und zu einer starken und solidarischen **Gegenmacht** werden.

Von einer solchen Vision sind die heutigen Gewerkschaften in Deutschland wie in anderen Ländern **weit entfernt**. In den letzten 20 Jahren, in denen zunehmend absehbar war, wie stark nur national agierende Gewerkschaften durch die ökonomische Globalisierung in die Enge getrieben werden würden, haben die Gewerkschaften ihr Problem unterschätzt und ignoriert („Globalisierung gab es schon immer“) es klein geredet (betroffen seien lediglich die schlecht qualifizierten ArbeitnehmerInnengruppen), haben mit einem **Schlingerkurs** zwischen Opposition und Anpassung an die Standortlogik versucht zu überleben und haben auf ihre vor allem globalisierungsbedingten Organisationskrisen im wesentlichen betriebswirtschaftlich mit Fusionen zu riesigen aber national begrenzten Multibanchengewerkschaften ( statt multinationaler Branchengewerkschaften) reagiert.

**Das Prinzip der Gewerkschaften ist, die Konkurrenz allerer, die auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen sind, zu begrenzen, möglichst auszuschließen.** Globalisierung betrifft nicht nur Waren- und Finanzmärkte, sondern auch die Arbeitsmärkte: es konkurrieren die Opel-ArbeiterInnen in Rüsselsheim und Bochum gegen die in Schweden, Portugal, Polen und Detroit. In Standortrankings konkurrieren deutsche mit schottischen und indischen IT-SpezialistInnen, usw. Auf einem zunehmend **global bestimmten Arbeitsmarkt** können national begrenzt handelnde Gewerkschaften letztlich nicht funktionieren, weil sie ihr Prinzip des Konkurrenzausschlusses nicht in Kraft setzen können.

Zwar sympathisieren die Gewerkschaften und viele GewerkschafterInnen mit der globalisierungskritischen Bewegung, unterstützen Aufrufe und Kampagnen und Demonstrationen. Ihr eigentliches Gewicht aber, das einer ökonomischen Gegenmacht, bringen sie in diese Bündnisse nicht ein, weil sie es nicht haben, bzw. im Begriff sind es zunehmend zu verlieren.

Umgekehrt ist die globalisierungskritische Bewegung auf handlungsfähige Gewerkschaften angewiesen. Neben den beiden Säulen der **Antikriegsbewegung** und der **globalen Ökologiebewegung** braucht der Altermondialismus als dritte Säule Gewerkschaften, die **im ökonomischen Zentrum** des globalen Kapitalismus eine Gegenmacht darstellen.

Ziel grenzüberschreitend agierender Gewerkschaften ist nicht die Wahrung von Besitzständen der ArbeitnehmerInnen der einen Länder (Deutschland oder Europa) gegen oder auf Kosten der Interessen der ArbeitnehmerInnen anderer Länder, sondern der Kampf **gegen einen globalen Dumpingwettbewerb**, bei dem **alle** nur **verlieren** können - die ArbeitnehmerInnen hier wie

dort, genauso wie die Erwerbslosen und Prekarisierten **hier wie dort**.

**Europa** ist für die Gewerkschaften ein **ambivalenter** Zwischenschritt. Einerseits ist Europa ein Schritt aus der nationalen Befangenheit, andererseits droht es (s. Lissabon-Strategie) eine neue Plattform für eine erweiterte Form der Standortkonkurrenz zu werden. Maßstab für die Organisationsentwicklung der Gewerkschaften sind nicht nationale oder supranationale Grenzen, sondern die Branchengrenzen, innerhalb derer die Konkurrenz stattfindet.

Der Weg der Gewerkschaften zu einer in diesem Sinne handlungsfähigen Organisationsform ist weit und voller **Hürden**, als da sind: ganz unterschiedliche nationale Organisationsmodelle sowie Sprach- und Kulturbarrieren, aber er ist unausweichlich. Offen ist, ob es dabei eine Kontinuität aus den jetzigen Apparaten und Organisationen heraus geben wird oder ob sich neue Gewerkschaften, hervorgegangen aus apparatkritischen globalen Netzwerken oder eine Mischform aus beidem entwickeln werden.

**ATTAC international** jedenfalls muss die Rolle des **Förderers** und **Forderers** und vielleicht auch etwas des Geburtshelfers global organisierter Gewerkschaften einnehmen.

In den Gründerjahren, im Verlauf der Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus, wie auch jetzt unter den Bedingungen des global entfesselten Kapitalismus gilt: funktionsfähige Gewerkschaften bringen den Kapitalismus an seine Grenze: entweder er erweist sich als anpassungsfähig in dem er **Mindeststandards** an sozialer Gerechtigkeit und Sozialstaatlichkeit entwickelt oder er scheitert an diesem Kriterium. **Dann werden die Gewerkschaften zu einem wichtigen Brückenkopf in eine postkapitalistische Gesellschaft.**

Insofern kann sich die stärkere Wahrnehmung der Bedeutung von Gewerkschaften für eine alternative Weltwirtschaftsordnung – und vor allem für den Weg dorthin – beruhigend und vermittelnd auf das Spannungsverhältnis zwischen reformorientierten GlobalisierungskritikerInnen und GlobalisierungsgegnerInnen bzw. **AntikapitalistInnen** innerhalb von ATTAC auswirken.

Stuttgart, 24. Oktober 2004

*Bernd Riexinger ist Geschäftsführer des Verdi-Bezirks Stuttgart; Werner Sauerborn ist Referent für Grundsatzfragen des Verdi-Landesbezirks Baden-Württemberg.*

*Ausführlich befindet sich ihr Text "Gewerkschaften in der Globalisierungsfalle" im Sozialismus-Supplement 10/2004 (40 Seiten, 4,20 € <http://www.sozialismus.de/socialist/>)*



## Eine Botschaft von Attac Frankreich an Attac Deutschland:

# Verfassungsentwurf der EU:

## Attac Frankreich erklärt den Kampf gegen diese « Verfassung » zur strategischen Priorität für die nächsten Monate.

Liebe Freundinnen und Freunde von Attac Deutschland,

Attac Frankreich verfolgt mit Bewunderung die schnelle Entwicklung von Attac Deutschland im Verlauf der letzten beiden Jahre. Wir freuen uns über den wichtigen Platz, den Ihr in den sozialen Bewegungen Eures Landes eingenommen habt, wie der französischen Presse zu entnehmen ist. Das gilt besonders für den Kampf gegen die liberalen „Reformen“ der Regierung Schröder. Damit trägt Ihr wesentlich zur Stärkung und zum Einfluss des Attac-Netzwerkes in Europa und auf der Welt bei. Immer wenn ein Attac in einem Land an Einfluss gewinnt, so profitieren alle Attacs ebenfalls davon.

Für Attac Frankreich ist die Verstärkung des Austausches, der Solidarität und der gemeinsamen Aktionen innerhalb des Netzwerkes der Attacs in Europa eine absolute Notwendigkeit. **Wir sind überzeugt, dass die Art und Weise mit der sich der Aufbau Europas entwickelt, nicht nur den Erfolg unserer Kämpfe in Europa bestimmt, sondern ebenfalls den Erfolg der Kämpfe im Rest der Welt.** Die Europäische Union bildet einen politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmen dessen Existenz nicht ignoriert und dessen Bedeutung nicht unterschätzt werden darf, unabhängig davon was wir sonst von der EU halten. **Dieser Rahmen wird für lange Zeit festgeschrieben sein, wenn das Projekt der europäischen „Verfassung“ von den versammelten Regierungen Ende Oktober in Rom unterschrieben und anschließend ratifiziert wird.**

**Deshalb hat sich Attac Frankreich entschieden, den Kampf gegen diese « Verfassung » zur strategischen Priorität für die nächsten Monate zu erklären.** Wieso? Weil wir diesen Text als ein Mittel erkannt haben, mit dem die liberale Politik, die seit 1958 in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) (seit 1993 Europäische Union) gemacht wurde, unumkehrbar festgeschrieben soll, indem man ihr den Charakter einer Verfassung verleiht.

Diese „Heiligsprechung“ geschieht auf zwei Wegen:

Zum einen, indem man in den Korpus des Vertrages (dritter Teil) die Gesamtheit der genannten Politiken einschließt, während eine Verfassung sich doch darauf beschränken müsste, den institutionellen Rahmen festzulegen, in dem

unterschiedliche, sogar gegensätzliche, Politiken gemacht werden könnten.

Zum anderen indem man diesen neoliberalen Korpus durch die Auferlegung der Einstimmigkeitsregel der 25 Mitgliedsstaaten der EU jeder Möglichkeit auf Revision entzieht. Mit anderen Worten, der Vertrag macht jeden Ausdruck der Wählerinnen und Wähler in einem bestimmten Land für politische Alternativen zum Neoliberalismus gegenstandslos. Denn diese Politiken werden unvermeidlich mit den Regelungen des Vertrages in Konflikt geraten, die juristisch jede nationale Gesetzgebung übergeordnet sind. Damit wird eine „begrenzte“ Demokratie in Kraft gesetzt.

Aus historischen Gründen ist die Diskussion über das Wesen und den Inhalt des europäischen Einigungsprozesses viel lebendiger in Frankreich als in den anderen Mitgliedsländern der EU. **Die Volksabstimmung zur Ratifizierung (vielleicht am 8. Mai) verleiht dieser Diskussion eine besondere Intensität, zumal der Sieg eines „Nein“ durchaus denkbar ist. Sollte dies eintreten, geriete des Voranschreitens des Neoliberalismus in Europa zunächst ins Stocken.** Dadurch dass der Vertrag von Nizza, der seit dem 1. Mai 2004 in Kraft ist, wenigstens bis 2009 gilt, hätten wir alle notwendige Zeit, um zu versuchen, die EU auf ein neues Gleis zu setzen. Deshalb wird sich Attac Frankreich mit allem Nachdruck engagieren, um ein Scheitern der „Verfassung“ zu erreichen.

Wir wissen, dass sich die Situation in den Mitgliedsländern der EU ganz verschieden darstellt. In einigen steckt die Debatte um Europa noch in den Kinderschuhen, da die wichtigsten politischen Kräfte systematisch und in voller Absicht zwei sehr unterschiedliche Dinge durcheinander gebracht haben: Einerseits, das Streben nach der einen oder anderen Form europäischer Einheit, und, auf der anderen Seite, die Zustimmung zu den liberalen Politiken im Rahmen der EU. **Was uns betrifft, wir wollen ein Europa, aber ein ganz anderes!**

Uns ist bewusst, dass in den meisten Ländern der Kampf gegen die « Verfassung » sehr viel schwieriger sein wird als in Frankreich, sei es aus institutionellen Gründen (keine Volksabstimmung) oder aus politischen Gründen. Es scheint uns dennoch unverzichtbar, dass er überall geführt wird, um bessere Bedingungen für die politischen

Auseinandersetzungen zu schaffen, die wir in Zukunft auf jeden Fall gemeinsam zu führen haben. Wenn wir in dieser Beziehung für Attac Deutschland nützlich sein können, stehen wir Euch zur Verfügung.

Wie auch immer die Würfel bezüglich der Verfassung fallen werden, es scheint uns **unverzichtbar, dass die Attacs in Europa gemeinsam eine Art « Manifest für ein anderes Europa » ausarbeiten.** Dafür wurden die ersten Grundlagen bereits bei einem Treffen in Stockholm geschaffen. Das nächste Treffen des Attac-Netzwerkes in Innsbruck müsste uns erlauben, diesem Ziel sehr schnell näher zu kommen. Wir zählen dabei sehr auf Attac Deutschland. Dieses Treffen sollte uns auch erlauben, die Beteiligung aller Attacs in Europa bei der **Demonstration vorzubereiten, die für den 19. März 2005 in Brüssel** geplant ist.

**Am 30. April 2005**, also etwa eine Woche vor dem Referendum (falls dieser Termin sich bestätigt), wird Attac Frankreich eine **große europäische und internationale Versammlung in Paris** organisieren. Dabei soll es um zwei Fragen gehen: Das Europa, das wir wollen, und das Europa, das die übrige Welt erwartet. Beides ist übrigens das gleiche. Wir werden Kontakt zu Euch aufnehmen, sobald wir die Modalitäten des Treffens festgelegt haben.

Wir haben bereits mit mehreren Mitgliedern von Attac Deutschland über unser Projekt eines bilateralen „Massentreffens“ zwischen Attac Frankreich und Attac Deutschland gesprochen. Wir hoffen, dass sich dieses 2005 konkretisieren wird.

Schließlich laden wir herzlich einen Vertreter von Attac Deutschland zu unserer Generalversammlung am 11./12. Dezember in Saint-Denis ein.

Liebe Freundinnen und Freunde von Attac Deutschland, wie Ihr seht, gibt es eine Menge Arbeit zusammen zu erledigen, gemeinsam mit den anderen Attacs in Europa.

Wir wünschen Euch einen vollen Erfolg bei Eurem Ratschlag und senden Euch freundschaftliche und solidarische Grüße von Attac Frankreich!  
(Bernard Cassen)

*Übersetzung: Sven Giegold; Korrektur: Heidi Klein, Juliane Schiel, Marie-Dominique Vernhes*



# EU-Militärstrategie: Studie sieht den Einsatz von Atomwaffen vor.

PARIS (Eigener Bericht) - Militärstrategen der Europäischen Union präzisieren die von Berlin angestoßene EU-Sicherheitsstrategie und ziehen einen atomaren Erstschlag in Betracht. Bereits die von Berlin initiierte EU-Militärdoktrin - die erste in der Geschichte der EU - sieht die Möglichkeit zur Führung von Angriffskriegen („Präventivkriegen“) ausdrücklich vor. In einem jetzt vorgelegten „European Defence Paper“, das unter Mitwirkung eines ehemaligen deutschen Staatssekretärs erarbeitet wurde, werden der EU-Erstschlagstrategie auch Atomwaffen zugeordnet. In die Präventivkriegsoption könnten britische und französische Nuklearstreitkräfte „explizit oder implizit“ einbezogen werden, heißt es.

## Ultimativ

Bei dem „European Defence Paper“ handelt es sich um ein von den EU-Regierungen in Auftrag gegebenes konzeptionelles Dokument zur Europäischen Militärpolitik. Es soll die Anwendung der 2003 beschlossenen „Europäischen Sicherheitsstrategie“<sup>1)</sup> präzisieren. Die Autoren der Studie - eine Gruppe hochrangiger Militärberater - fordern eine energische, unverzügliche und umfassende Aufrüstung der EU. Ziel müsse sein, den Status einer zur Führung von Angriffskriegen fähigen Weltmacht zu erreichen: „Sharing more global responsibilities (...), and taking on a preventive engagement strategy are ambitious goals that will stay unfulfilled if the current gap between ends and means persists.“<sup>2)</sup> Die Außenminister der EU werden sich demnächst mit diesem Dokument befassen und konkrete Entscheidungen über Stand und Perspektiven der militärischen Optionen fällen.

## Zentral

Verantwortet wird das Strategiepapier vom Institute for Security Studies (ISS), das bis 2001 für den europäischen Militärpakt Westeuropäische Union (WEU) arbeitete. Seit der Übertragung der operativen Funktionen der WEU an die EU fungiert es als autonomes EU-Institut. Dominiert wird es vom deutsch-französischen Machtkartell: In Paris angesiedelt, steht das ISS seit Oktober 1999 unter der Leitung von Nicole Gnesotto, die zuvor beim offiziellen französischen think tank „Institut français des Relations internationales“ tätig war. Stellvertretender Direktor ist Burkard Schmitt, ehemaliger SPD-Mitarbeiter in der sozialdemokratischen Friedrich-Ebert-Stiftung. In Schmitts

Verantwortungsbereich fallen Aufrüstungsstrategien der EU - „nuclear issues“ inklusive. In seinen Veröffentlichungen fordert der deutsche „senior research fellow“, die waffenproduzierenden Industrien der EU-Mitgliedsstaaten müssten einer zentralen Rüstungsbeschaffungsrichtlinie unterstellt werden („should be subject to a specific defence procurement directive“).<sup>3)</sup> Das ist mit der Einigung auf eine „Europäische Verteidigungsagentur“ inzwischen beschlossene Sache.<sup>4)</sup>

## Unvermeidlich

Der angestrebten Rüstungs-Zentralisierung sind aber wegen des Widerstrebens einiger Staaten immer noch Grenzen gesetzt - insbesondere wenn es um Massenvernichtungswaffen geht.<sup>5)</sup> Der deutsche Waffenexperte Schmitt hält daher eine Debatte über diese Beschränkungen für unvermeidlich.<sup>6)</sup> Auch Berliner Militärs und Regierungsberater sondieren seit einiger Zeit atomare Optionen und fordern von der Bundesregierung eine Konzeption zur Überwindung der noch bestehenden Widerstände gegen die beabsichtigte „Nuklearmacht Europa“.<sup>7)</sup> So forderte die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) Anfang 2004 eine „Neuaufrichtung des teilweise überkommenen Völkerrechtsverständnisses“. Es müsse die „Zulässigkeit von Präventivschlägen“ festgestellt und ein Angriffskrieg mit Atomwaffen legitimiert werden, heißt es bei der KAS: „Selbst die nukleare Präemption ist eine zumindest theoretisch vorstellbare Option.“<sup>8)</sup> In einem deutsch-französischen Strategiepapier wurden zur selben Zeit konkrete Vorschläge für den gemeinsamen Einsatz von Atomwaffen unterbreitet. Das Papier schlägt vor, Widerstände taktisch zu umgehen, um dennoch „alle Stufen der Eskalationsleiter abzurufen (...), bis hin zur Drohung eines Einsatzes nuklearer militärischer Mittel“. Urheberin des Papiers war die „Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik“, Mitverfasser das erneut hervorgetretene „Institut français des relations internationales“.<sup>9)</sup>

## Explizit oder implizit

Die Vorstellung eines nuklearen Angriffskrieges ist jetzt auch auf europäischer Ebene verankert worden. Lothar Rühl, ehemaliger Staatssekretär im deutschen Verteidigungsministerium und Mitautor des „European Defence Paper“, stellt zufrieden fest, dass das Thema „Präemption/Prävention“ in dem Dokument zwar vorwiegend unter dem

Aspekt von Kriegseinsätzen mit konventionellen Streitkräften und operativen Spezialkräften behandelt wird. „Immerhin“ werde aber die Möglichkeit erwähnt, britische und französische Nuklearstreitkräfte „explizit oder implizit“ einzubeziehen.<sup>10)</sup> In der Tat heißt es in dem Strategiepapier bezüglich der Kriegsszenarien der künftigen EU-Streitmacht: „[W]e have not avoided presenting scenarios in which the national nuclear forces of EU member states (France and the United Kingdom) may enter into the equation either explicitly or implicitly.“<sup>11)</sup>

## 1) s. auch EU-Strategie: „Präventivkriege“ weltweit und Aktionspläne

2) Institute for Security Studies, European Union: European defence. A proposal for a White Paper; Paris, May 2004, ISBN 92-9198-056-0 (www.iss-eu.org), S. 13. Weiter heißt es: „These goals call for rapidly deployable and long-term sustainable forces, they imply a better integration of civilian and military missions; they are based on the assumption of a more autonomous Union in defence matters (...). The credibility of Europe's strategy will ultimately be based on its capacity to fulfil these ambitions.“

3) Burkard Schmitt: The European Union and armaments. Getting a bigger bang for the Euro; Chaillot Paper 63 - August 2003 (www.iss-eu.org), S. 55

4) s. auch **Wettbewerbsdruck und Das Ende einer „Zivilmacht“**

5) „Nuclear, radiological, biological and chemical products should continue to be excluded from European rules“. Burkard Schmitt: The European Union and armaments. Getting a bigger bang for the Euro; Chaillot Paper 63 - August 2003 (www.iss-eu.org), S. 55

6) Nuclear weapons: A new Great Debate (Edited by Burkard Schmitt); Chaillot Paper 48 - July 2001 (www.iss-eu.org), S. 168

7) s. auch **Hintergrundbericht: Atombomben für Deutsch-Europa**

8) s. auch **Krieg ist Frieden**

9) s. auch **Strahlender Abgrund**

10) Lothar Rühl: Lücke zwischen Mittel und Zweck. Das „European Defence Paper“; Frankfurter Allgemeine Zeitung 01.10.2004

11) Institute for Security Studies, European Union: European defence. A proposal for a White Paper; Paris, May 2004, ISBN 92-9198-056-0 (www.iss-eu.org), S. 68

<http://www.german-foreign-policy.com/de/news/article/1097359200.php>  
s. auch

<http://www.imi-online.de>

<http://friedenstreiberagentur.de>

[http://www.uni-](http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/themen/Europa/Welcome.htm)

[kassel.de/fb10/frieden/themen/Europa/Welcome.htm](http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/themen/Europa/Welcome.htm)

## Castor-Alarm

Liebe Freundinnen und Freunde,

!! An Alle attac-Gruppen !!

**die nächsten 12 Behälter mit hochradioaktivem Atommüll (Castoren) werden voraussichtlich im November 2004 von La Hague nach Gorleben transportiert.**

Die attac-Gruppe Wendland ruft Euch auf, z.B. an der **Auftaktkundgebung in Dannenberg (Sa.06.11.04 – 12.00 Uhr)** und – nach Euren Möglichkeiten - an weiteren Protestaktionen im Wendland (etwa von So.07.11. bis Di.09.11./ Mi.10.11.04 –) teilzunehmen. Widerstand gegen die global operierenden Energie- und Atomkonzerne ist enorm wichtig!!!

**Wir protestieren gegen die Atomenergie,**

Ø weil diese die **Umwelt zerstört und todbringend ist,**

Ø weil sie **überflüssig und ungeheuer teuer** ist (So würden pro Kilowattstunde Atomstrom ca. 2,- € Versicherungskosten hinzukommen, wenn die Atomindustrie eine mögliche Schadenssumme von über 5 Billionen € endlich auch absichern müsste. Allein dadurch wäre die Kilowattstunde Atomstrom 2000 % teurer als z.B. Strom aus Windenergie.),

Ø weil sie die dringend erforderliche **Energiewende behindert,**

Ø weil sie auf's Engste mit der **Atom-bombe und der globalen Verseuchung verknüpft ist** (Historisch ist die Atomtechnologie „Abfallprodukt“ der militärischen Nutzung. Jüngste Beispiele: Der Einsatz von Uranmunition verseucht weite Gebiete in Jugoslawien, Afghanistan und Irak. Uranabbau verseucht große Flächen z.B. in Australien und setzt sich über die Lebensrechte der dort lebenden Menschen hinweg. Jährlich wird in Sellafield und in La Hague soviel Radioaktivität freigesetzt wie beim SuperGAU in Tschernobyl. Jeder Castor enthält die Radioaktivität von ca. 40 Hiroshima-Bomben.),

Ø weil weltweit **das Entsorgungsproblem nicht gelöst werden kann** und das Risiko und die Kosten der „Entsorgung“ für über 1 Million Jahre in krimineller Weise auf alle

nachfolgenden Generation abgewälzt wird (Der Salzstock Gorleben ist –nach wissenschaftlichen Gutachten- u.a. wegen der Laugeneinbrüche im Deckgebirge völlig ungeeignet.),

Ø weil die **Castor-Transporte nach Gorleben** (wo es neben einer Abstellhalle nur ein „Erkundungsbergwerk“ gibt) **keine Entsorgung darstellen** und lediglich dem Weiterbetrieb der AKW und der Profitsicherung für die Atomindustrie dienen,

Ø weil die **Regierungen** die Profite der mächtigen Energiekonzerne schützen, dafür unsere Grundrechte opfern und den demokratiefeindlichen Polizei- und Überwachungsstaat immer dreister ausbauen,

Ø weil **das Gerede vom Atomausstieg eine Lüge ist** (Vielmehr wird die Atomindustrie nach wie vor hoch subventioniert. Die Produktion von Atomstrom erfolgt zunehmend in maroden AKW in Osteuropa. Auf der Basis des Euratom-Vertrages - Anhang der EU-Verfassung- werden den Atomkonzernen unkontrolliert Milliarden € zugeschoben. Die 9 weltweit den Strommarkt beherrschenden Konzerne kontrollieren ca. 90 % der Stromproduktion.),

Ø weil Uran- und Atommülltransporte quer durch die Welt **unvertretbare Gefährdungen** aller Menschen darstellen und alle Stationen der atomaren Energiekette potentielle Ziele für Terroristen sind,

Ø weil auch die deutschen AKW sich auszeichnen durch ständige **technische Pannen, Unfälle, Vertuschungen**, grobe Rechtsverstöße und die Tatsache, dass sie von Anfang an - ohne den Nachweis eines sicheren Entsorgungsgesetzes - und menschenrechtswidrig betrieben werden,

Ø weil die **Milliarden**, die für diese menschenverachtende Energieerzeugung ausgegeben werden, besser für unsere Kinder und soziale Aufgaben eingesetzt werden,

Ø weil eine **Energiewende** mit der dezentralen Nutzung erneuerbarer Energien weltweit sichere, saubere Arbeitsplätze

schafft und zum Frieden beiträgt.

Wenn der Castor rollt, herrscht im Wendland der Ausnahmezustand: ca. 18.000 Polizisten müssen aufgeboden werden, damit der Castorzug ankommt. Die Medien-Öffentlichkeit wird weitgehend ausgeschlossen oder polizeilich gesteuert.

Gegen Kriminalisierung des demokratischen Protestes und gegen den Abbau der Grundrechte hilft nur eins: Kommt alle im November ins Wendland. **Denn lieber mit Spaß aktiv als todtraurig radioaktiv.**

**Der wirksamste Schutz der Grund- und Freiheitsrechte besteht darin, sie aktiv wahrzunehmen und zu verteidigen.**

Im Wendland ist der Widerstand lebendig. Es ist für alles gesorgt: Übernachtungsmöglichkeiten auf Bauernhöfen (u.a. mit Schlafsack und Iso-Matte in trockenen Scheunen) oder in Familien etc., Verpflegung, kulturelle Angebote, vielfältige Aktionen.

**Wir fordern:**

**Schützt uns, nicht die Atommafia!  
Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen weltweit!**

**Suche geeigneter Endlager-Standorte mit den Milliarden-Rückstellungen der Energieriesen!**

Herzliche Grüße  
Eure attac-Gruppe Wendland  
(e-mail: [wendanix@t-online.de](mailto:wendanix@t-online.de))

Informationen bei: BI Lüchow-Dannenberg e.V., Drawehner Str. 3, 29439 Lüchow, Tel.: 05841/4684 – Fax: 05841/3197 – e-mail: [bi-luechow@t-online.de](mailto:bi-luechow@t-online.de) – Internet: [www.bi-luechow-dannenberg.de](http://www.bi-luechow-dannenberg.de), [www.castor.de](http://www.castor.de), [www.widersetzen.de](http://www.widersetzen.de). Infotelefon vor/an den Protesttagen: 01805 - 252769

Weitere Infos: [www.x1000malquer.de](http://www.x1000malquer.de)  
[www.widersetzen.de](http://www.widersetzen.de)  
[www.baeuerliche-notgemeinschaft.de](http://www.baeuerliche-notgemeinschaft.de)  
[www.bi-ahaus.de](http://www.bi-ahaus.de) und: [www.uaa-gronau.de](http://www.uaa-gronau.de)

zur notwendigen Energiewende:  
[www.robinwood.de](http://www.robinwood.de) und  
[www.eurosolar.org](http://www.eurosolar.org)

## "Stoppt Patente auf Leben!"

**Attac und BUKO fordern Neuverhandlung der EU-Biopatent-Richtlinie**  
Berlin, 29. September 2004

Das globalisierungskritische Netzwerk Attac und die BUKO-Kampagne gegen

Biopiraterie haben heute am Reichstag gegen die Umsetzung der Biopatent-Richtlinie und Patente auf Leben protestiert. Während im Rechtsausschuss des Bundestags die **Umsetzung der EU-Biopatent-Richtlinie (98/44/EG)** in Deutschland beraten wurde, entrollten Mitglieder von Attac und der BUKO-Kampagne vor dem Gebäude ein Transparent mit der Aufschrift "Stoppt Sand im Getriebe Nr.38 Seite 34

Patente auf Leben!", um auf die skandalöse Geschichte und die schwerwiegenden Auswirkungen dieses Gesetzesvorhabens aufmerksam zu machen.

Die Biopatent-Richtlinie erlaubt die Erteilung von Stoffpatenten auf Pflanzen, Tiere und Teile davon sowie insbesondere auf Gensequenzen. "Solche Patente eröffnen großen Gentechnik-Unternehmen

Gewinnchancen, aber sie rauben vielen Menschen den freien Zugang zu grundlegenden Ressourcen", kritisierte Jutta Sundermann von der BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie. Biopatente beförderten die umstrittene Gentechnologie und die Biopiraterie, bei der Konzerne aus den Industrieländern mittels Patenten Monopole auf Heil- und Agrar-Pflanzen aus dem Süden erhalten.

Die Biopatent-Richtlinie sollte schon bis 2000 in nationales Recht umgesetzt sein. Gegen neun von den 15 alten EU-Ländern hat Brüssel inzwischen Vertragsverletzungsverfahren angestrengt. "Die Europäische Kommission macht sich zum

## **Alternativkongreß in Köln: »Grüne Gentechnik« mehrheitlich nicht gewollt und ökonomisch unsinnig**

Erika Feyerabend,  
<http://www.jungewelt.de/2004/09-17/014.php>

Anfang dieser Woche fand in Köln die Agricultural Biotechnology International Conference »**ABIC 2004**« statt. Nach Angaben der deutschen Organisatoren sollte dies eine der weltweit wichtigsten Konferenzen zur Biotechnologie in der Landwirtschaft sein. Mehrere Tage lang pflegten in den Messehallen der Domstadt rund 560 Manager von Saatgut- und Nahrungsmittelkonzernen, Universitätsprofessoren und PR-Agenturen ihre Geschäftsbeziehungen, und alle hatten ein gemeinsames Ziel: Europa als Produktions- und Absatzmarkt für gentechnisch manipulierte Nahrung zu erobern. »**ABIC goes Europe!**« lautete das Motto.

»**ABIC go home!**« skandierten dagegen am Montag Kritiker und protestierten vor dem Veranstaltungsort gegen die Genlobbyisten. Tags zuvor hatte ein breites Bündnis aus umwelt- und entwicklungspolitischen Organisationen zu einer **Alternativkonferenz** in Köln geladen. Mehr als 200 Teilnehmer diskutierten dort die vielfältigen Probleme, die sich aus der versuchten Durchsetzung der sogenannten grünen Gentechnik ergeben.

Nach mehr als zwanzig Jahren intensiver Forschung, um Pflanzen gentechnisch den Konzerninteressen anzupassen, und unter massivem Verbrauch öffentlicher Forschungsetats haben transnationale Konzerne wie Monsanto, Syngenta oder BAYER CropScience relativ wenig zustande gebracht. Der kommerzielle Anbau beschränkt sich auf sogenannte BT-Baumwolle und BT-Mais, die gegen Insekten schützende Proteine in sich tragen

Handlanger der großen Biotech-Konzerne", sagte Oliver Moldenhauer von der Attac-AG Wissensallmende. Die Richtlinie, die sie nun mit Macht umgesetzt sehen will, hatte das Europäische Parlament 1995 abgelehnt. Erst nach drei Jahren intensiver und zum Teil unlauterer Lobbyarbeit der Biotechkonzerne gab es im zweiten Anlauf ein knappes Ja.

Das deutsche Justizministerium hat im vergangenen Jahr eine "Eins-zu-eins-Umsetzung" der Richtlinie vorgelegt. Anders als etwa Frankreich hat die Bundesregierung nicht einmal die Spielräume ausgenutzt, die die EU gelassen hat. Stoffpatente werden demnach auch in

sollen. Nutzpflanzen wie Reis und Weizen sollen gentechnisch gegen firmeneigene Pflanzengifte gefeit sein. Bislang existieren die größten Anbauflächen vor allem in den USA und Kanada.

**Doch der Druck auf die landwirtschaftlichen Produzenten in Europa wächst.** Nach dem Fall des EU-Moratoriums zum kommerziellen Anbau gentechnisch manipulierter Pflanzen und einem Gesetzeswerk der Bundesregierung, das unter bestimmten Konditionen erstmalig die Gen-Landwirtschaft zuläßt, wollen die Saatgut-Multis auch in der BRD expandieren. Deshalb stieß das Grußwort von NRW-Umweltministerin Bärbel Höhn (Grüne) zu Beginn der Alternativkonferenz auf geteilte Meinungen. Ihrer klaren Absage an die grüne Gentechnik mochten viele keinen Glauben schenken. Schließlich unterstützt die NRW-Landesregierung finanziell und politisch die ABIC 2004.

Die Kritik an genmanipulierter Nahrung und patentiertem Saatgut ist international. **Während hierzulande im öffentlichen Diskurs die gesundheitlichen und ökologischen Gefahren dominieren, steht bei den Aktivisten im Süden mehr die Politik der Welthandelsorganisation (WHO) im Zentrum.** Bauern, so berichtete Afsar Jafri von der kritischen Forschungsförderung Navdanya in **Indien**, würden in die Schuldenfalle getrieben. Statt eigenes Saatgut zu verwenden, würden sie vom US-Konzern Monsanto mit Versprechen, Reisen und Geschenken überredet, die umstrittene Gen-Saat zu kaufen. Als vor zwei Jahren die Ernte von BT-Baumwolle völlig mißlang, seien viele Bauern zahlungsunfähig geworden. Selbstmord sei dort und in anderen Regionen ein Massenphänomen in der Verschuldungsspirale.

Lovemore Simwanda von der National Farmers Union in **Sambia**, in der 400 000 Landwirte organisiert sind, erteilte Nahrungsmittellieferungen an Entwicklungsländer eine klare Absage.

Deutschland rechtens sein. Selbst auf die mögliche Einschränkung von Biopiraterie durch eine zwingende Herkunftsangabe verzichtet die Vorlage. Attac und die BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie fordern deshalb, die Umsetzung zu stoppen. Die Bundesregierung soll gemeinsam mit anderen Ländern eine Initiative zur Neuverhandlung der Richtlinie in Brüssel starten. Mindestens müsse sie von der allzu getreuen Umsetzung der Brüsseler Vorlage abkommen und Stoffpatente auf Gene ausschließen und zwingende Herkunftsangaben festschreiben, forderten die Organisationen.

[www.attac.de/biopatente](http://www.attac.de/biopatente)

Diese »Hilfe« zerstöre regionale und lokale Produktionen. Statt die fehlende Infrastruktur für Nahrungsmittelverteilung im Lande zu fördern, Ausbildung und ungerechte Landverteilung zu thematisieren, würden »Hungerhilfe«-Lieferungen dazu genutzt, um jene Überschüsse an Getreide zu entsorgen, die im US-amerikanischen Markt weder bei Konsumenten noch bei Lebensmittelherstellern einen Absatz finden. Der Kampf gegen Welthandel und transnationale Konzerne sei ein Kampf um »Nahrungssouveränität«, d.h. um gerechten Zugang zu Land, Wasser, Nahrung und politische Rechte.

Die **malaysische Menschenrechtlerin** Irene Fernandez kritisierte die WTO und die transnationalen Konzerne als »globale Terroristen«. Unter dem Regime der WTO seien die geistigen Eigentumsrechte in Form von Patenten auf Reispflanzen oder Mais in die Hände der großen Konzerne gefallen. Der freie Austausch von Saatgut für die nächste Ernte werde zunehmend beschnitten und gefährde die lokale und regionale Nahrungsversorgung.

Gewerkschaften, Bauernorganisationen und Initiativen haben mittlerweile in verschiedenen Ländern ein Verbot des patentierten Saatguts durchgesetzt, beispielsweise im südlichen Afrika und in Bolivien. Die Vertreter von umwelt- und entwicklungspolitischen Organisationen, die am Wochenende gegen Welthandelsordnung und Gennahrung gesprochen und demonstriert haben, können sich als Teil einer internationalen Bewegung verstehen. **Besonders nach dem Fall des EU-Moratoriums und mit dem deutschen Gengesetz gibt es viel zu tun.** Wälder, Wind, Bienen oder Pollenflug lassen sich nicht durch die gesetzlich verordneten Abstandsflächen und Hecken disziplinieren. Die parlamentarische Politik hilft nicht. Sie subventioniert mit enormen öffentlichen Summen eine Technologie, die mehrheitlich nicht gewollt ist, weder funktioniert noch ökonomisch Sinn macht. **s. auch [www.CBGnetwork.de](http://www.CBGnetwork.de)**

# Giftige Shrimps

Die industrielle Garnelenzucht in Guatemala und Honduras zerstört die Lebensgrundlagen

von Dorit Siemers und Heiko Thiele

*Mit der „Blauen Revolution“ begann in den 1980er Jahren ein neues Kapitel der industriellen Massenproduktion. Weltbank und IWF förderten den weltweiten Ausbau der küstennahen Aquakulturen. Die Versprechungen von wirtschaftlichem Aufschwung und Armutsbekämpfung haben sich in Mittelamerika nicht erfüllt.(...). Mit Hilfe des „Plan Puebla-Panamá“ (PPP) soll nun die industrielle Zucht ausgeweitet werden. Der PPP erstreckt sich von Südamerika bis Panama und zielt u.a. auf den Ausbau der Infrastruktur, den Bau von Staudämmen und die Ausweitung der Niedriglohnindustrie ab. Organisationen befürchten eine Verschärfung der Lebenssituation, sollte die Garnelenzucht weiter expandieren. Das Filmteam Dorit Siemers und Heiko Thiele (Zwischenzeit e.V.) reiste fünf Monate durch Mittelamerika.(...)*

**Garnelen, auch Shrimps genannt**, sind mittlerweile ein fester Bestandteil des Angebots in unseren Supermärkten geworden. (...) Obwohl jedeR BundesbürgerIn im Jahr 2003 durchschnittlich 1,4 kg der Tiere verspeist hat, sind vielen VerbraucherInnen die **Produktionsmethoden** unbekannt. Entlang der subtropischen und tropischen Küsten erstrecken sich die **Mangrovenwälder**. Der Lebensraum zählt zu den produktivsten Ökosystemen weltweit. Er bietet Schutz vor Fluten und Hurrikanen, mindert die Küstenerosion und sichert die Artenvielfalt. Mangroven mit ihrem verflochtenen Wurzelsystem beherbergen eine Vielzahl an Pflanzen und Tieren und dienen Fischen, Garnelen und Krebsen als Laichplatz. Hier beginnt auch der Lebenszyklus der tropischen Garnelen. Für die Selbstversorgung und die lokalen Märkte ist die traditionelle Garnelenfischerei in vielen tropischen Ländern von existentieller Bedeutung. Für die riesigen Zuchtbecken **holzen die Konzerne weite Küstenteile in Asien, Süd- und Mittelamerika und neuerdings Afrika ab**. Auch an der Pazifikküste von Guatemala und Honduras haben sich zahlreiche Shrimpsfarmen und Verarbeitungsindustrien niedergelassen. In dem guatemaltekischen Fischerdorf Champerico treffen wir Enrique Bonilla. Er ist Mitglied einer Umweltorganisation, die im lateinamerikanischen Redmanglar (Mangrovennetz) aktiv ist. Mit seiner Hilfe gelingt uns der Eintritt in eine streng gesicherte Shrimpsfarm. In den 34 Becken werden über 200 000 Garnelen/ha gezüchtet. Um die Gesundheit der Tiere zu gewährleisten, wird täglich 30-50 Prozent des Beckenwassers ausgetauscht. Der hohe Bedarf lässt den Wasserspiegel der Mangrovenwälder sinken und den **Salzgehalt ansteigen**. Aus Angst, den gesamten Shrimpsbestand durch Seuchen zu verlieren, setzen die Farmenbesitzer große Mengen an **Chemikalien und Antibiotika** ein. Mehrere Präparate sind mittlerweile in der EU verboten, da sie Krebs und Mutationen erzeugen können. So auch Neguvon von Bayer. Der Konzern streicht in den Ländern ohne staatliche Kontrollsysteme immer noch hohe Gewinne ein. Der ständige Wasseraustausch schwemmt die Substanzen in die Natur. Viele der Mittel töten

oder schädigen Fische, Vögel, Krebse und Pflanzen. Der ortsansässige Fischer Eduardo López berichtet uns von der **Verschlechterung der Lebensverhältnisse**. Die Privatisierung ehemals gemeinschaftlich genutzter Gebiete und das illegale Vorgehen des Sicherheitspersonals der Farmen habe die Situation extrem verschärft. Der Zugang zu den Mangrovenwassern wird den Fischern häufig mit Waffengewalt und durch elektrische Zäune versperrt. Die Shrimpsindustrie verteidigt diese Maßnahmen und sieht in ihnen einen wirksamen Schutz gegen Diebe. 2001 sind zwei Fischer von Wächtern getötet worden. Redmanglar fordert seit längerem die Aufklärung der Morde und die Einhaltung der Gesetze. Durch die Zerstörung und Verseuchung der Mangroven haben sich die Fangmengen der lokalen Fischer stark verringert. Oft reichen sie nur noch für den Eigenbedarf. Einnahmen für Nahrung, Kleidung oder Medikamente können durch den Verkauf auf dem lokalen Markt immer weniger erzielt werden.

In **Honduras** ist die Situation noch dramatischer. Eine Woche begleiten wir die Organisation CODDEFFAGOLF durch den Golf von Fonseca, in dem knapp 700 000 Menschen leben. Die Bucht ist zum produktivsten Zuchtgebiet Mittelamerikas aufgestiegen. 252 Farmen bewirtschaften eine Fläche von knapp 19 000 Hektar. **Nach Kaffee sind die Garnelen zum zweitwichtigsten Exportgut geworden**. Hierfür sind **nahezu 70 Prozent der Mangroven im Golf zerstört worden**. Angesichts der hohen Gewinne des Geschäfts werden die Grenzen zur Illegalität schnell überschritten. Obwohl laut Fischereigesetz von 1958 die industrielle Shrimpszucht aufgrund der Abholzung und Kontamination gesetzeswidrig ist, werden weiterhin Konzessionen vergeben und die industrielle Zucht selbst in Naturschutzgebieten geduldet. Wird eine Shrimpsfarm nach einigen Jahren aufgegeben, sind **Verschmutzung und Verdichtung des Bodens gravierend**. Die natürliche Regeneration der chemisch angereicherten und versalzten Areale ist kaum möglich. Trotz der verheerenden Auswirkungen ist die finanzielle und politische Unterstützung des Wirtschaftszweiges ungebrochen. Es existiert eine enge Zusammenarbeit zwischen Regierung bzw. Ministerien, Unternehmen und Geldgebern. Der Staat verabschiedete bereits in den achtziger Jahren eine Richtlinie, um die Ansiedlung international tätiger Unternehmen zu fördern. Sie setzt niedrigere Steuer- und Zollsätze u.a. für die Einfuhr von Maschinen, Ersatzteilen, Rohstoffen und Verpackungen fest. Aber nur die Shrimpsindustrie profitiert von den Vergünstigungen. Justo Garcia von CODDEFFAGOLF kritisiert die ungleiche Behandlung im Fischereisektor. Sie habe erhebliche Auswirkungen auf die Stabilität der lokalen Märkte. Wir erhalten einen Besichtigungstermin in der größten Verpackungsfabrik für Garnelen in Lateinamerika. Auch das Unternehmen in San Lorenzo profitiert von den Steuer- und Zollvergünstigungen. Die

ArbeiterInnen, die in den gekühlten Hallen am Fließband stehen, werden saisonal für wenige Monate eingestellt. Ein ehemaliger Angestellter bestätigt die Kritik an den Arbeitsbedingungen, zu denen niedrige Löhne, zeitbegrenzte Verträge, Gesundheitsrisiken, (sexuelle) Belästigungen und direkte Kündigungen zählen. (...) Die „Reinigung“ der Abwässer soll durch Ablagerung der angereicherten Partikel erfolgen. Doch nachts öffnen sich die Schleusen und das Schmutzwasser wird in die Mangroven abgelassen. **Die Menschen, die in der Nähe der Anlage leben, leiden unter Hautkrankheiten, Durchfall und Kopfschmerzen**.

Die Schaffung von Arbeitsplätzen im Shrimpssektor war und ist das erklärte Ziel der verschiedenen Regierungen Honduras. Die neuen Jobs sollten die Armut im Golf mindern und der gesamten Wirtschaft Aufschwung verleihen. Beides ist nicht eingetreten. Ein Großteil der Gewinne aus der industriellen Zucht fließt ins Ausland.

Zudem belegen Organisationen wie Trópico Verde, CODDEFFAGOLF und Greenpeace in ihren Studien, dass auf einer Farmfläche von zehn Hektar höchstens ein Angestellter arbeitet. Vor der Abholzung der Mangroven verdienten sich dort über 100 Familien ihren Unterhalt durch Fischfang.

**Die Garnelenindustrie hat die ökologischen, ökonomischen und sozialen Bedingungen im Golf gestört**. Die Fischbestände sind stark zurückgegangen – die Einkommen der Fischerfamilien reichen kaum noch zum Leben. So sind viele Menschen aus ökonomischen Gründen gezwungen, in Shrimpsfarmen oder -fabriken zu arbeiten, da die Industrie ihre traditionellen Einkünfte zerstört hat. Der Widerstand gegen die Auflösung regionaler Wirtschaftskreisläufe und die Zerstörung der Mangroven ist ungebrochen. Zahlreiche Konflikte zwischen Shrimpsindustrie und Gegnern prägen die Vergangenheit des Golfes. Zwölf Fischer wurden bereits in der Nähe der Farmen ermordet. Mit Demonstrationen und politischen Aktionen machen die Menschen auf ihre Situation aufmerksam und fordern die Aufklärung der Morde.

**Deutschland ist einer der wichtigsten Importeure von Garnelen aus Guatemala und Honduras**. Das Emdener Unternehmen **COSTA, das zur Oetker-Gruppe gehört**, bezeichnet sich selbst als „führenden Anbieter von tiefgekühlten Meeresspezialitäten“ in Deutschland. Eine Stellungnahme vor der Kamera lehnte der Konzern ab. Schriftlich teilte man uns mit: „COSTA lehnt den Einsatz von Chemikalien in der Shrimpszucht grundsätzlich ab (...) In den Betrieben der Lieferanten wird das Personal überdurchschnittlich bezahlt; auch die Sozialleistungen sind überdurchschnittlich.“

Die honduranische und guatemaltekische Wirklichkeit sieht anders aus!

<http://www.ila-bonn.de/artikel/ila279/garnelenzucht.htm>